

**Übereinkommen
über den Bau und Betrieb einer
Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa**

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Errichtung der Einrichtung	4
Artikel 2	Name und Sitz	4
Artikel 3	Organe	5
Artikel 4	Freier Verkehr des Personals und der wissenschaftlichen Ausrüstung	5
Artikel 5	Finanzierung	5
Artikel 6	Beiträge	7
Artikel 7	Deckung etwaiger Umsatzsteuernkosten	8
Artikel 8	Vereinbarungen mit anderen Nutzern	8
Artikel 9	Geistiges Eigentum	9
Artikel 10	Schule	9
Artikel 11	Streitigkeiten	9
Artikel 12	Verwahrer und Inkrafttreten	10
Artikel 13	Beitritt	11
Artikel 14	Geltungsdauer	11
Artikel 15	Stilllegung	12
Artikel 16	Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente	12

Die Regierungen

der Volksrepublik China,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Republik Finnland,
der Französischen Republik,
der Hellenischen Republik,
der Republik Indien,
der Italienischen Republik,
der Republik Österreich,
der Republik Polen,
von Rumänien,
der Russischen Föderation,
des Königreichs Schweden,
der Slowakischen Republik,
der Republik Slowenien,
des Königreichs Spanien,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, die Stellung Europas und der Staaten der Vertragsparteien in der Welt im Bereich der Forschung weiter zu festigen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit über disziplinäre und nationale Grenzen hinweg zu vertiefen;

in der Erkenntnis, dass ein weltweit einzigartiges und technisch innovatives Beschleunigersystem für das Betreiben von Spitzenforschung in vielen verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen, die sich mit der Grundstruktur der Materie und damit zusammenhängenden Gebieten befassen, in Zukunft von großer Bedeutung sein wird;

in der Erwartung, dass sich weitere Staaten an den Tätigkeiten beteiligen, die gemeinsam im Rahmen dieses Übereinkommens wahrgenommen werden;

aufgrund des Beschlusses, den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa für eine auf Kriterien der wissenschaftlichen Exzellenz beruhende Nutzung durch die internationale Wissenschaftsgemeinde zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Errichtung der Einrichtung

(1) Bau und Betrieb der im Technischen Dokument 1 beschriebenen Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa, im Folgenden als „FAIR-Einrichtung“ bezeichnet, werden einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet, übertragen; diese unterliegt deutschem Recht, sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist (ohne Bezeichnung der Gesellschafter und ohne Bezifferung der Geschäftsanteile) diesem Übereinkommen als Anlage beigelegt. Die Gesellschaft nimmt ausschließlich Tätigkeiten zu friedlichen Zwecken wahr.

(2) Gesellschafter der Gesellschaft sind geeignete Einrichtungen, die von den Vertragsparteien für diesen Zweck benannt werden. Die Vertragsparteien benennen diese Gesellschafter durch schriftliche Mitteilung, die bei den anderen Vertragsparteien eingegangen sein muss.

(3) Die Gesellschaft und das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb der FAIR-Einrichtung auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen zusammenarbeiten.

Artikel 2 Name und Sitz

Die Gesellschaft führt den Namen „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH) und hat ihren eingetragenen Sitz in Darmstadt.

Artikel 3

Organe

- (1) Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, im Folgenden als „Rat“ bezeichnet, und die Geschäftsführer, die zusammen die Geschäftsführung bilden.
- (2) Die Delegierten im Rat werden nach einem durch die jeweiligen Vertragsparteien festgelegten Verfahren ernannt und abberufen.

Artikel 4

Freier Verkehr des Personals und der wissenschaftlichen Ausrüstung

- (1) Nach Maßgabe der Erfordernisse der innerstaatlichen Rechtsvorschriften erleichtert jede Vertragspartei im Bereich ihrer Zuständigkeit den freien Verkehr und den Aufenthalt von Angehörigen der Staaten der Vertragsparteien, die von der Gesellschaft beschäftigt oder zu ihr entsandt worden sind oder unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft Forschung betreiben, sowie von deren Familienangehörigen.
- (2) Jede Vertragspartei erleichtert in ihrem Hoheitsgebiet und im Einklang mit geltendem Recht die Ausstellung von Durchfuhrdokumenten für die vorübergehende Ein- und Ausfuhr von wissenschaftlicher Ausrüstung und Proben, die für die Forschung unter Nutzung der Anlagen der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Artikel 5

Finanzierung

- (1) Jede Vertragspartei ist dafür verantwortlich, dass dem/den Gesellschafter/n, den/die sie benannt hat, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dessen/deren Beitrag zum Jahreshaushalt der Gesellschaft zu decken.
- (2) Mit dem Bau der FAIR-Einrichtung wird auf der Grundlage der in Artikel 6 genannten Finanzierungsverpflichtungen entsprechend dem Dokument „Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR)“ (*The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), das als Teil B des Technischen Dokuments 1 beigelegt ist, begonnen.

(3) Die Baukosten bestehen aus der Summe aller Ausgaben für den Bau (Personalkosten, laufende Ausgaben und Investitionen).

(4) Die Baukosten der in Teil B des Technischen Dokuments 1 beschriebenen Modularisierten Startversion betragen voraussichtlich

1.027 Millionen Euro
(eintausend und siebenundzwanzig Millionen Euro)

auf dem Preisstand vom Januar 2005.

(5) Eine Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb einschließlich eines Ansatzes für Weiterentwicklung der FAIR-Einrichtung ist als Technisches Dokument 2 beigelegt.

(6) Das endgültige Ziel bleibt die Verwirklichung der FAIR-Einrichtung, wie sie im Referenzbericht zur technischen Auslegung (*Baseline Technical Report*) beschrieben ist, von dem eine Kurzfassung als Teil A des Technischen Dokuments 1 beigelegt ist.

(7) Der Rat überprüft mindestens einmal jährlich die tatsächlichen und die veranschlagten Baukosten. Gewinnt der Rat unter Berücksichtigung der genannten voraussichtlichen Kosten und der im Technischen Dokument 2 festgelegten Spezifikationen zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass die FAIR-Einrichtung nicht zufrieden stellend fertig gestellt werden kann, so beschließt der Rat nach Konsultierung der Geschäftsführer Maßnahmen zur Kostensenkung.

(8) Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss einer Änderung der Baukosten zustimmen.

(9) Eine Schätzung der jährlichen Betriebskosten für den Vollbetrieb der FAIR-Einrichtung ist im Technischen Dokument 2 enthalten.

Artikel 6
Beiträge

(1) Die deutsche Vertragspartei stellt der Gesellschaft kostenlos und in baureifem Zustand die in dem als Technisches Dokument 3 beigefügten Plan markierten Grundstücke in Darmstadt zur Nutzung zur Verfügung.

(2) Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens verpflichten sich die Vertragsparteien, zu den Baukosten folgende Geld- und/oder Sachbeiträge zu leisten (alle Beträge beziehen sich auf den Preisstand vom Januar 2005):

von der Volksrepublik China,
705,00 Mio. € von der Bundesrepublik Deutschland,
5,00 Mio. € von der Republik Finnland,
27,00 Mio. € von der Französischen Republik,
von der Hellenischen Republik,
36,00 Mio. € von der Republik Indien,
von der Italienischen Republik,
von der Republik Österreich,
23,74 Mio. € von der Republik Polen,
11,87 Mio. € von Rumänien,
178,05 Mio. € von der Russischen Föderation,
10,00 Mio. € vom Königreich Schweden,
von der Slowakischen Republik,
12,00 Mio. € von der Republik Slowenien,
11,87 Mio. € vom Königreich Spanien,
vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

(3) Die Vertragsparteien erwarten, dass während der Bauzeit weitere Anstrengungen unternommen werden, die es erlauben, die FAIR-Einrichtung wie im Referenzbericht zur technischen Auslegung beschrieben zu verwirklichen.

(4) Das Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode sind in dem diesem Übereinkommen beigefügten Technischen Dokument 4 beschrieben.

(5) Die Nutzung der FAIR-Einrichtung durch die Wissenschaftsgemeinde einer Vertragspartei setzt voraus, dass sich der/die Gesellschafter dieser Vertragspartei angemessen an

der Deckung der Betriebskosten der FAIR-Einrichtung beteiligt/en. Der entsprechende Verteilungsschlüssel wird vom Rat spätestens drei Jahre nach Beginn der Bauzeit vereinbart.

(6) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass ihre Gesellschafter entsprechend dem vereinbarten Schlüssel zu den Betriebskosten beitragen.

(7) Änderungen der Beiträge zu den Baukosten und den Betriebskosten, die Aufnahme neuer Gesellschafter, die Erhöhungen der Anteile eines Gesellschafters sowie die Übertragung eines Anteils oder von Teilen eines Anteils an der in Artikel 1 genannten Gesellschaft werden durch den als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag geregelt, der den Rat ermächtigt, über diese Angelegenheiten zu entscheiden.

Artikel 7

Deckung etwaiger Umsatzsteuerkosten

(1) Die Gesellschaft unterliegt den allgemeinen Regelungen für die Umsatzsteuer nach deutschem Recht.

(2) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten und zu den Betriebskosten umsatzsteuerpflichtig, so wird die anfallende Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

(3) Sind die Beiträge eines Gesellschafters zu den Baukosten und zu den Betriebskosten nicht umsatzsteuerpflichtig und führt dies zum Ausschluss oder zur Beschneidung des Rechts der Gesellschaft auf Abzug oder Erstattung der von der Gesellschaft an Dritte gezahlten Umsatzsteuer, so wird diese nicht abzugsfähige Umsatzsteuer von der Vertragspartei entrichtet, welche die Steuer erhebt.

Artikel 8

Vereinbarungen mit anderen Nutzern

Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der FAIR-Einrichtung durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die diesem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen können von der Gesellschaft mit einstimmiger Zustimmung ihres Rates getroffen werden.

Artikel 9
Geistiges Eigentum

(1) Im Einklang mit den Zielen dieses Übereinkommens wird der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinne des Artikels 2 des am 14. Juli 1967 unterzeichneten Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum verstanden.

(2) In Bezug auf Fragen des geistigen Eigentums regeln sich die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten der Vertragsparteien sowie auf der Grundlage der entsprechenden Bestimmungen von Übereinkünften über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und nicht zur EU gehörenden Vertragsparteien.

Artikel 10
Schule

Die deutsche Vertragspartei unterstützt die Bemühungen, den Kindern des Personals der Gesellschaft oder des sonstigen Personals, das bei der Gesellschaft tätig ist oder zu ihr entsandt worden ist, den Besuch von öffentlichen oder privaten internationalen Schulen in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

Artikel 11
Streitigkeiten

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlungen beizulegen.

(2) Können sich die Vertragsparteien nicht auf die Beilegung einer Streitigkeit einigen, so kann jede der betroffenen Vertragsparteien die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

(3) Jede Vertragspartei, die Streitpartei ist, bestellt einen Schiedsrichter; besteht die Streitigkeit jedoch zwischen einer der Vertragsparteien und zwei oder mehreren anderen Vertragsparteien, so wählen letztere gemeinsam einen Schiedsrichter aus. Die auf diese Weise bestellten Schiedsrichter wählen einen Staatsangehörigen, der nicht Angehöriger der Staaten der Streitparteien ist, als Obmann, der die Aufgaben des Vorsitzenden des

Schiedsgerichts wahrnimmt und dessen Stimme bei Stimmgleichheit der Schiedsrichter den Ausschlag gibt. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag bestellt, an dem eine Beilegung durch Schiedsverfahren beantragt wurde, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten nach diesem Tag.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten und wird keine andere Regelung getroffen, so kann jede Streitpartei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Union oder gegebenenfalls den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs darum ersuchen, die erforderlichen Bestellungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage des Artikels 38 Absatz 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs. Seine Entscheidungen sind bindend.

(7) Das Gericht gibt sich eine Verfahrensordnung im Einklang mit dem Dritten Kapitel des Vierten Titels des am 18. Oktober 1907 in Den Haag unterzeichneten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

(8) Alle Streitparteien tragen ihre eigenen Kosten und sind zu gleichen Teilen an den Kosten des Schiedsverfahrens beteiligt.

(9) Das Gericht stützt sich bei seinen Entscheidungen auf die für die jeweilige Streitigkeit geltenden Rechtsnormen.

Artikel 12

Verwahrer und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem alle Unterzeichnerregierungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer dieses Übereinkommens notifiziert haben, dass das innerstaatliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerregierungen vom Zeitpunkt jeder in Absatz 1 vorgesehenen Notifikation sowie vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

(3) Vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die Vertragsparteien vereinbaren, dass einige oder alle Artikel dieses Übereinkommens vorläufig angewendet werden.

Artikel 13

Beitritt

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Regierung diesem Übereinkommen mit Zustimmung aller Vertragsparteien zu den ausgehandelten Bedingungen beitreten. Die Beitrittsbedingungen sind Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien und der beitretenden Regierung beziehungsweise Gruppe von Regierungen.

(2) Regierungen, die dieses Übereinkommen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nach der ersten Unterzeichnung unterzeichnen, tun dies zu den gleichen Bedingungen wie die Vertragsparteien.

Artikel 14

Geltungsdauer

(1) Dieses Übereinkommen wird zunächst für einen Zeitraum geschlossen, der am 31. Dezember 2025 endet, und bleibt danach jeweils für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft, wobei für jeden neuen Zehnjahreszeitraum die wissenschaftliche und technische Zielsetzung der FAIR-Einrichtung auf der Grundlage eines vom Rat der Gesellschaft genehmigten Prüfungsberichts erneut bestätigt wird.

(2) Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren durch eine an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu richtende Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt kann erst zum 31. Dezember 2025 oder zum Ende eines der darauf folgenden Zehnjahreszeiträume wirksam werden.

(3) Dieses Übereinkommen bleibt für die verbleibenden Vertragsparteien in Kraft. Die Bedingungen und Auswirkungen eines Rücktritts von diesem Übereinkommen durch eine Vertragspartei, insbesondere ihr Anteil an den Kosten einer Demontage der Anlagen und Gebäude der Gesellschaft sowie Entschädigungszahlungen für Verluste, werden durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien geregelt, bevor der Rücktritt durch eine Vertragspartei wirksam wird.

Artikel 15
Stilllegung

Die deutsche Vertragspartei ist für die Kosten einer Demontage der FAIR-Einrichtung, welche das Zweifache des durchschnittlichen jährlichen Betriebskostenbudgets der letzten fünf Betriebsjahre übersteigen, verantwortlich.

Artikel 16
Änderungen der Anlage und der Technischen Dokumente

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Anlage zu diesem Übereinkommen wie auch die Technischen Dokumente durch Entscheidung des Rates der Gesellschaft geändert werden können, ohne dass das Übereinkommen revidiert werden muss; dies gilt unter der Voraussetzung, dass diese Änderungen nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen. Änderungen der Anlage bedürfen der einstimmigen Zustimmung des Rates der Gesellschaft.

(2) Folgende Anlage ist Bestandteil dieses Übereinkommens:

Gesellschaftsvertrag der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH).

Ferner nimmt das Übereinkommen Bezug auf die folgenden Technischen Dokumente:

Technisches Dokument 1: Beschreibung der zu bauenden FAIR-Einrichtung und der Bauphasen (Teil A) und Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (Teil B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Technisches Dokument 2: Detaillierte Aufschlüsselung der Baukosten und Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb (*Detailed breakdown of the construction*

costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation),

Technisches Dokument 3: Lageplan der Grundstücke, auf denen die FAIR-Einrichtung gebaut werden soll (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Technisches Dokument 4: Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu befugten unterzeichneten Vertreter dieses Übereinkommen unterschrieben.

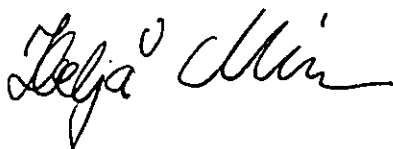
Geschehen zu Wiesbaden am 4. Oktober 2010 in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, ausgenommen die Technischen Dokumente, die lediglich in englischer Sprache abgefasst sind, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt allen Vertragsparteien und allen beitretenden Regierungen eine beglaubigte Abschrift und notifiziert ihnen später etwaige Änderungen.

Für die Regierung der Volksrepublik China

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Handwritten signature of Helge Braun, Minister for Economic Affairs and Energy of the German Federal Government.

Für die Regierung der Republik Finnland

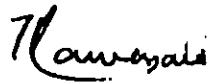
Handwritten signature of Sanna Marin, Minister for Economic Affairs of the Finnish Government.

Für die Regierung der Französischen Republik



Für die Regierung der Hellenischen Republik

Für die Regierung der Republik Indien



Für die Regierung der Italienischen Republik

Für die Regierung der Republik Österreich

Für die Regierung der Republik Polen



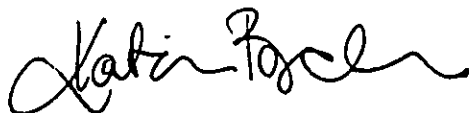
Für die Regierung von Rumänien



Für die Regierung der Russischen Föderation

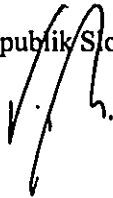


Für die Regierung des Königreichs Schweden



Für die Regierung der Slowakischen Republik

Für die Regierung der Republik Slowenien

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long vertical stroke, positioned between the text for Slovenia and Spain.

Für die Regierung des Königreichs Spanien

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

- 16 -

Anlage zum FAIR-Übereinkommen

Gesellschaftsvertrag

der

„Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“
(FAIR GmbH)

Die Unterzeichneten
[Trägerorganisationen]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

im Folgenden als „Gesellschafter“ (im Sinne des deutschen Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bezeichnet –

im Hinblick auf das am [Angabe des Unterzeichnungsdatums] in [Angabe des Ortes] unterzeichnete Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa, im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, zwischen den in der Präambel des Übereinkommens genannten Vertragsparteien, im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet;

in Anbetracht dessen, dass die [Angabe des Staates] Organisation [Angabe des Namens] und die [Angabe des Staates] Organisation [Angabe des Namens] ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass die [Angabe der Zahl und des Namens] Organisationen ein Konsortium [Angabe des Namens] für ihre Teilnahme an der Gesellschaft gebildet haben und dass nur das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], und das Konsortium [Angabe des Namens], vertreten durch [Angabe des Namens], Gesellschafter der Gesellschaft sind, obwohl alle Organisationen diesen Gesellschaftsvertrag unterzeichnet haben –

vereinbaren hiermit die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht – insbesondere dem deutschen Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) –, nämlich der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH), im Folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I	Allgemeine Bestimmungen
Artikel 1	Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“
Artikel 2	Verhältnis zum GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Artikel 3	Zwecke
Artikel 4	Gemeinnützigkeit
Artikel 5	Stammkapital
Artikel 6	Gesellschafter
Artikel 7	Organe
Kapitel II	Der Rat
Artikel 8	Mitglieder des Rates
Artikel 9	Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates
Artikel 10	Sitzungen des Rates
Artikel 11	Befugnisse des Rates
Artikel 12	Abstimmungsverfahren, Beschlüsse
Kapitel III	Geschäftsführung der Gesellschaft
Artikel 13	Geschäftsführer und Geschäftsführung
Artikel 14	Vertretung der Gesellschaft
Artikel 15	Aufgaben der Geschäftsführer
Kapitel IV	Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern
Artikel 16	Begriffsbestimmungen
Artikel 17	Geistiges Eigentum
Artikel 18	Erfindungen
Artikel 19	Vertraulichkeit
Kapitel V	Ausschuss
Artikel 20	Wissenschaftlicher Rat.....
Kapitel VI	Finanzielle Angelegenheiten
Artikel 21	Jahresabschluss
Artikel 22	Prüfrechte der Gesellschafter

Kapitel VII	Änderung von Geschäftsanteilen
Artikel 23	Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN
Artikel 24	Einziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN
Artikel 25	Austritt eines Gesellschafters
Kapitel VIII	Beendigung der Gesellschaft
Artikel 26	Liquidation der Gesellschaft oder Änderung ihrer Zwecke
Kapitel IX	Verschiedenes
Artikel 27	Haftung
Artikel 28	Anzuwendendes Recht
Artikel 29	Inkrafttreten
Artikel 30	Sprachen
Artikel 31	Salvatorische Klausel
Artikel 32	Bekanntmachungen

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Name, eingetragener Sitz, Geschäftsjahr, Bestimmung des Begriffs „ANTEIL“

(1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH); sie führt den Namen

„Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH).

(2) Die Gesellschaft hat ihren eingetragenen Sitz in Darmstadt, Bundesrepublik Deutschland.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das am 31. Dezember desselben Jahres endet.

(4) Der Begriff „ANTEIL“ (in Großbuchstaben) („Geschäftsanteil“ im Sinne des GmbHG) bezeichnet im Folgenden einen Teil der Gesellschaft, den ein Gesellschafter gegen Einlage auf das Stammkapital („Stammeinlage“ im Sinne des GmbHG) übernommen hat. Der Wert des ANTEILS wird durch den entsprechenden von dem Gesellschafter gezeichneten Teil des Stammkapitals (siehe Artikel 5) bestimmt.

Artikel 2

Verhältnis zum GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

Die Gesellschaft und das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH in Darmstadt werden beim Bau, bei der Inbetriebnahme und beim Betrieb der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (im Folgenden als „FAIR-Einrichtung“ bezeichnet) auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen eng zusammenarbeiten.

Artikel 3 Zwecke

(1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der deutschen Abgabenordnung (AO). Die Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung.

(2) Diese Zwecke werden verwirklicht insbesondere durch

- a) den Bau, den Betrieb und die Weiterentwicklung der FAIR-Einrichtung einschließlich einrichtungsspezifischer Forschung und Entwicklung und
- b) wissenschaftliche Forschung und Entwicklung mit Antiprotonen und Ionen unter Nutzung der FAIR-Einrichtung.

(3) Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit Forschung und technischer Entwicklung verbunden sind, z. B. Technologietransfer, wissenschaftliche Ausbildungsprogramme, Entwicklung von Beschleunigern, wissenschaftlichen Geräten und Ausrüstungsgegenständen für Forschungszwecke.

(4) Die Ergebnisse der bei und/oder von der Gesellschaft durchgeführten Forschungsarbeiten werden grundsätzlich veröffentlicht oder anderweitig allgemein zugänglich gemacht.

Artikel 4 Gemeinnützigkeit

(1) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die in Artikel 3 festgelegten Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Artikel 5
Stammkapital

Das Stammkapital (im Sinne des GmbHG) der Gesellschaft beträgt 25.000,- € (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro).

Artikel 6
Gesellschafter

(1) Im Einklang mit dem Übereinkommen und entsprechend den Beiträgen der jeweiligen Vertragsparteien übernimmt jeder Gesellschafter auf der Grundlage seines Beitrags zu den Baukosten einen oder mehrere ANTEIL/E mit insgesamt folgendem Nennbetrag (im Sinne des GmbHG):

Ifd. Nr. ANTEIL	Gesellschafter	Nennbetrag in Euro und Prozent des gesamten Stammkapitals	
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %

(2) Jeder Gesellschafter tätigt eine Einlage von mindestens 1 Prozent des Stammkapitals. Die Stammeinlagen (im Sinne des GmbHG) sind in bar einzuzahlen, wobei der Gesamtbetrag unmittelbar bei Gründung der Gesellschaft fällig ist.

Artikel 7
Organe

Die Organe der Gesellschaft sind

- a) die Gesellschafterversammlung (im Sinne des GmbHG), im Folgenden als „Rat“ bezeichnet, und
- b) die Geschäftsführer (im Sinne des GmbHG).

Kapitel II
Der Rat

Artikel 8
Mitglieder des Rates

Die Gesellschafter einer jeden Vertragspartei können im Rat durch bis zu zwei Delegierte vertreten sein, die alle Gesellschafter der betreffenden Vertragspartei vertreten. Die Delegierten im Rat werden von allen Gesellschaftern einer jeden Vertragspartei ernannt und abberufen. Die Gesellschafter einer jeden Vertragspartei unterrichten den Vorsitzenden des Rates unverzüglich schriftlich von jeder Ernennung oder Abberufung ihrer Delegierten im Rat.

Artikel 9
Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Rates

Der Rat wählt für eine Amtszeit von höchstens zwei Jahren einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus den Delegationen der Gesellschafter unterschiedlicher Vertragsparteien. Mit ihrer Wahl werden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende unabhängig und neutral (*supra partes*) und verlassen ihre jeweilige Delegation. Einmalige Wiederwahl in Folge für eine zweite Amtszeit von höchstens zwei Jahren ist möglich.

Artikel 10
Sitzungen des Rates

- (1) Der Rat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.
- (2) Die Sitzungen des Rates werden vom Vorsitzenden des Rates einberufen.
- (3) Die Sitzungen des Rates werden auch auf Ersuchen von mindestens zwei Gesellschaftern unterschiedlicher Vertragsparteien einberufen. Außerordentliche Sitzungen des Rates können auch auf Ersuchen der Geschäftsführer einberufen werden, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

Artikel 11
Befugnisse des Rates

(1) Der Rat trägt in allen gesetzlich vorgesehenen Fällen die Verantwortung, sofern dieser Gesellschaftsvertrag nicht etwas anderes bestimmt. Der Rat kann den Geschäftsführern Weisungen erteilen.

(2) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der einstimmigen Zustimmung des Rates:

- a) die Aufnahme neuer Gesellschafter,
- b) die Übertragung (im Sinne des GmbHG) von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN zwischen den Gesellschaftern verschiedener Vertragsparteien,
- c) Erhöhungen des Stammkapitals,
- d) Änderungen dieses Gesellschaftsvertrags,
- e) Verschmelzungen oder Spaltungen der Gesellschaft,
- f) die Auflösung der Gesellschaft,
- g) das Finanzstatut der Gesellschaft,
- h) Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der FAIR-Einrichtung durch Regierungen oder Gruppen von Regierungen, die dem Übereinkommen nicht beitreten, oder durch Einrichtungen oder Organisationen solcher Regierungen oder Gruppen von Regierungen und
- i) der Verteilungsschlüssel für die Betriebskosten nach Artikel 6 Absatz 5 des Übereinkommens.

(3) Die folgenden Angelegenheiten bedürfen der Zustimmung des Rates mit qualifizierter Mehrheit:

- a) die Wahl seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
- b) das mittelfristige wissenschaftliche Programm,

- c) der Jahreshaushalt, die Ressourcenplanung (Finanzen und Personal) und die mittelfristige Finanzplanung,
- d) die Feststellung des Jahresabschlusses (im Sinne des GmbHG),
- e) die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
- f) die Einrichtung von Ausschüssen,
- g) die Grundsätze für die Vergabe von Strahlzeit an den Experimentiereinrichtungen,
- h) kurz- und mittelfristige Vereinbarungen über die Nutzung der wissenschaftlichen Geräte und Anlagen der Gesellschaft durch nationale oder internationale wissenschaftliche Organisationen,
- i) die Beschaffungsregeln,
- j) die Geschäftsordnung des Rates und
- k) die Einziehung (im Sinne des GmbHG) oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN.

(4) Die langfristigen Vereinbarungen mit dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH nach Artikel 2 dieses Gesellschaftsvertrags bedürfen, wenn sie erstmalig getroffen werden, der einstimmigen Zustimmung des Rates. Spätere Entscheidungen bezüglich bereits bestehender langfristiger Vereinbarungen mit dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH sowie Änderungen dieser Vereinbarungen bedürfen der Zustimmung des Rates mit qualifizierter Mehrheit.

(5) Alle sonstigen Beschlüsse des Rates bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, zwingendes Recht oder dieser Gesellschaftsvertrag bestimmen etwas anderes.

(6) Beschlüsse zu Angelegenheiten in Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, zu Genehmigungen und zum Umweltschutz dürfen nicht gegen deutsches Recht verstoßen.

Artikel 12

Abstimmungsverfahren, Beschlüsse

(1) Je 1 (ein) Euro des Stammkapitals gewährt eine Stimme. Alle Gesellschafter müssen die Gelegenheit zur Stimmabgabe haben. Jeder Gesellschafter kann alle seine Stimmen nur einheitlich durch die hierfür vom jeweiligen Gesellschafter bestellten Delegierten abgeben. Gesellschafter, die von einer einzigen Vertragspartei benannt sind, können ihre Stimmen nur gemeinsam und einheitlich abgeben.

(2) „Einfache Mehrheit“ bedeutet 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(3) „Qualifizierte Mehrheit“ bedeutet eine Mehrheit von mindestens 75 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei die Gesellschafter von nicht mehr als der Hälfte der Vertragsparteien dagegen stimmen dürfen.

(4) „Einstimmigkeit“ bedeutet mindestens 90 Prozent der abgegebenen Stimmen; dabei darf es keine Gegenstimmen geben.

(5) Bei den Sitzungen des Rates ist Beschlussfähigkeit nur dann gegeben, wenn das gesamte Stammkapital zu zwei Dritteln vertreten ist. Ist das Stammkapital zu weniger als zwei Dritteln vertreten, so wird unverzüglich eine neue Sitzung des Rates mit derselben Tagesordnung einberufen. Bei dieser neuen Sitzung des Rates ist Beschlussfähigkeit ungeachtet des vertretenen Stammkapitalteils gegeben, vorausgesetzt, dass in der Einladung zu dieser neuen Sitzung des Rates hierauf ausdrücklich hingewiesen wurde.

Kapitel III

Geschäftsführung der Gesellschaft

Artikel 13

Geschäftsführer und Geschäftsführung

(1) Die Gesellschaft hat mindestens zwei Geschäftsführer.

(2) Einer der Geschäftsführer ist Wissenschaftler und gleichzeitig der Vorsitzende der Geschäftsführung, ein weiterer ist administrativer Geschäftsführer. Die Aufteilung der

Zuständigkeiten zwischen den Geschäftsführern wird vom Rat in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegt.

(3) Die Geschäftsführer werden für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie alle Änderungen oder Verlängerungen ihrer Anstellungsverträge bedürfen der Zustimmung des Rates und werden vom Vorsitzenden des Rates im Namen der Gesellschaft unterzeichnet.

Artikel 14 Vertretung der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen (im Sinne des deutschen Handelsgesetzbuchs – HGB) vertreten.

Artikel 15 Aufgaben der Geschäftsführer

Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft gewissenhaft und mit der im Geschäftsverkehr erforderlichen Sorgfalt im Interesse der Gesellschaft sowie nach Maßgabe

- a) des Übereinkommens und der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese dem Übereinkommen nicht widersprechen,
- b) der jeweils gültigen Fassung dieses Gesellschaftsvertrags,
- c) der vom Rat angenommenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
- d) der Weisungen und Beschlüsse des Rates und
- e) der Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien.

Kapitel IV
Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern

Artikel 16
Begriffsbestimmungen

Im Zusammenhang mit den Artikeln 17 und 18 gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Wissen“ bedeutet Informationen, technische Dokumentation, Know-how, Software und Materialien, und zwar unabhängig davon, in welcher Form oder in welchem Medium sie bekannt gegeben oder gespeichert werden, sowie unabhängig davon, ob sie geschützt sind oder nicht.
- b) „Hintergrund“ bedeutet das Wissen, das vor Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrags geschaffen wurde.
- c) „Vordergrund“ bedeutet das Wissen, das durch die Arbeit nach Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrags im Rahmen der Tätigkeiten der Gesellschaft geschaffen wurde.
- d) „Erfindung“ bedeutet das Wissen, für das Gebrauchsmuster oder Patente erworben werden können, das heißt Wissen, das gewerblich anwendbar ist, ein neues Element aufweist und einen erfinderischen Schritt erkennen lässt.

Artikel 17
Geistiges Eigentum

(1) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Hintergrunds, über den sie rechtmäßig verfügen können und der zum Zweck ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft erforderlich ist.

(2) Die Gesellschafter erteilen der Gesellschaft ferner kostenlos und uneingeschränkt eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geschützten oder nicht geschützten Vordergrunds und weiterer geschützter oder nicht geschützter Verbesserungen, über die sie rechtmäßig verfügen können und die sie im Rahmen ihrer Zusammenarbeit in der Gesellschaft geschaffen haben.

(3) Die Gesellschaft ist Eigentümerin aller Rechte an dem von ihrem Personal erarbeiteten geistigen Eigentum, es sei denn, diese sind durch eine gesonderte vertragliche Vereinbarung erfasst.

(4) Auf Antrag erteilt die Gesellschaft den Gesellschaftern und von ihnen benannten öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen kostenlos eine nicht ausschließliche und nicht übertragbare Lizenz zur Nutzung ihres geistigen Eigentums bei deren Forschungstätigkeiten. Für forschungsfremde Zwecke kann den Gesellschaftern zu angemessenen Bedingungen eine Lizenz erteilt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Gesellschafters kann die Gesellschaft jeder natürlichen oder juristischen Person in dem Staat oder in den Staaten dieses Gesellschafters zu angemessenen Bedingungen eine Lizenz für forschungsfremde Zwecke erteilen, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes.

(5) Bemüht sich die Gesellschaft um eine Lizenz zur Nutzung von geistigem Eigentum von einem Dritten, so unternimmt sie alles ihr Mögliche, damit ihr im Rahmen dieser Lizenz ein Recht auf Erteilung von Unterlizenzen an die Gesellschafter nach Absatz 4 eingeräumt wird.

Artikel 18 Erfindungen

(1) Die Gesellschaft wendet auf Erfindungen ihres Personals die Vorschriften des deutschen Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG) an. Entscheidet sich die Gesellschaft, in einem Staat oder in mehreren Staaten kein Patent zu beantragen, so kann der Mitarbeiter, der die Erfindung gemacht hat, mit Zustimmung der Gesellschaft diesen Schutz im eigenen Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen beantragen.

(2) Für Erfindungen, die von Personal, das von einem Gesellschafter an die Gesellschaft entsandt wurde, während dessen Tätigkeit bei der Gesellschaft gemacht werden, gelten folgende Bestimmungen:

- a) Vorbehaltlich der auf Erfindungen von Mitarbeitern anzuwendenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen ist der entsendende Gesellschafter Eigentümer aller Rechte an den Erfindungen, die ausschließlich von dem entsandten Mitarbeiter gemacht wurden. Der entsendende Gesellschafter hat das Recht, in jedem Staat im eigenen Namen, auf eigene Kosten und zum eigenen Nutzen die Patente

anzumelden, die zum Schutz dieser Erfindungen notwendig sind. Die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter haben für Forschungszwecke das kostenlose Nutzungsrecht an den Erfindungen sowie für forschungsfremde Zwecke das Recht auf eine Lizenz zu angemessenen Bedingungen. Ferner darf der Gesellschafter, der Eigentümer der Rechte ist, einer natürlichen oder juristischen Person im Staat oder in den Staaten der Gesellschafter auf Ersuchen eines anderen Gesellschafters die Erteilung einer Lizenz zu angemessenen Bedingungen für forschungsfremde Zwecke nicht verweigern. Durch vertragliche Vereinbarung zwischen den betroffenen Gesellschaftern und der Gesellschaft oder durch Beschluss des Rates können bestimmte Erfindungen festgelegt werden, für die ein Gesellschafter nicht verpflichtet ist, der Gesellschaft, anderen Gesellschaftern oder auf Ersuchen eines anderen Gesellschafters natürlichen oder juristischen Personen in dessen Staat eine Lizenz zu erteilen.

- b) Die Gesellschaft erhält einen Teil der Nettoerlöse aus allen Lizenzen, die der Eigentümer der Rechte für forschungsfremde Zwecke erteilt hat, wobei dieser Teil unter Berücksichtigung der jeweiligen Beiträge der Gesellschaft und der entsandten Person zu den Erfindungen festzulegen ist.
- c) Bei der Beantragung von Rechten des geistigen Eigentums und bei der Lizenzerteilung konsultieren die Gesellschaft und die Gesellschafter einander in Zweifelsfällen und sehen von Maßnahmen ab, die der Gesellschaft oder den Gesellschaftern schaden können.
- d) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die Mitarbeiter, die von einem Gesellschafter als Teil seines Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandt wurden, gemeinsam mit Mitarbeitern der Gesellschaft oder gemeinsam mit von anderen Gesellschaftern als Teil ihrer Sachbeiträge zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht haben.
- e) Hat ein entsandter Mitarbeiter eines Gesellschafters gemeinsam mit entsandten Mitarbeitern eines anderen Gesellschafters Erfindungen gemacht, so gehören diese gemeinsamen Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Auf solche Erfindungen findet Buchstabe a Anwendung.
- f) Die Gesellschaft ist die alleinige Eigentümerin aller Rechte an Erfindungen, die von entsandten Mitarbeitern eines Gesellschafters gemeinsam mit Personal der

Gesellschaft oder gemeinsam mit von einem anderen Gesellschafter als Teil seines Sachbeitrags zur Errichtung der Gesellschaft entsandten Mitarbeitern gemacht wurden, sofern nichts anderes vertraglich vereinbart wurde.

(3) Hat Personal der Gesellschaft gemeinsam mit Personal eines Gesellschafters, das nicht an die Gesellschaft entsandt wurde, Erfindungen gemacht, so gehören diese Erfindungen beiden Partnern; letztere müssen in jedem einzelnen Fall eine Vereinbarung über die Aufteilung und gemeinsame Nutzung der Erfindung treffen. Diese Vereinbarung soll sich nach den Bestimmungen in Absatz 2 richten.

Artikel 19 Vertraulichkeit

(1) Die Gesellschafter haben gegenüber Dritten alle Informationen und Gegenstände, die nicht veröffentlicht worden sind und die von einem anderen Gesellschafter oder der Gesellschaft vertraulich übermittelt werden, vertraulich zu behandeln. Der empfangende Gesellschafter darf diese Informationen und Gegenstände nur zu Zwecken verwenden, die mit diesem Gesellschaftsvertrag vereinbar und nicht kommerzieller Natur sind. Die Offenlegung vertraulicher Informationen und Gegenstände setzt die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des übermittelnden Gesellschafters oder der Gesellschaft voraus.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung gilt nicht für Gegenstände und Arten von Informationen,

- a) die der empfangende Gesellschafter unabhängig von solchen Informationen entwickelt hat oder gerade entwickelt,
- b) die Teil des allgemein zugänglichen Standes der Technik sind oder die diesen Status ohne Zutun des empfangenden Gesellschafters erreichen,
- c) die sich zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits im Besitz des empfangenden Gesellschafters befanden oder
- d) die von einem Dritten, der deren rechtmäßiger Besitzer ist, rechtmäßig an einen Gesellschafter ohne Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung weitergegeben wurden.

(3) Die in Absatz 1 festgelegte Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung endet fünf Jahre nach dem Tag, an dem die Auflösung der Gesellschaft im Handelsregister eingetragen wurde. Die Gesellschafter erlegen sämtlichen Tochterunternehmen und Unterauftragnehmern, deren Mitarbeitern und sämtlichem anderen für einen Gesellschafter arbeitenden Personal, das Zugang zu vertraulichen Informationen haben kann, die gleiche Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung auf.

Kapitel V Ausschuss

Artikel 20 Wissenschaftlicher Rat

- (1) Der Wissenschaftliche Rat, der aus externen Mitgliedern besteht, die herausragende Wissenschaftler sind, berät den Rat und die Geschäftsführer in wissenschaftlichen und technischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.
- (2) Der Wissenschaftliche Rat besteht aus 8 bis 12 Mitgliedern. Diese werden vom Rat auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Rats und nach Konsultierung der Geschäftsführer ernannt.
- (3) Der Wissenschaftliche Rat wählt einen Vorsitzenden. Der Wissenschaftliche Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Rates bedarf.

Kapitel VI Finanzielle Angelegenheiten

Artikel 21 Jahresabschluss

- (1) Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahrs stellen die Geschäftsführer den Jahresabschluss und den Lagebericht (im Sinne des GmbHG) auf. Die für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts großer Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gelten entsprechend.

(2) Jahresabschluss und Lagebericht werden von einem zugelassenen, unabhängigen Abschlussprüfer (im Sinne des HGB) geprüft. Der Abschlussprüfer wird vor Ablauf des zu prüfenden Geschäftsjahrs durch Beschluss des Rates bestellt. Die Bestellung des Abschlussprüfers erfolgt jährlich. Eine Wiederbestellung ist möglich. Der Abschlussprüfer ist sofort nach seiner Bestellung damit zu beauftragen, auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder – HGrG – vom 19. August 1969¹) zu prüfen und den Bericht nach § 53 Absatz 1 Nummer 2 HGrG zu ergänzen.

(3) Die Geschäftsführer müssen dem Rat unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichts (im Sinne des HGB) eine Ausfertigung des Jahresabschlusses, der im Original die rechtsverbindlichen Unterschriften der Geschäftsführer tragen muss, sowie den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht einschließlich einer schriftlichen Stellungnahme vorlegen. Der Rat entscheidet innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahrs über die Feststellung des Jahresabschlusses.

Artikel 22

Prüfrechte der Gesellschafter

Jeder Gesellschafter hat ein Prüfrecht, wenn dies nach dem für die öffentliche Förderung geltenden innerstaatlichen Recht vorgeschrieben ist.

Kapitel VII

Änderung von Geschäftsanteilen

Artikel 23

Aufnahme neuer Gesellschafter und Übertragung von ANTEILEN

(1) Im Fall einer Änderung der finanziellen Beiträge einer Vertragspartei haben die betroffenen Gesellschafter die entsprechende Übertragung von ANTEILEN vorzunehmen.

(2) Die Gesellschaft ist für die Aufnahme neuer, von der/den betreffenden Vertragspartei/en benannter Gesellschafter offen. Der Rat ist ermächtigt, über die Bedingungen des Beitritts neuer Gesellschafter zu entscheiden.

¹ Bundesgesetzblatt 1969 I S. 1273.

(3) Ein neuer Gesellschafter erwirbt ANTEILE oder Teile von ANTEILEN von einem oder mehreren bisherigen Gesellschaftern, es sei denn, der Rat beschließt etwas anderes im Zusammenhang mit einer Erhöhung des Stammkapitals.

(4) Der Erwerb von ANTEILEN oder Teilen von ANTEILEN von einem bisherigen Gesellschafter bedarf der einstimmigen Zustimmung des Rates. Eine solche Zustimmung gilt als erteilt, wenn der erwerbende Gesellschafter von derselben Vertragspartei benannt wurde wie der/die abgebende/n Gesellschafter.

(5) Die Entscheidung über die Übertragung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird mit der Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den Geschäftsführern erklärt.

Artikel 24

Einziehung oder zwangsweise Abtretung von ANTEILEN

(1) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters ist zulässig, sofern er ihr zustimmt.

(2) Die Einziehung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn

- a) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde,
- b) in die ANTEILE des Gesellschafters vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten aufgehoben wird, längstens aber bis zur Verwertung der ANTEILE,
- c) der Gesellschafter wesentliche Pflichten aus diesem Gesellschaftsvertrag oder aus den internen Regeln der Gesellschaft verletzt, unter anderem, wenn er mit seinen Geld- oder Sachbeiträgen um mehr als drei Jahre im Rückstand ist.

In diesen Fällen hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht bei der Entscheidung über die Einziehung, und seine Stimmen dürfen bei der Berechnung der erreichten Mehrheit nicht mitgezählt werden. Gleichwohl hat er ein Recht auf Teilnahme an der betreffen-

den Sitzung des Rates und auf Rechtfertigung, bevor der Beschluss über die Einziehung oder Abtretung gefasst wird.

(3) Im Fall der Einziehung erhält der betroffene Gesellschafter von der Gesellschaft eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags seiner ANTEILE. In den Fällen des Absatzes 2 Buchstaben a und b wird ein möglicher Erwerber nicht Gesellschafter, sondern erhält eine Abfindung in Höhe des Nennbetrags der betreffenden ANTEILE.

(4) Anstelle der Einziehung von ANTEILEN kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, dass die ANTEILE

- a) an einen oder mehrere verbleibende Gesellschafter, die zum Erwerb derselben zusätzlich zu ihren eigenen ANTEILEN bereit sind, oder
- b) an einen neuen Gesellschafter im Sinne des Artikels 23 Absatz 2

gegen eine Abfindung in gleicher Höhe wie in Absatz 3 vorgesehen abgetreten werden. Dies ist auch möglich in der Form, dass ein Teil der ANTEILE eingezogen und der andere Teil abgetreten wird. Die Abfindung ist von den Gesellschaftern zu zahlen, an die ANTEILE oder Teile von ANTEILEN abgetreten werden.

(5) Die Wirksamkeit von Einziehung beziehungsweise Abtretung hängt nicht von der Zahlung der Abfindungssumme ab.

(6) Die Entscheidung über die Einziehung oder Abtretung von ANTEILEN oder von Teilen von ANTEILEN wird mit der Niederschrift des Beschlusses des Rates wirksam und wird von den Geschäftsführern erklärt.

Artikel 25

Austritt eines Gesellschafters

Ein Gesellschafter, der aus der Gesellschaft austritt, obwohl die Gesellschaft nicht liquidiert wird, kann lediglich eine Abfindung verlangen, die auf den Nennbetrag seiner ANTEILE begrenzt ist.

Kapitel VIII
Beendigung der Gesellschaft

Artikel 26
Liquidation der Gesellschaft oder Änderung ihrer Zwecke

(1) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

(2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, das es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat, oder nach Konsultierung der zuständigen deutschen Steuerbehörden an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts zwecks Verwendung für Wissenschaft und Forschung.

Kapitel IX
Verschiedenes

Artikel 27
Haftung

(1) Die Gesellschafter stellen sicher, dass die Gesellschaft eine ausreichende Versicherung abschließt, die für Personen- und Sachschäden aufkommt, die von an die Gesellschaft entsandtem Personal oder von ihr eingeladenen Wissenschaftlern oder Sachverständigen verursacht werden, soweit die Haftung nicht bereits durch andere Versicherungen übernommen wird. Ausgenommen sind Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden.

(2) In Haftungsfragen, die nicht nach Absatz 1 geregelt werden können, konsultieren die Gesellschafter einander umgehend zur Schadensregulierung.

Artikel 28
Anzuwendendes Recht

Dieser Gesellschaftsvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 29
Inkrafttreten

Dieser Gesellschaftsvertrag tritt mit Unterzeichnung durch die Gesellschafter und notarieller Beurkundung in Kraft.

Artikel 30
Sprachen

Dieser Gesellschaftsvertrag ist in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst. Die deutsche Fassung wird beim zuständigen deutschen Registergericht zur Eintragung im Handelsregister eingereicht.

Artikel 31
Salvatorische Klausel

- (1) Für den Fall, dass eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrags ganz oder teilweise nichtig oder unwirksam ist oder wird, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.
- (2) Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst vollständig entspricht.
- (3) Entsprechendes gilt, wenn dieser Gesellschaftsvertrag eine Angelegenheit, die er regeln sollte, nicht regelt.

Artikel 32
Bekanntmachungen

Gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger, auf der Webseite der Gesellschaft und zusätzlich in einem geeigneten Publikationsorgan der Europäischen Union veröffentlicht.

SCHLUSSAKTE
DER BEVOLLMÄCHTIGTENKONFERENZ
ZUR ERRICHTUNG EINER EINRICHTUNG
FÜR DIE FORSCHUNG MIT ANTI-PROTONEN UND IONEN IN EUROPA

- (1) Im Nachgang zu Gesprächen über eine mögliche zukünftige Ausrichtung ihrer Einrichtungen begann die Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI) im Jahre 2000 mit der Entwicklung eines Konzepts für eine Einrichtung für die internationale Antiprotonen- und Ionenforschung am Standort der GSI in Darmstadt.

Auf der Grundlage eines Berichts zur konzeptionellen Auslegung (*Conceptual Design Report*), der eine Vielzahl wissenschaftlicher und technischer Beiträge aus aller Welt enthielt, wurde das Konzept für die Einrichtung im Jahre 2002 vom deutschen Wissenschaftsrat bewertet und gebilligt.

Auf die im Jahre 2003 gefällte Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die vorgeschlagene Einrichtung zu errichten, folgte die Entwicklung eines gestuften Bau- und Wissenschaftsprogramms.

Ein Internationaler Lenkungsausschuss wurde geschaffen. Die konstituierende Sitzung des Internationalen Lenkungsausschusses für FAIR fand am 2. Februar 2004 statt.

Zur Verfolgung der Entwicklung von Wissenschafts- und Forschungsprogrammen, der technischen Ausgestaltung, der Bauplanung und der F&E-Aktivitäten wurde eine Arbeitsgruppe für wissenschaftliche und technische Fragen (*STI-FAIR*) eingesetzt. Eine weitere Arbeitsgruppe für administrative und finanzielle Fragen (*AFI-FAIR*) wurde gegründet, die sich mit der Rechts-, Finanz- und Managementstruktur sowie mit Verfahren und Rechtsdokumenten befassen sollte.

Im Jahre 2004 bekundeten zahlreiche Institutionen aus verschiedenen Ländern durch Unterzeichnung von Absichtserklärungen ihr Interesse, an der zukünftigen FAIR-Einrichtung teilzunehmen oder dazu beizutragen.

Bis Ende Februar 2007 hatten die Regierungen von China, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Schweden, Spanien und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland eine Absprache (*Memorandum of Understanding*) als Grundlage für die inter-

nationale Zusammenarbeit während der Vorbereitungsphase von FAIR unterzeichnet.

Am 7. November 2007 unterzeichneten Vertreter von zehn der vierzehn Parteien der Absprache das Kommuniqué zum offiziellen Start der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (*Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), in dem sie gemeinsam den Beginn der Verwirklichung des FAIR-Projekts ankündigten.

- (2) Auf Einladung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland trat am 4. Oktober 2010 auf Schloss Biebrich in Wiesbaden eine Bevollmächtigtenkonferenz zur Errichtung einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa zusammen.
- (3) Die Regierungen folgender Staaten waren durch Delegierte vertreten: Volksrepublik China, Bundesrepublik Deutschland, Republik Finnland, Französische Republik, Hellenische Republik, Republik Indien, Italienische Republik, Republik Österreich, Republik Polen, Rumänien, Russische Föderation, Königreich Schweden, Slowakische Republik, Republik Slowenien, Königreich Spanien und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland.
- (4) Dem/der Vorsitzenden der Konferenz wurde von den Bevollmächtigten deren jeweilige Vollmacht vorgelegt, die diese/r prüfte und für ordnungsgemäß befand.
- (5) Die Konferenz nahm den Wortlaut des Übereinkommens einschließlich seiner Anlage und der beigefügten vier Technischen Dokumente zur Kenntnis, die im Folgenden aufgelistet sind:

Anlage: Gesellschaftsvertrag der „Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH“ (FAIR GmbH),

Technisches Dokument 1: Beschreibung der zu bauenden FAIR-Einrichtung und der Bauphasen (Teil A) und Die Modularisierte Startversion – Ein schrittweises Vorgehen bei der Verwirklichung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) (Teil B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and*

the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)),

- Technisches Dokument 2: Detaillierte Aufschlüsselung der Baukosten und Aufstellung der geschätzten jährlich anfallenden Ausgaben für Bau und Betrieb (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),
- Technisches Dokument 3: Lageplan der Grundstücke, auf denen die FAIR-Einrichtung gebaut werden soll (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),
- Technisches Dokument 4: Verfahren zur Anerkennung von Sachbeiträgen und die diesbezügliche Bewertungsmethode (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).
- (6) Auf Empfehlung des Internationalen Lenkungsausschusses für FAIR nahm die Konferenz den Wortlaut des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa einschließlich der Anlage, die Bestandteil des Übereinkommens ist, an.
- (7) Die Konferenz vereinbarte, dass das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufige Anwendung finden solle, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, und nahm zu diesem Zweck die EntschlieÙung Nr. 1 an, die dieser Schlussakte beigefügt ist.
- (8) Die Konferenz vereinbarte, dass die Zusage eines Mindestbeitrags in Höhe von 11,87 Millionen Euro (auf dem Preisstand vom Januar 2005) zu den Baukosten der FAIR-Einrichtung in Form von Geld- und/oder Sachbeiträgen eine Vertragspartei berechtigt, eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH zu benennen. Ferner vereinbarte die Konferenz, dass diese Mindestzusage von mehreren Vertragsparteien zusammen gegeben

werden kann. In diesem Fall müssen die von diesen Vertragsparteien benannten geeigneten Einrichtungen ein Konsortium bilden, welches als deren Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH handelt. Zu diesem Zweck nahm die Konferenz die Entschließung Nr. 2 an, die dieser Schlussakte beigelegt ist.

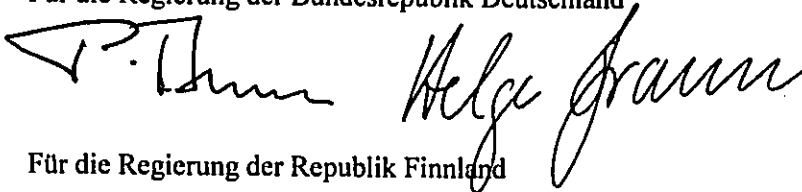
- (9) Die Konferenz nahm die Erklärungen
- der Regierung der Französischen Republik,
 - der Regierung der Republik Polen,
 - der Regierung des Königreichs Schweden,
 - der Regierung der Republik Slowenien und
 - der Regierung des Königreichs Spanien
- zur Kenntnis, die dieser Schlussakte beigelegt sind.
- (10) Die Konferenz forderte alle Unterzeichnerregierungen auf, baldmöglichst etwaige verfassungsrechtliche Verfahren im Hinblick auf das Inkrafttreten des Übereinkommens abzuschließen und die Verwahrregierung (Bundesrepublik Deutschland) entsprechend zu unterrichten.
- (11) Die Konferenz nahm erfreut zur Kenntnis, dass andere Regierungen das Übereinkommen binnen zwölf Monaten zu den im Übereinkommen niedergelegten Bedingungen unterzeichnen können.
- (12) Die Konferenz lud weitere Regierungen ein, dem Übereinkommen beizutreten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Schlussakte unterzeichnet.

Geschehen zu Wiesbaden am 4. Oktober 2010 in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen, die diese Schlussakte unterzeichnet haben, und den Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens werden, beglaubigte Abschriften.

Für die Regierung der Volksrepublik China

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der Republik Finnland



Für die Regierung der Französischen Republik



Für die Regierung der Hellenischen Republik

Für die Regierung der Republik Indien



Für die Regierung der Italienischen Republik

Für die Regierung der Republik Österreich

Für die Regierung der Republik Polen



Für die Regierung von Rumänien



Für die Regierung der Russischen Föderation

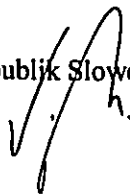


Für die Regierung des Königreichs Schweden



Für die Regierung der Slowakischen Republik

Für die Regierung der Republik Slowenien



Für die Regierung des Königreichs Spanien

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

ENTSCHLIESSUNG NR. 1
DER BEVOLLMÄCHTIGTENKONFERENZ
ZUR ERRICHTUNG EINER EINRICHTUNG
FÜR DIE FORSCHUNG MIT ANTIPROTONEN UND IONEN IN EUROPA

Vorläufige Anwendung des FAIR-Übereinkommens

DIE KONFERENZ

VEREINBART, dass das Übereinkommen ab dem 4. Oktober 2010 vorläufig angewandt wird, wobei davon ausgegangen wird, dass das endgültige Inkrafttreten des Übereinkommens von der Einhaltung geeigneter verfassungsrechtlicher Verfahren in jedem der betreffenden Staaten abhängt;

FORDERT die von den Vertragsparteien benannten Gesellschafter, welche gemeinsam die Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht – insbesondere dem deutschen Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) – errichten, AUF, umgehend den Gesellschaftsvertrag (Anlage zum Übereinkommen) zu unterzeichnen;

BITTET die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Verfahrensschritte zu unternehmen, die erforderlich sind, um die Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH so bald wie möglich als juristische Person zu gründen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 2
DER BEVOLLMÄCHTIGTENKONFERENZ
ZUR ERRICHTUNG EINER EINRICHTUNG
FÜR DIE FORSCHUNG MIT ANTIPROTONEN UND IONEN IN EUROPA

Zusage eines Mindestbeitrags zu den Baukosten, die eine Vertragspartei berechtigt,
eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research
in Europe GmbH zu benennen

DIE KONFERENZ

VEREINBART, dass die Zusage eines Mindestbeitrags in Höhe von 11,87 Millionen Euro (auf dem Preisstand vom Januar 2005) zu den Baukosten der FAIR-Einrichtung in Form von Geld- und/oder Sachbeiträgen eine Vertragspartei berechtigt, eine geeignete Einrichtung als Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH zu benennen. Diese Mindestzusage kann auch von mehreren Vertragsparteien zusammen gegeben werden. In diesem Fall müssen die von diesen Vertragsparteien benannten geeigneten Einrichtungen ein Konsortium bilden, welches als deren Gesellschafter der Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH handelt;

STELLT FEST, dass 11,87 Millionen Euro 1 Prozent eines in einer früheren Kostenschätzung veranschlagten Betrags für die Baukosten der FAIR-Einrichtung entsprechen, wie sie in Teil A des Technischen Dokuments 1 beschrieben ist, welches dem Übereinkommen beigelegt ist.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
BEZÜGLICH DER VORLÄUFIGEN ANWENDUNG
UND IHRER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung der Französischen Republik ZUR KENNTNIS, die wie folgt lautet:

Im Einklang mit der der Schlussakte beigefügten EntschlieÙung Nr. 1, in der die Vertragsparteien vereinbaren, das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden, vorausgesetzt, die vorläufige Anwendung entspricht den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, erklärt Frankreich hiermit, dass es das Übereinkommen nicht ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung vorläufig anwenden kann. Artikel 53 der Verfassung der Französischen Republik sieht vor, dass völkerrechtliche Verträge und sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte vor ihrem Inkrafttreten vom Parlament genehmigt werden müssen, wenn sie, so wie es hier der Fall ist, finanzielle Folgen nach sich ziehen, die Verpflichtungen für die Staatsfinanzen begründen.

Bezüglich des in Artikel 6 Absatz 6 des Übereinkommens beschriebenen Verfahrens erklärt Frankreich, dass der französische Anteil an den jährlichen Betriebskosten der FAIR-Einrichtung 2 Prozent nicht übersteigen wird.

**ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN
BEZÜGLICH IHRER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN**

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung der Republik Polen **ZUR KENNTNIS**, die wie folgt lautet:

Die Republik Polen beteiligt sich am Bau der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) mit einem Betrag in Höhe von 23,74 Millionen Euro (Preisstand von 2005). Dies beinhaltet sowohl Sach- als auch Geldbeiträge. Bei den Ausgaben haben Sachbeiträge Priorität; Geldbeiträge dürfen 11,87 Millionen Euro nicht übersteigen (Preisstand von 2005).

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DES KÖNIGREICHS SCHWEDEN
BEZÜGLICH IHRER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN
UND BEZÜGLICH DER VERTRAULICHKEIT

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung des Königreichs Schweden ZUR KENNTNIS, die wie folgt lautet:

Schweden ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) beizutragen. Hierfür gelten jedoch folgende Voraussetzungen:

1. Die in der FAIR-Gesellschaft als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde, die einen Betrag in Höhe von 10 Millionen Euro (Preisstand von 2005) zu den Baukosten beiträgt, wird nach Genehmigung durch das Parlament von der Regierung des Königreichs Schweden benannt.
2. Grundlage für Schwedens Beteiligung am Bau von FAIR ist, dass Schweden an der Betriebsphase von FAIR mindestens drei Jahre lang beteiligt ist, aber nach den ersten beiden Jahren seine weitere Beteiligung an der Betriebsphase prüft und die Möglichkeit hat, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden, sollte nach der Prüfung ein solcher Wunsch bestehen.
3. Nach erfolgreicher Prüfung kann Schweden anbieten, seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrythmus um weitere drei (oder fünf) Jahre zu verlängern, und kann diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
4. Ergibt sich aus der ersten schwedischen Prüfung, dass eine weitere Beteiligung an dem Projekt angeraten ist, so wird Schweden seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen.
Entscheidet sich Schweden nach der ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung, so wird Schweden fünfzig Prozent seines Anteils an den Stilllegungskosten aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

5. Artikel 19 des Gesellschaftsvertrags (Anlage zum Übereinkommen) zur Vertraulichkeit soll folgendermaßen ausgelegt werden, um den Erfordernissen der in der schwedischen Verfassung enthaltenen Regelung zum Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu Dokumenten zu genügen:

Die in der FAIR-Gesellschaft (FAIR GmbH mit Sitz in Deutschland) als schwedischer Gesellschafter handelnde schwedische Behörde konsultiert stets den übermittelnden Gesellschafter, bevor sie entscheidet, Dritten Zugang zu vertraulichen Informationen im Sinne des Artikels 19 des Gesellschaftsvertrags zu gewähren. Es ist Schweden bewusst, dass sein Handeln die Beziehungen zwischen Schweden und den Vertragsparteien des Übereinkommens beeinträchtigen würde, wenn eine schwedische Behörde die Informationen offenlegt, obwohl der Gesellschafter nach einer derartigen zwingenden Konsultation deutlich gemacht hat, dass er der Offenlegung der Informationen nicht zustimmt.

In diesem Zusammenhang erinnert Schweden an das schwedische Gesetz über den öffentlichen Zugang zu Informationen und über die Geheimhaltung von 2009, insbesondere Kapitel 15 § 1 Absatz 1, der wie folgt lautet: „Geheimhaltung gilt für alle Informationen bezüglich Schwedens Beziehungen zu einem anderen Staat beziehungsweise für alle Informationen, die einen anderen Staat, eine internationale Organisation oder eine Behörde, einen Bürger oder eine juristische Person in einem anderen Staat oder eine staatenlose Person in anderer Weise betreffen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Offenlegung der Informationen Schwedens internationale Beziehungen beeinträchtigen oder dem Land anderweitig Schaden zufügen würde.“

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER REPUBLIK SLOWENIEN
BEZÜGLICH DER VORLÄUFIGEN ANWENDUNG DES ÜBEREINKOMMENS

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung der Republik Slowenien ZUR KENNTNIS, die wie folgt lautet:

In Bezug auf die der Schlussakte beigefügte Entschliebung Nr. 1, in der die Vertragsparteien ihre Annahme zum Ausdruck bringen, dass das Übereinkommen vorläufig Anwendung finden kann, bis in jedem der Staaten der Vertragsparteien geeignete verfassungsrechtliche Verfahren eingehalten sind, nach deren Abschluss das Übereinkommen in Kraft tritt, erklärt Slowenien hiermit, dass es das Übereinkommen nicht vom Tag seiner Unterzeichnung an vorläufig anwenden kann.

Das slowenische Gesetz über auswärtige Angelegenheiten sieht in Paragraph 72 zwar die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrags vor dessen Inkrafttreten vor, allerdings nur dann, wenn es sich bei dem diesen Vertrag ratifizierenden Organ um die Regierung handelt, was für das genannte Übereinkommen aber nicht zutrifft, da für seine Ratifikation die Nationalversammlung der Republik Slowenien zuständig ist.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DES KÖNIGREICHS SPANIEN
BEZÜGLICH IHRER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

DIE KONFERENZ

NIMMT die Erklärung der Regierung des Königreichs Spanien ZUR KENNTNIS, die wie folgt lautet:

Spanien ist bereit, als Teilnehmerstaat zur Errichtung und Nutzung der Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa (FAIR) beizutragen. Nach Unterzeichnung des Übereinkommens werden sich Spaniens Verpflichtungen jedoch wie folgt darstellen:

1. Spanien wird seine Teilnahme an der Betriebsphase zwei Jahre nach Beginn dieser Phase überprüfen und hat die Möglichkeit, die Beteiligung mit einjähriger Kündigungsfrist ohne Sanktion zu beenden.
2. Nach positiver Prüfung kann Spanien seine Beteiligung unter Einhaltung eines entsprechenden Prüfungsrhythmus um weitere drei Jahre verlängern und diese Beteiligung während der Gesamtlaufzeit des Projekts fortsetzen.
3. Falls Spanien sich nach seiner ersten Prüfung dazu entscheidet, weiterhin an dem Projekt teilzunehmen, so wird Spanien seinen Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens voll und ganz nachkommen. Entscheidet sich Spanien nach der ersten Prüfung für eine Beendigung der Beteiligung, so wird Spanien nur fünfzig Prozent seiner Stilllegungsverpflichtungen aufgrund des Übereinkommens übernehmen.

Convention
relative à la construction et à l'exploitation d'une infrastructure
pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe

Table des matières

Article premier	Établissement de l'infrastructure	4
Article 2	Dénomination et siège	4
Article 3	Organes	4
Article 4	Circulation des personnes et des équipements scientifiques	5
Article 5	Financement	5
Article 6	Contributions	6
Article 7	Couverture des coûts éventuels liés à la T.V.A.	8
Article 8	Arrangements avec d'autres utilisateurs	8
Article 9	Propriété intellectuelle	8
Article 10	Scolarisation	9
Article 11	Différends	9
Article 12	Dépositaire et entrée en vigueur	10
Article 13	Adhésion	11
Article 14	Durée	11
Article 15	Démantèlement	12
Article 16	Amendements à l'Annexe et aux Documents techniques	12

Les Gouvernements

de la République fédérale d'Allemagne,
de la République d'Autriche,
de la République populaire de Chine,
du Royaume d'Espagne,
de la République de Finlande,
de la République française,
de la République hellénique,
de la République de l'Inde,
de la République italienne,
de la République de Pologne,
de la Roumanie,
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
de la Fédération de Russie,
de la République slovaque,
de la République de Slovénie,
du Royaume de Suède,

ci-après dénommés les « Parties contractantes »,

Désirant consolider encore la position de l'Europe et des pays des Parties contractantes dans la recherche mondiale et intensifier la coopération scientifique entre les disciplines et au-delà des frontières nationales ;

Reconnaissant qu'un complexe d'accélérateurs unique au monde et technologiquement novateur aura à l'avenir une grande importance pour réaliser une recherche de pointe dans de nombreux domaines scientifiques relevant des sciences de la structure de base de la matière et des domaines connexes ;

Espérant que d'autres pays participeront aux activités qu'ils se proposent d'entreprendre ensemble dans le cadre de la présente Convention ;

Ayant décidé de promouvoir la construction et l'exploitation d'une infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe à l'usage de la communauté scientifique internationale, fondé sur des critères d'excellence scientifique ;

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier
Établissement de l'infrastructure

(1) La construction et l'exploitation de l'infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe, telle que décrite dans le Document technique 1 et ci-après dénommée « l'Infrastructure FAIR », sont confiées à une société à responsabilité limitée, ci-après dénommée « la Société », régie par le droit allemand, sauf dispositions contraires de la présente Convention. Les Statuts de la Société figurent à l'Annexe à la présente Convention (sans les noms ni les parts respectives des Associés). La Société n'entreprend que des activités à des fins pacifiques.

(2) Les Associés de la Société sont des organismes appropriés désignés à cet effet par les Parties contractantes. Les Parties contractantes désignent ces Associés en faisant parvenir une notification écrite aux autres Parties contractantes, qui doivent l'avoir reçue.

(3) La Société et GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH coopéreront sur la base d'accords à long terme pour la construction, la mise en service et l'exploitation de l'Infrastructure FAIR.

Article 2
Dénomination et siège

La Société a pour dénomination « Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH » (FAIR GmbH) et aura son siège social à Darmstadt.

Article 3
Organes

(1) Les organes de la Société sont l'Assemblée des Associés, ci-après dénommée « le Conseil », et les Directeurs exécutifs qui forment ensemble le Comité de direction.

(2) Les délégués au Conseil sont nommés et révoqués conformément à une procédure déterminée par les Parties contractantes concernées.

Article 4

Circulation des personnes et des équipements scientifiques

(1) Sous réserve des dispositions de sa législation nationale, chaque Partie contractante facilite, dans les limites de sa compétence, la circulation et le séjour des ressortissants des États des Parties contractantes employés par la Société ou détachés auprès d'elle, ou qui réalisent des recherches en utilisant les installations de la Société, et des membres de leur famille.

(2) Chaque Partie contractante facilite, sur son territoire et conformément à la législation en vigueur, la délivrance des documents de transit nécessaires à l'importation et à l'exportation temporaires d'équipements scientifiques et d'échantillons destinés à être utilisés dans les recherches qui font appel aux installations de la Société.

Article 5

Financement

(1) Chaque Partie contractante a la responsabilité de mettre à la disposition du ou des Associés désignés par elle des ressources suffisantes pour couvrir leur contribution au budget annuel de la Société.

(2) La construction de l'Infrastructure FAIR débute sur la base des engagements financiers définis à l'article 6, conformément au document intitulé « Scénario modulaire de lancement – Une approche graduelle de la réalisation de l'infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) » (*The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), qui constitue la partie B du Document technique 1, joint à la présente Convention.

(3) Les coûts de construction sont la somme de toutes les dépenses encourues pour la construction (frais de personnel, dépenses courantes et investissements).

(4) Les coûts de construction du Scénario modulaire de lancement décrit dans la partie B du Document technique 1 sont estimés à

1 027 millions d'euros
(mille vingt-sept millions d'euros)

en valeur janvier 2005.

(5) Un tableau montrant l'estimation des dépenses annuelles de construction et d'exploitation encourues, y compris une réserve pour le développement de l'Infrastructure FAIR, figure au Document technique 2, joint à la présente Convention.

(6) L'objectif final demeure la réalisation de l'Infrastructure FAIR selon la description donnée dans le Rapport de conception technique (*Baseline Technical Report*), dont un résumé constitue la partie A du Document technique 1.

(7) Le Conseil procède au moins une fois par an à la révision des coûts de construction effectifs et prévus. S'il apparaît au Conseil à quelque moment que ce soit que, compte tenu des coûts prévisionnels définis ci-dessus et des spécifications précisées dans le Document technique 2, l'Infrastructure FAIR peut ne pas être achevée de manière satisfaisante, le Conseil adopte, après avis des Directeurs exécutifs, des mesures destinées à restreindre les coûts.

(8) Le Conseil statuant à l'unanimité peut approuver une modification des coûts de construction.

(9) Une estimation détaillée des coûts d'exploitation annuels en vue de l'exploitation de l'Infrastructure FAIR à pleine capacité figure au Document technique 2.

Article 6 Contributions

(1) La Partie contractante allemande met à la disposition de la Société, gratuitement et prêt à la construction, le site de Darmstadt indiqué sur le plan figurant au Document technique 3, joint à la présente Convention.

(2) En signant la présente Convention, les Parties contractantes s'engagent à contribuer aux coûts de construction en numéraire et/ou en nature à hauteur de (tous les montants en valeur janvier 2005) :

- 705 000 000 € pour la République fédérale d'Allemagne,
pour la République d'Autriche,
pour la République populaire de Chine,
- 11 870 000 € pour le Royaume d'Espagne,
- 5 000 000 € pour la République de Finlande,
- 27 000 000 € pour la République française,
pour la République hellénique,
- 36 000 000 € pour la République de l'Inde,
pour la République italienne,
- 23 740 000 € pour la République de Pologne,
- 11 870 000 € pour la Roumanie,
pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
- 178 050 000 € pour la Fédération de Russie,
pour la République slovaque,
- 12 000 000 € pour la République de Slovénie,
- 10 000 000 € pour le Royaume de Suède.

(3) Les Parties contractantes espèrent que des efforts supplémentaires seront consentis pendant la période de construction afin de permettre la réalisation de l'Infrastructure FAIR telle que décrite dans le Rapport de conception technique.

(4) La procédure d'acceptation des contributions en nature et la méthode retenue pour les évaluer figurent au Document technique 4, joint à la présente Convention.

(5) L'utilisation de l'Infrastructure FAIR par la communauté scientifique d'une Partie contractante suppose au préalable que le ou les Associés désignés par elle participent de manière appropriée au financement des coûts d'exploitation de l'Infrastructure FAIR. Le plan de répartition correspondant doit être approuvé par le Conseil au plus tard trois ans après le début de la phase de construction.

(6) Les Parties contractantes veillent à ce que leurs Associés contribuent aux coûts d'exploitation conformément au plan de répartition adopté.

(7) Les modifications des contributions aux coûts de construction et d'exploitation, l'entrée de nouveaux Associés, les augmentations des parts détenues par un Associé de même que le transfert de tout ou partie d'une part de la Société mentionnée à l'article premier sont régis par les Statuts de la Société joints en Annexe, qui autorisent le Conseil à statuer en la matière.

Article 7

Couverture des coûts éventuels liés à la T.V.A.

(1) La Société est soumise aux dispositions générales du droit allemand concernant la taxe sur la valeur ajoutée (T.V.A.).

(2) Si les contributions d'un Associé aux coûts de construction et d'exploitation sont soumises à la T.V.A., la T.V.A. due sera prise en charge par la Partie contractante qui la perçoit.

(3) Si les contributions d'un Associé aux coûts de construction et d'exploitation ne sont pas soumises à la T.V.A. et si cela supprime ou limite le droit dont bénéficie la Société de déduire la T.V.A. versée par elle à des tiers ou d'en demander le remboursement, la T.V.A. ainsi non déductible sera prise en charge par la Partie contractante qui la perçoit.

Article 8

Arrangements avec d'autres utilisateurs

Des arrangements en vue de l'utilisation de longue durée de l'Infrastructure FAIR par des gouvernements ou groupes de gouvernements non adhérents à la présente Convention, ou par leurs établissements ou organisations, peuvent être conclus par la Société avec l'accord unanime de son Conseil.

Article 9

Propriété intellectuelle

(1) En cohérence avec les objectifs de la présente Convention, l'expression « propriété intellectuelle » fait référence à l'article 2 de la Convention instituant l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle signée le 14 juillet 1967.

(2) En ce qui concerne les questions de propriété intellectuelle, les relations entre les Parties contractantes sont régies par leurs législations nationales, ainsi que par les dispositions correspondantes des accords de coopération scientifique et technologique entre la Communauté européenne et les Parties contractantes non membres de l'UE.

Article 10 Scolarisation

La Partie contractante allemande soutient les efforts destinés à donner aux enfants du personnel employé par la Société, ou du personnel détaché ou actif auprès de la Société, un accès à l'enseignement dans des établissements internationaux publics ou privés en République fédérale d'Allemagne.

Article 11 Différends

(1) Les Parties contractantes s'efforcent de régler par la négociation tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention.

(2) Si les Parties contractantes ne peuvent parvenir à un accord sur le règlement d'un différend, chacune des Parties contractantes concernées peut soumettre celui-ci à la décision d'un tribunal arbitral.

(3) Chaque Partie contractante partie au différend désigne un arbitre ; cependant, si le différend survient entre une Partie contractante et deux ou plusieurs autres Parties contractantes, ces dernières choisissent conjointement un arbitre. Les arbitres ainsi désignés choisissent un surarbitre ressortissant d'un État autre que les États des Parties contractantes considérées pour exercer les fonctions de président du tribunal arbitral ; celui-ci dispose, en cas de partage des voix des arbitres, d'une voix prépondérante. Les arbitres doivent être désignés dans un délai de deux mois à compter de la date du dépôt de la demande de règlement par voie d'arbitrage et le président dans un délai de trois mois à compter de cette date.

(4) Si les délais prévus au paragraphe précédent ne sont pas respectés et à défaut d'un autre arrangement, chaque partie au différend peut demander au Président de la Cour de

justice de l'Union européenne ou, le cas échéant, au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux désignations requises.

- (5) Le tribunal arbitral prend ses décisions à la majorité simple.
- (6) Le tribunal arbitral prend ses décisions sur la base des dispositions du paragraphe 1 de l'article 38 du Statut de la Cour internationale de Justice. Ses décisions sont obligatoires.
- (7) Le tribunal fixe ses règles de procédure selon les modalités prévues au chapitre III du titre IV de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux signée à La Haye le 18 octobre 1907.
- (8) Chaque partie au différend prend en charge ses propres frais et une part égale des frais de la procédure d'arbitrage.
- (9) Le tribunal statue sur la base des règles de droit applicables au différend considéré.

Article 12

Dépositaire et entrée en vigueur

- (1) La présente Convention entre en vigueur le premier jour du deuxième mois après que tous les gouvernements signataires ont notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, dépositaire de la présente Convention, l'accomplissement des procédures internes requises pour son approbation.
- (2) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne doit informer immédiatement tous les gouvernements signataires de la date de chaque notification prévue au paragraphe ci-dessus et de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.
- (3) Avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, les Parties contractantes peuvent convenir que tout ou partie de la présente Convention s'appliquera à titre provisoire.

Article 13
Adhésion

(1) Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, tout gouvernement peut y adhérer avec le consentement de toutes les Parties contractantes, aux conditions qui auront été négociées. Les conditions de cette adhésion sont soumises à un accord entre les Parties contractantes et le gouvernement ou le groupe de gouvernements qui demande à adhérer.

(2) Les gouvernements qui procèdent à la signature de la présente Convention dans un délai de douze mois à compter de la date de sa première signature jouissent des mêmes conditions que les Parties contractantes.

Article 14
Durée

(1) La présente Convention est conclue pour une période initiale se terminant le 31 décembre 2025 et elle demeurera en vigueur après cette date pour des périodes successives de dix ans, chaque reconduction donnant lieu à une réaffirmation de l'orientation scientifique et technique de l'Infrastructure FAIR couvrant chaque fois une nouvelle période de dix ans, et reposant sur un rapport d'évaluation approuvé par le Conseil de la Société.

(2) Chaque Partie contractante peut se retirer de la présente Convention moyennant un préavis de trois ans qui devra être notifié au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Un retrait ne peut prendre effet qu'au 31 décembre 2025 ou à la fin de chaque période successive de dix ans.

(3) La présente Convention demeurera en vigueur pour les Parties contractantes restantes. Les conditions et les effets du retrait d'une Partie contractante de la présente Convention, en particulier sa participation aux coûts de démantèlement de l'installation et des immeubles de la Société et à l'indemnisation des pertes, doivent être réglés par accord entre les Parties contractantes avant que ce retrait ne prenne effet.

Article 15
Démantèlement

La Partie contractante allemande assume la part des coûts de démantèlement de l'Infrastructure FAIR qui excéderait le double du budget annuel d'exploitation basé sur la moyenne des cinq dernières années d'exploitation.

Article 16
Amendements à l'Annexe et aux Documents techniques

(1) Les Parties contractantes conviennent que l'Annexe à la présente Convention ainsi que les Documents techniques pourront être amendés sans qu'il soit nécessaire de réviser la Convention, par décision du Conseil de la Société, sous réserve que les amendements en question ne soient pas contraires à la présente Convention. Tout amendement de l'Annexe requiert l'approbation unanime du Conseil de la Société.

(2) La présente Convention comprend l'Annexe suivante qui en fait partie intégrante :

Statuts de la « Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH » (FAIR GmbH).

De plus, elle se réfère aux Documents techniques suivants :

Document technique 1 : Description de l'Infrastructure FAIR à construire et des phases de la construction (partie A) et Scénario modulaire de lancement – Une approche graduelle de la réalisation de l'infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) (partie B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Document technique 2 : Détail des coûts de construction et estimation des dépenses annuelles encourues pour la construction et l'exploitation (*Detailed breakdown of the construction costs and table*

showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation),

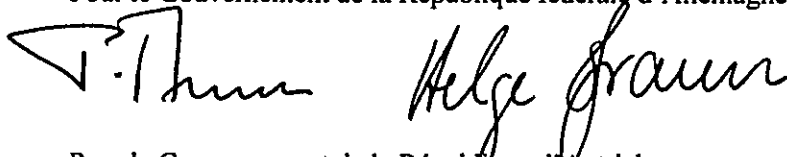
Document technique 3 : Plan du site sur lequel l'Infrastructure FAIR sera construite (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Document technique 4 : Procédure d'acceptation des contributions en nature et méthode retenue pour les évaluer (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

En foi de quoi, les représentants soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur gouvernement respectif, ont signé la présente Convention.

Fait à Wiesbaden, le 4 octobre 2010, en langues allemande, anglaise, espagnole, française et russe, à l'exception des Documents techniques, qui sont rédigés uniquement en langue anglaise, tous les textes faisant également foi, en un original unique qui est déposé aux archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, lequel en remettra une copie certifiée conforme à toutes les Parties contractantes et à tous les gouvernements adhérents et leur notifiera par la suite tout amendement éventuel.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

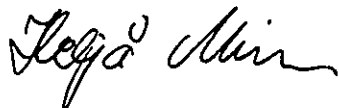
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helge Grauer', is written over a faint, illegible signature.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche

Pour le Gouvernement de la République populaire de Chine

Pour le Gouvernement du Royaume d'Espagne

Pour le Gouvernement de la République de Finlande

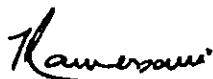


Pour le Gouvernement de la République française



Pour le Gouvernement de la République hellénique

Pour le Gouvernement de la République de l'Inde

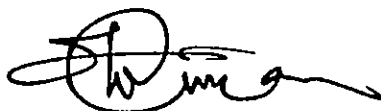


Pour le Gouvernement de la République italienne

Pour le Gouvernement de la République de Pologne



Pour le Gouvernement de la Roumanie



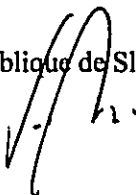
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Pour le Gouvernement de la Fédération de Russie

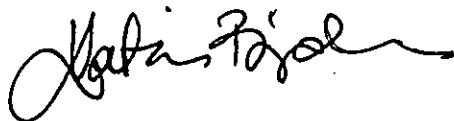
A handwritten signature in Cyrillic script, likely representing a Russian official.

Pour le Gouvernement de la République slovaque

Pour le Gouvernement de la République de Slovénie

A handwritten signature in Latin script, likely representing a Slovenian official.

Pour le Gouvernement du Royaume de Suède

A handwritten signature in Latin script, likely representing a Swedish official.

- 16 -

Annexe à la Convention FAIR

Statuts

de la

« Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH »
(FAIR GmbH)

Les soussignés,
[organismes de financement]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

ci-après dénommés « les Associés » (« *Gesellschafter* » au sens de la loi allemande sur les sociétés à responsabilité limitée),

considérant la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'une infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe, ci-après dénommée « la Convention », signée à [lieu] le [date] entre les Parties contractantes énumérées dans le préambule de la Convention, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

prenant acte de ce que l'organisation [pays] [nom] et l'organisation [pays] [nom] ont formé un Consortium [nom] en vue de leur participation à la Société, de ce que les [nombre] organisations [noms] ont formé un Consortium [nom] en vue de leur participation à la Société et de ce que, bien qu'elles aient toutes signé les présents Statuts, seul le Consortium [nom], représenté par [nom], et le Consortium [nom], représenté par [nom], sont Associés de la Société,

sont convenus par les présentes de constituer une société à responsabilité limitée (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*), régie par le droit allemand, en particulier la loi allemande sur les sociétés à responsabilité limitée (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), ayant pour nom « Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH » (FAIR GmbH), ci-après dénommée « la Société ».

Table des matières

Chapitre premier	Dispositions générales
Article premier	Dénomination, siège social, exercice financier, définition du terme « PART »
Article 2	Relation avec GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Article 3	Buts
Article 4	Caractère d'utilité publique
Article 5	Capital social
Article 6	Associés
Article 7	Organes
Chapitre II	Le Conseil
Article 8	Membres du Conseil
Article 9	Président et Vice-Président du Conseil
Article 10	Réunions du Conseil
Article 11	Pouvoirs du Conseil
Article 12	Procédure de vote, décisions
Chapitre III	Gestion de la Société
Article 13	Directeurs exécutifs et Comité de direction
Article 14	Représentation de la Société
Article 15	Mandat des Directeurs exécutifs
Chapitre IV	Coopération entre la Société et les Associés
Article 16	Définitions
Article 17	Propriété intellectuelle
Article 18	Inventions
Article 19	Confidentialité
Chapitre V	Comité
Article 20	Conseil scientifique
Chapitre VI	Questions financières
Article 21	Comptes annuels
Article 22	Droits pour les Associés de vérifier les comptes

Chapitre VII	Modification des PARTS détenues par les Associés
Article 23	Admission de nouveaux Associés et transfert de PARTS
Article 24	Rachat ou cession obligatoire de PARTS
Article 25	Retrait d'un Associé
Chapitre VIII	Fin de la Société
Article 26	Liquidation de la Société ou modification de ses buts
Chapitre IX	Dispositions diverses
Article 27	Responsabilité
Article 28	Droit applicable
Article 29	Entrée en vigueur
Article 30	Langues
Article 31	Divisibilité
Article 32	Annonces

Chapitre premier
Dispositions générales

Article premier

Dénomination, siège social, exercice financier, définition du terme « PART »

(1) La Société est une société à responsabilité limitée (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) dénommée

« Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH » (FAIR GmbH).

(2) Elle a son siège social à Darmstadt (République fédérale d'Allemagne).

(3) L'exercice financier est l'année civile. La première année d'exploitation constitue un exercice financier raccourci prenant fin le 31 décembre de ladite année.

(4) Dans la suite du présent texte, le terme « PART » (en majuscules) (« *Geschäftsanteil* » au sens de la *GmbHG*) désigne la part de la Société qu'un Associé a acquise en faisant son apport social (« *Stammeinlage* » au sens de la *GmbHG*). La valeur de cette PART est proportionnelle à la participation de l'Associé en question dans le capital social (voir article 5).

Article 2

Relation avec GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

La Société et GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH à Darmstadt coopéreront étroitement pour la construction, la mise en service et l'exploitation de l'infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (ci-après dénommée « l'Infrastructure FAIR ») sur la base d'accords à long terme.

Article 3

Buts

(1) La Société poursuit exclusivement et directement des buts d'utilité publique, au sens du chapitre intitulé « Buts entraînant une imposition allégée » (« *Steuerbegünstigte*

Zwecke ») du Code fiscal allemand (*Abgabenordnung – AO*). Les buts de la Société sont l'avancement de la science et de la recherche.

(2) Ces buts seront poursuivis en particulier par

- a) la construction, l'exploitation et le développement ultérieur de l'Infrastructure FAIR, y compris la recherche et le développement nécessaires à l'infrastructure elle-même ; et
- b) la recherche et le développement scientifiques mis en œuvre avec des antiprotons et des ions en utilisant l'Infrastructure FAIR.

(3) La Société peut en outre réaliser des tâches en rapport avec la recherche et le développement technologique, comme le transfert de technologies, des programmes d'éducation scientifique, le développement d'accélérateurs et d'installations et d'équipements scientifiques à des fins de recherche.

(4) Par principe, les résultats de recherche issus des travaux conduits par la Société ou dans ses infrastructures sont publiés ou rendus accessibles à tous par d'autres moyens.

Article 4

Caractère d'utilité publique

(1) La Société agit sans but lucratif ; elle n'agit pas en premier lieu en fonction de ses propres intérêts économiques.

(2) Les fonds et les ressources de la Société sont affectés exclusivement aux buts définis à l'article 3. Les Associés ne peuvent percevoir aucune part de bénéfices ni aucune autre allocation sur les fonds et ressources de la Société.

(3) Nulle personne ne peut être privilégiée par des dépenses non liées aux buts de la Société ou par une rémunération disproportionnée.

Article 5
Capital social

Le capital social (« *Stammkapital* » au sens de la *GmbHG*) de la Société s'élève à 25 000 € (en toutes lettres : vingt-cinq mille euros).

Article 6
Associés

(1) Conformément à la Convention et en fonction des contributions de chacune des Parties contractantes, chaque Associé acquiert une ou plusieurs PARTS ayant au total la valeur nominale (« *Nennbetrag* » au sens de la *GmbHG*) ci-dessous mentionnée, proportionnelles à sa contribution aux coûts de construction :

Numéro de série de la PART	Associé	Valeur nominale en euros et pour- centage du capital social total	
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %
	[]	_____ €	_____ %

(2) Chaque Associé souscrit au moins 1 % du capital social. Les apports sociaux (« *Stammeinlagen* » au sens de la *GmbHG*) doivent être effectués en numéraire et en totalité dès la création de la Société.

Article 7
Organes

Les organes de la Société sont :

- a) l'Assemblée des Associés (« *Gesellschafterversammlung* » au sens de la *GmbHG*), ci-après dénommée « le Conseil » ; et
- b) les Directeurs exécutifs (« *Geschäftsführer* » au sens de la *GmbHG*).

Chapitre II Le Conseil

Article 8 Membres du Conseil

Les Associés de chaque Partie contractante peuvent être représentés au Conseil par deux délégués au plus, représentant tous les Associés de cette Partie contractante. Les délégués au Conseil sont nommés et révoqués par tous les Associés de chaque Partie contractante. Les Associés de chaque Partie contractante notifient sans retard injustifié et par écrit au Président du Conseil toute nomination ou révocation de leurs délégués au Conseil.

Article 9 Président et Vice-Président du Conseil

Le Conseil élit un Président et un Vice-président parmi les délégations des Associés de Parties contractantes différentes pour un mandat d'une durée maximale de deux ans. À la suite de leur élection, le Président et le Vice-président deviennent *supra partes* et quittent leur délégation. Une seule réélection consécutive est possible pour un second mandat de deux ans au plus.

Article 10 Réunions du Conseil

- (1) Le Conseil se réunit au moins deux fois par an.
- (2) Les réunions du Conseil sont convoquées par le Président du Conseil.
- (3) Les réunions du Conseil peuvent aussi être convoquées à la demande d'au moins deux Associés de Parties contractantes différentes. Des réunions extraordinaires du Conseil peuvent également être convoquées à la demande des Directeurs exécutifs si les intérêts de la Société l'exigent.

Article 11
Pouvoirs du Conseil

(1) Le Conseil est responsable dans tous les cas prévus par la loi, sauf si les présents Statuts en disposent autrement. Le Conseil peut donner des instructions aux Directeurs exécutifs.

(2) Les points suivants requièrent l'approbation unanime du Conseil :

- a) l'admission de nouveaux Associés ;
- b) le transfert (« *Übertragung* » au sens de la *GmbHG*) de tout ou partie de PARTS entre Associés de Parties contractantes différentes ;
- c) l'augmentation du capital social ;
- d) la modification des présents Statuts ;
- e) la fusion ou la division de la Société ;
- f) la dissolution de la Société ;
- g) les règles financières de la Société ;
- h) les arrangements relatifs à une utilisation à long terme de l'Infrastructure FAIR par des gouvernements ou groupes de gouvernements non adhérents à la Convention, ou par des établissements ou des organisations relevant de tels gouvernements ou groupes de gouvernements ; et
- i) le plan de répartition des coûts d'exploitation visé à l'article 6(5) de la Convention.

(3) Les points suivants requièrent l'approbation du Conseil à la majorité qualifiée :

- a) l'élection du Président et du Vice-président du Conseil ;
- b) le programme scientifique à moyen terme ;

- c) le budget annuel, la planification des ressources (financement et personnel) et les prévisions financières à moyen terme ;
- d) l'approbation des comptes annuels (« *Jahresabschluss* » au sens de la *GmbHG*) ;
- e) la nomination, l'engagement et la révocation des Directeurs exécutifs ;
- f) la création de comités ;
- g) la politique de répartition du temps de faisceau attribué aux expériences ;
- h) les arrangements à court et moyen terme relatifs à l'utilisation de l'équipement et des installations scientifiques de la Société par les organisations scientifiques nationales ou internationales ;
- i) les règles de passation des marchés ;
- j) les règles de procédure du Conseil ; et
- k) le rachat (« *Einziehung* » au sens de la *GmbHG*) ou la cession de tout ou partie de PARTS.

(4) La version initiale des accords à long terme avec GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH mentionnés à l'article 2 des présents Statuts requiert l'approbation unanime du Conseil. Les décisions ultérieures relatives aux accords à long terme déjà conclus avec GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH et aux amendements à ces accords requièrent l'approbation du Conseil à la majorité qualifiée.

(5) Sauf disposition contraire de droit impératif ou des présents Statuts, le Conseil prend ses décisions à la majorité simple sur tous les autres points.

(6) Les décisions sur des sujets relevant des dispositions légales de la République fédérale d'Allemagne en matière de santé et de sécurité publiques, d'autorisations légales et de protection de l'environnement doivent être en conformité avec le droit allemand.

Article 12
Procédure de vote, décisions

(1) Chaque fraction de 1 (un) euro dans le capital social confère une voix à son détenteur. Tous les Associés ont la possibilité de prendre part au vote. Un Associé ne peut exercer ses droits de vote que de manière unique et indivisible, par l'intermédiaire des délégués qu'il a désignés à cet effet. Les Associés désignés par une seule Partie contractante ne peuvent exercer leurs droits de vote que conjointement et de manière unique et indivisible.

(2) La « majorité simple » est acquise lorsque les voix favorables représentent 50 % des voix exprimées et que les Associés votant contre ne représentent pas plus de la moitié des Parties contractantes.

(3) La « majorité qualifiée » est acquise lorsque les voix favorables représentent 75 % au moins des voix exprimées et que les Associés votant contre ne représentent pas plus de la moitié des Parties contractantes.

(4) L'« unanimité » est acquise lorsque les voix favorables représentent 90 % au moins des voix exprimées et qu'aucun vote n'est défavorable.

(5) Le quorum n'est atteint lors des réunions du Conseil que si les deux tiers du capital social total sont représentés. Dans le cas contraire, une nouvelle réunion du Conseil doit être immédiatement convoquée avec le même ordre du jour. Cette nouvelle réunion du Conseil ne sera pas soumise à un quorum, mais seulement si cela a été indiqué expressément dans la convocation.

Chapitre III
Gestion de la Société

Article 13
Directeurs exécutifs et Comité de direction

(1) La Société a au moins deux Directeurs exécutifs.

(2) L'un des Directeurs exécutifs est un scientifique et exerce en même temps la fonction de Président du Comité de direction ; un autre est le Directeur administratif. Le Conseil

définit la répartition des compétences entre les Directeurs exécutifs dans les règles de procédure du Comité de direction.

(3) Les Directeurs exécutifs sont nommés pour une durée maximale de cinq ans. La nomination, l'engagement et la révocation des Directeurs exécutifs, de même que toute modification ou prolongation de leur contrat de travail, sont soumis à l'approbation du Conseil et signés par le Président du Conseil au nom de la Société.

Article 14

Représentation de la Société

La Société est représentée par deux Directeurs exécutifs agissant conjointement ou par un Directeur exécutif agissant conjointement avec un fondé de pouvoir (« *Prokurist* » au sens du Code de commerce allemand (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

Article 15

Mandat des Directeurs exécutifs

Les Directeurs exécutifs gèrent la Société en toute conscience et avec diligence dans l'intérêt de la Société et dans le respect

- a) de la Convention et du droit de la République fédérale d'Allemagne, dans la mesure où celui-ci est compatible avec la Convention ;
- b) des présents Statuts, y compris les amendements qui leur auraient été apportés ;
- c) des règles de procédure du Comité de direction adoptées par le Conseil ;
- d) des directives et des décisions du Conseil ; et
- e) des accords entre les Parties contractantes.

Chapitre IV
Coopération entre la Société et les Associés

Article 16
Définitions

Les définitions suivantes s'appliquent aux dispositions des articles 17 et 18 :

- a) Le terme « connaissances » désigne les informations, la documentation technique, le savoir-faire, les logiciels et le matériel sous quelque forme et sur quelque support de présentation ou de stockage que ce soit, et qu'ils soient ou non protégés.
- b) L'expression « connaissances préexistantes » désigne les connaissances détenues avant la signature des présents Statuts.
- c) L'expression « connaissances nouvelles » désigne les connaissances recueillies postérieurement à la signature des présents Statuts grâce aux travaux réalisés dans le cadre des activités de la Société.
- d) Le terme « invention » désigne les connaissances pour lesquelles des modèles d'utilité ou des brevets peuvent être obtenus, c'est-à-dire qui sont susceptibles d'application industrielle, qui présentent un élément de nouveauté et qui traduisent une activité inventive.

Article 17
Propriété intellectuelle

- (1) Les Associés accordent à la Société, gratuitement et sans restriction, une licence non exclusive et incessible pour l'utilisation de leurs connaissances préexistantes, protégées ou non, qu'ils peuvent utiliser légalement et qui sont nécessaires à leur coopération au sein de la Société.
- (2) Les Associés accordent également à la Société, gratuitement et sans restriction, une licence non exclusive et incessible pour l'utilisation de leurs connaissances nouvelles et de leurs améliorations ultérieures, protégées ou non, qu'ils peuvent utiliser légalement et qu'ils ont générées dans le cadre de leur coopération au sein de la Société.

(3) Toute propriété intellectuelle produite par le personnel employé par la Société appartient à celle-ci, sauf accord contraire résultant d'un contrat distinct.

(4) Sur demande, la Société accorde gratuitement aux Associés et à des institutions de recherche à financement public désignées par ces derniers une licence non exclusive et incessible pour l'utilisation de sa propriété intellectuelle aux fins de leurs activités de recherche. À des fins autres que de recherche, une licence peut être accordée aux Associés à des conditions justes et équitables. Sous réserve de l'approbation de l'Associé intéressé, la Société peut accorder à toute personne physique ou morale dans le ou les pays de cet Associé une licence à des conditions justes et équitables à des fins autres que de recherche, sauf si le Conseil en décide autrement.

(5) Si la Société cherche à obtenir de tiers une licence pour l'utilisation de la propriété intellectuelle, elle fait tout ce qui est en son pouvoir pour obtenir le droit, dans le cadre d'une telle licence, d'accorder des sous-licences à tout Associé comme énoncé au paragraphe 4 ci-dessus.

Article 18 Inventions

(1) Dans le cas d'inventions du personnel de la Société, celle-ci applique les règles de la loi allemande sur les inventions du personnel (« *Gesetz über Arbeitnehmererfindungen* » – *ArbnErfG*). Si la Société décide de ne pas déposer de demande de brevet dans un ou plusieurs pays, l'employé qui est à l'origine de l'invention peut, après accord de la Société, demander à bénéficier d'une telle protection sous son nom, à ses frais et pour son propre profit.

(2) Dans le cas d'inventions du personnel détaché auprès de la Société par un Associé dans le cadre de son travail au sein de la Société, les dispositions suivantes sont appliquées :

- a) Sous réserve des dispositions légales ou contractuelles applicables aux inventions des employés, l'Associé dont relève l'employé détaché est propriétaire de tous les droits sur les inventions faites uniquement par l'employé détaché. L'Associé dont relève l'employé détaché a le droit de déposer dans tout pays, sous son nom, à ses frais et pour son propre profit, les demandes de brevets nécessaires à la protection de telles inventions. La Société et les autres Associés bénéficient d'un droit

d'usage gratuit des inventions en question à des fins de recherche et d'un droit de licence à des fins autres que de recherche à des conditions justes et équitables. En outre, l'Associé qui détient les droits ne peut refuser d'accorder une licence à des fins autres que de recherche, à des conditions justes et équitables, à une personne physique ou morale dans le ou les pays des Associés, à la demande d'un autre Associé. Par accord contractuel entre les Associés concernés et la Société, ou par décision du Conseil, il peut être décidé pour certaines inventions qu'aucun Associé n'est obligé d'accorder une licence à la Société, à d'autres Associés ou à une personne physique ou morale dans le pays d'un autre Associé qui en fait la demande.

- b) La Société reçoit une part des revenus nets de toutes les licences accordées par le détenteur des droits à des fins autres que de recherche, ladite part étant déterminée en prenant en considération les contributions respectives de la Société et de la personne détachée aux inventions.
- c) Pour les demandes de droits de propriété intellectuelle et l'octroi de licences, la Société et les Associés se consultent en cas de doute et s'abstiennent de toute action susceptible de nuire à la Société ou aux Associés.
- d) La Société est seule détentrice de tous les droits sur les inventions faites conjointement par des employés détachés par un Associé dans le cadre de sa contribution en nature à la création de la Société et par des employés de la Société ou des employés détachés par d'autres Associés dans le cadre de leur contribution en nature à la création de la Société.
- e) Dans le cas où des inventions sont faites conjointement par un employé détaché par un Associé et par des employés détachés par un autre Associé, ces inventions communes appartiennent aux deux parties, qui conviennent au cas par cas du partage et de l'exploitation commune de l'invention. Les dispositions de l'alinéa a) ci-dessus s'appliquent à ces inventions.
- f) Sauf disposition contraire convenue par contrat, la Société est seule détentrice de tous les droits sur les inventions faites conjointement par des employés détachés par un Associé et par le personnel de la Société ou des employés détachés par un autre Associé dans le cadre de sa contribution en nature à la création de la Société.

(3) Dans le cas d'inventions faites conjointement par le personnel de la Société et le personnel d'un Associé non détaché auprès de la Société, ces inventions appartiennent aux deux parties, qui conviennent au cas par cas du partage et de l'exploitation commune de l'invention. Cet accord doit suivre les dispositions du paragraphe 2 ci-dessus.

Article 19 Confidentialité

(1) Les Associés traitent de manière confidentielle à l'égard des tiers toutes les informations et tous les objets non publiés et transmis confidentiellement par un autre Associé ou par la Société. L'Associé qui reçoit des informations ou objets de ce type ne peut les utiliser qu'à des fins conformes aux dispositions des présents Statuts et à des fins non commerciales. La communication d'informations ou d'objets confidentiels requiert le consentement exprès, accordé par écrit, de l'Associé qui les a transmis ou de la Société.

(2) L'obligation de confidentialité énoncée au paragraphe 1 ci-dessus ne s'applique pas aux objets ou types d'information

- a) qui ont été ou sont développés par l'Associé receveur indépendamment de l'information ;
- b) qui font partie de l'état de l'art généralement accessible ou qui entrent dans ce cadre sans intervention de l'Associé receveur ;
- c) dont l'Associé receveur était déjà en possession au moment de leur communication ; ou
- d) qui ont été légalement communiqués à un Associé, sans obligation de confidentialité, par un tiers qui en a légalement l'usage.

(3) L'obligation de confidentialité énoncée au paragraphe 1 ci-dessus prend fin cinq ans après la date à laquelle la dissolution de la Société a été inscrite au registre du commerce. Les Associés imposent la même obligation de confidentialité à l'ensemble de leurs filiales et de leurs sous-traitants, de leurs employés et de tout autre personnel travaillant pour un Associé et susceptible d'avoir accès à des informations confidentielles.

Chapitre V
Comité

Article 20
Conseil scientifique

- (1) Le Conseil scientifique, constitué de personnalités extérieures qui sont des scientifiques éminents, dispense ses avis au Conseil et aux Directeurs exécutifs sur les questions scientifiques et techniques d'importance fondamentale.
- (2) Le Conseil scientifique comporte 8 à 12 membres. Ceux-ci sont nommés par le Conseil sur proposition du Conseil scientifique et après consultation des Directeurs exécutifs.
- (3) Le Conseil scientifique élit son président. Il fixe son règlement intérieur, qui est soumis à l'approbation du Conseil.

Chapitre VI
Questions financières

Article 21
Comptes annuels

- (1) Dans les trois mois suivant la clôture de l'exercice financier, les Directeurs exécutifs doivent préparer les comptes annuels et le rapport de gestion (« *Lagebericht* » au sens de la *GmbHG*). Les règles du *HGB* applicables aux grandes sociétés en matière de préparation et de vérification des comptes annuels et du rapport de gestion s'appliquent *mutatis mutandis*.
- (2) Les comptes annuels et le rapport de gestion doivent être vérifiés par un commissaire aux comptes (« *Abschlussprüfer* » au sens du *HGB*) indépendant certifié. Le commissaire aux comptes est désigné par décision du Conseil avant la clôture de l'exercice financier qu'il est appelé à vérifier. Le commissaire aux comptes est désigné pour une année. Un même commissaire aux comptes peut être désigné plusieurs fois. Aussitôt après sa désignation, le commissaire aux comptes doit être chargé de vérifier aussi la bonne gestion de la Société (§ 53, alinéa 1, sous-alinéa 1, de la loi sur les principes budgétaires applicables à la Fédération et aux Länder (« *Gesetz über die Grundsätze des*

Haushaltsrechts des Bundes und der Länder » – HGrG) du 19 août 1969¹) et d'inclure dans son rapport les informations requises au § 53, alinéa 1, sous-alinéa 2 de la HGrG.

(3) Les Directeurs exécutifs sont tenus de présenter au Conseil, sans délai après réception du rapport du commissaire aux comptes (« *Prüfungsbericht* » au sens du HGB), une copie des comptes annuels dont l'original doit porter les signatures juridiquement contraignantes des Directeurs exécutifs, ainsi que le rapport de gestion et le rapport du commissaire aux comptes, auquel est jointe une déclaration écrite. Le Conseil prend une décision sur l'approbation des comptes annuels dans les six mois suivant la clôture de l'exercice financier.

Article 22

Droits pour les Associés de vérifier les comptes

Chaque Associé a le droit de vérifier les comptes si sa législation nationale l'exige en matière de financements publics.

Chapitre VII

Modification des PARTS détenues par les Associés

Article 23

Admission de nouveaux Associés et transfert de PARTS

(1) En cas de modification quelconque des contributions financières d'une Partie contractante, les Associés intéressés procèdent au transfert correspondant de PARTS.

(2) La Société est ouverte à l'admission de nouveaux Associés désignés par la ou les Partie(s) contractante(s) concernée(s). Le Conseil est autorisé à arrêter les conditions d'admission des nouveaux Associés.

(3) Sauf décision contraire du Conseil dans le contexte d'une augmentation du capital social, un nouvel Associé acquiert des PARTS ou des parties de PARTS auprès d'un ou plusieurs des Associés existants.

¹ Texte allemand : Journal officiel fédéral (*Bundesgesetzblatt*) 1969 I p. 1273

(4) L'acquisition de tout ou partie de PARTS auprès d'un Associé existant requiert l'approbation unanime du Conseil. Celle-ci est réputée acquise si l'Associé se portant acquéreur a été désigné par la même Partie contractante que le ou les Associé(s) les ayant cédées.

(5) Toute décision relative au transfert de tout ou partie de PARTS devient effective dès que la décision du Conseil est portée au procès-verbal et est annoncée par les Directeurs exécutifs.

Article 24

Rachat ou cession obligatoire de PARTS

(1) Le rachat de tout ou partie des PARTS d'un Associé est autorisé sous réserve du consentement de l'Associé.

(2) Le rachat de tout ou partie des PARTS d'un Associé est autorisé sans le consentement de l'Associé

- a) si les actifs de l'Associé font l'objet d'une procédure d'insolvabilité ou si la requête en vue d'engager une procédure d'insolvabilité a été rejetée pour cause d'actifs insuffisants ;
- b) si les PARTS de l'Associé font l'objet d'une procédure d'exécution forcée, à condition que cette procédure n'ait pas été suspendue dans un délai de trois mois, et/ou que les PARTS n'aient pas encore été réalisées durant cette période ;
- c) si l'Associé enfreint ses obligations fondamentales au titre des présents Statuts ou d'autres règlements propres à la Société, y compris s'il accuse plus de trois ans d'arriérés dans le versement de ses contributions en numéraire ou en nature.

Dans ces cas, l'Associé concerné n'a pas le droit de vote sur la décision de rachat, et ses voix ne peuvent être prises en compte pour déterminer la majorité. Il a néanmoins le droit d'assister à la réunion du Conseil traitant de ce point et de s'exprimer avant que la décision relative au rachat ou à la cession ne soit prise.

(3) En cas de rachat, l'Associé concerné reçoit de la Société un versement libératoire d'un montant égal à la valeur nominale de ses PARTS. Dans les cas visés aux paragraphes 2a) et

2b) ci-dessus, l'acquéreur potentiel ne devient pas Associé, mais reçoit un versement libératoire d'un montant égal à la valeur nominale des PARTS en question.

(4) En lieu et place du rachat de PARTS, le Conseil peut décider à la majorité qualifiée que les PARTS soient cédées

- a) à un ou plusieurs des Associés restants qui acceptent de les acquérir en sus de leurs propres PARTS, ou
- b) à un nouvel Associé au sens de l'article 23(2)

contre un versement libératoire d'un même montant que celui prévu au paragraphe 3 ci-dessus. Le rachat d'une partie des PARTS et la cession de l'autre sont également possibles. La libération est versée par les Associés à qui tout ou partie des PARTS est cédé.

(5) La validité d'un rachat ou d'une cession n'est pas subordonnée au versement libératoire.

(6) Toute décision relative au rachat ou à la cession de tout ou partie de PARTS devient effective dès que la décision du Conseil est portée au procès-verbal et elle est annoncée par les Directeurs exécutifs.

Article 25

Retrait d'un Associé

Tout Associé se retirant de la Société sans que celle-ci ne soit liquidée peut prétendre uniquement à un versement libératoire limité à la valeur nominale de ses PARTS.

Chapitre VIII

Fin de la Société

Article 26

Liquidation de la Société ou modification de ses buts

(1) En cas de retrait d'un Associé de la Société, de dissolution de la Société ou si les buts de celle-ci cessent d'entraîner une imposition allégée, les Associés ne peuvent pas

récupérer un montant plus élevé que leur participation effectivement versée au capital social et la valeur de marché raisonnable de leurs apports en nature au capital social.

(2) En cas de dissolution de la Société ou si ses buts cessent d'entraîner une imposition alléger, ses actifs, dans la mesure où leur valeur dépasse le montant des participations effectivement versées par les Associés au capital social et la valeur de marché raisonnable des apports en nature des Associés au capital social, sont transférés soit à GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, qui doit les affecter directement et exclusivement à des buts d'utilité publique, soit, après consultation des autorités fiscales allemandes, à une autre entité bénéficiant d'une imposition alléger ou à une entité de droit public, pour leur utilisation à des fins scientifiques et de recherche.

Chapitre IX Dispositions diverses

Article 27 Responsabilité

(1) Les Associés garantissent que la Société dispose d'une assurance suffisante pour couvrir les dommages aux personnes et aux biens causés par le personnel détaché ou les scientifiques et experts invités auprès de celle-ci pour autant que sa responsabilité ne soit pas déjà garantie par d'autres assurances. Les dommages causés par faute intentionnelle ou négligence grave sont exclus.

(2) Les Associés se consultent immédiatement pour régler les questions de responsabilité qui ne peuvent être résolues conformément au paragraphe 1 ci-dessus.

Article 28 Droit applicable

Les présents Statuts sont régis par le droit de la République fédérale d'Allemagne.

Article 29
Entrée en vigueur

Les présents Statuts entrent en vigueur dès leur signature par les Associés et leur authentification notariée.

Article 30
Langues

Les présents Statuts sont rédigés en langues anglaise, allemande, espagnole, française et russe. La version allemande est soumise au tribunal d'enregistrement allemand compétent, aux fins de l'inscription au registre du commerce.

Article 31
Divisibilité

- (1) Si tout ou partie d'une disposition des présents Statuts est ou devient nulle ou invalide, la validité des autres dispositions des présents Statuts n'en est pas affectée.
- (2) La disposition invalide est remplacée par une disposition valide qui correspond dans toute la mesure du possible à l'esprit et au but de la disposition invalide.
- (3) Il en va de même au cas où un sujet qui devrait être régi par les présents Statuts ne le serait pas.

Article 32
Annonces

Les annonces légales obligatoires de la Société sont publiées au Bulletin fédéral électronique des annonces légales obligatoires (*Elektronischer Bundesanzeiger*), sur le site Internet de la Société, ainsi que dans un bulletin officiel approprié de l'Union européenne.

ACTE FINAL
DE LA CONFÉRENCE DES PLÉNIPOTENTIAIRES
POUR L'ÉTABLISSEMENT D'UNE INFRASTRUCTURE
POUR LA RECHERCHE SUR LES ANTIPROTONS ET LES IONS EN EUROPE

- (1) À la suite de discussions sur les possibles évolutions futures des infrastructures de la Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI), GSI a commencé en 2000 à développer un concept d'infrastructure dédiée à la recherche internationale sur les antiprotons et les ions et située à l'emplacement de GSI à Darmstadt.

Sur la base d'un Rapport de faisabilité (*Conceptual Design Report*) comportant de très nombreuses contributions scientifiques et techniques venues du monde entier, le concept de cette infrastructure a été évalué et approuvé par le Conseil scientifique allemand (*Wissenschaftsrat*) en 2002.

La décision d'établir l'infrastructure envisagée, prise par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne en 2003, a été suivie de l'élaboration d'un programme scientifique et de construction par étapes.

Un Comité de pilotage international a été créé. La réunion constitutive du Comité de pilotage international de FAIR s'est tenue le 2 février 2004.

Un groupe de travail sur les questions scientifiques et techniques (*STI-FAIR*) a été créé pour assurer le suivi du développement des programmes scientifiques et de recherche, de la conception technique, du calendrier de la construction et des activités de recherche et développement. Un autre groupe de travail, sur les questions administratives et financières (*AFI-FAIR*), a été mis en place pour s'occuper du cadre juridique, financier et administratif, ainsi que des procédures et des documents juridiques.

En 2004, un grand nombre d'institutions de divers pays ont signé des lettres d'intention manifestant leur intérêt pour une participation ou une contribution à la future Infrastructure FAIR.

À la fin du mois de février 2007, les Gouvernements de l'Allemagne, de l'Autriche, de la Chine, de l'Espagne, de la Finlande, de la France, de la Grèce, de l'Inde, de l'Italie, de la Pologne, de la Roumanie, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la Russie et de la Suède avaient signé un mémorandum

d'entente (*Memorandum of Understanding*), qui constituait la base de la coopération internationale pendant la phase préparatoire de FAIR.

Le 7 novembre 2007, les représentants de dix des quatorze Parties au mémorandum d'entente ont signé le Communiqué sur le lancement officiel de l'infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) (*Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), dans lequel ils annonçaient conjointement le début de la réalisation du projet FAIR.

- (2) À l'invitation du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, une Conférence des plénipotentiaires pour l'établissement d'une infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe s'est tenue le 4 octobre 2010 au château de Biebrich à Wiesbaden.
- (3) Les gouvernements des États ci-après étaient représentés par leurs délégués : République fédérale d'Allemagne, République d'Autriche, République populaire de Chine, Royaume d'Espagne, République de Finlande, République française, République hellénique, République de l'Inde, République italienne, République de Pologne, Roumanie, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Fédération de Russie, République slovaque, République de Slovénie et Royaume de Suède.
- (4) Le Président/la Présidente de la Conférence a reçu les pleins pouvoirs produits par les plénipotentiaires ; il/elle les a examinés et a reconnu qu'ils étaient en bonne et due forme.
- (5) La Conférence a pris note du texte de la Convention, y compris son Annexe et les quatre Documents techniques énumérés ci-dessous :

Annexe : Statuts de la « Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH » (FAIR GmbH),

Document technique 1 : Description de l'Infrastructure FAIR à construire et des phases de la construction (partie A) et Scénario modulaire de lancement - Une approche graduelle de la réalisation de l'infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) (partie B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction*)

(Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)),

Document technique 2 : Détail des coûts de construction et estimation des dépenses annuelles encourues pour la construction et l'exploitation (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),

Document technique 3 : Plan du site sur lequel l'Infrastructure FAIR sera construite (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Document technique 4 : Procédure d'acceptation des contributions en nature et méthode retenue pour les évaluer (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

- (6) Sur la recommandation du Comité de pilotage international FAIR, la Conférence a adopté le texte de la Convention relative à la construction et à l'exploitation d'une infrastructure de recherche sur les antiprotons et les ions en Europe, y compris son Annexe qui fait partie intégrante de ladite Convention.
- (7) La Conférence a décidé que la Convention sera appliquée provisoirement jusqu'à son entrée en vigueur, à condition que l'application provisoire soit conforme à la législation nationale des Parties contractantes, et a adopté à cette fin la résolution n° 1 qui figure en annexe au présent Acte final.
- (8) La Conférence a décidé que l'engagement de contribuer aux coûts de construction de l'Infrastructure FAIR à raison d'au moins 11 870 000 euros (en valeur janvier 2005), en numéraire et/ou en nature, ouvrira à une Partie contractante le droit de désigner un organisme approprié comme Associé de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. La Conférence a en outre décidé que cet engagement minimal pourra être pris conjointement par plusieurs Parties contractantes. Dans cette hypothèse, les organismes appropriés désignés par ces Parties contractantes devront former un consortium qui agira comme leur Associé au sein de la « Facility for Anti-

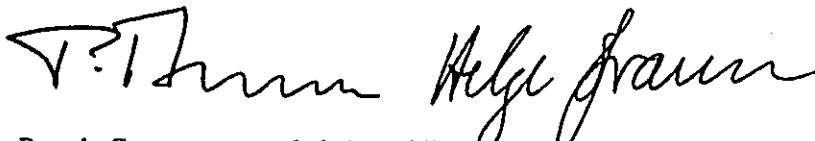
proton and Ion Research in Europe GmbH ». À cet effet, la Conférence a adopté la résolution n° 2 qui figure en annexe au présent Acte final.

- (9) La Conférence a pris note des déclarations
- du Gouvernement du Royaume d'Espagne,
 - du Gouvernement de la République française,
 - du Gouvernement de la République de Pologne,
 - du Gouvernement de la République de Slovénie,
 - du Gouvernement du Royaume de Suède
- qui figurent en annexe au présent Acte final.
- (10) La Conférence a demandé à tous les gouvernements signataires de procéder dès que possible à l'accomplissement des procédures constitutionnelles éventuellement requises pour l'entrée en vigueur de la Convention et d'en informer le gouvernement dépositaire (République fédérale d'Allemagne).
- (11) La Conférence a noté avec satisfaction que d'autres gouvernements peuvent signer la Convention dans un délai de douze mois dans les conditions prévues par la Convention.
- (12) La Conférence a invité d'autres gouvernements à adhérer à la Convention.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé le présent Acte final.

Fait à Wiesbaden, le 4 octobre 2010, en langues allemande, anglaise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi, en un original unique déposé aux archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, lequel en remettra une copie certifiée conforme aux gouvernements signataires du présent Acte final et aux gouvernements devenant Parties contractantes à la Convention.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne



Pour le Gouvernement de la République d'Autriche

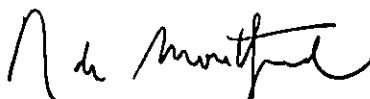
Pour le Gouvernement de la République populaire de Chine

Pour le Gouvernement du Royaume d'Espagne

Pour le Gouvernement de la République de Finlande

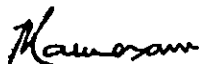


Pour le Gouvernement de la République française



Pour le Gouvernement de la République hellénique

Pour le Gouvernement de la République de l'Inde

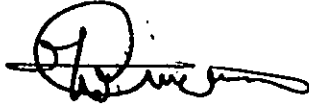


Pour le Gouvernement de la République italienne

Pour le Gouvernement de la République de Pologne



Pour le Gouvernement de la Roumanie



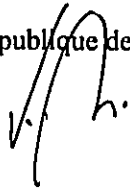
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Pour le Gouvernement de la Fédération de Russie



Pour le Gouvernement de la République slovaque

Pour le Gouvernement de la République de Slovénie



Pour le Gouvernement du Royaume de Suède



RÉSOLUTION N° 1
DE LA CONFÉRENCE DES PLÉNIPOTENTIAIRES
POUR L'ÉTABLISSEMENT D'UNE INFRASTRUCTURE
POUR LA RECHERCHE SUR LES ANTIPROTONS ET LES IONS EN EUROPE

Application provisoire de la Convention FAIR

LA CONFÉRENCE

DÉCIDE que les dispositions de la Convention seront appliquées provisoirement à partir du 4 octobre 2010, étant entendu que l'entrée en vigueur définitive de la Convention est soumise à l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises dans chacun des États concernés ;

INVITE les Associés désignés par les Parties contractantes établissant ensemble la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, société à responsabilité limitée (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) régie par le droit allemand, en particulier la loi allemande sur les sociétés à responsabilité limitée (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), à signer immédiatement les Statuts (Annexe à la Convention) ;

DEMANDE au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne d'accomplir les procédures requises pour que la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH puisse acquérir la personnalité morale dès que possible.

RÉSOLUTION N° 2
DE LA CONFÉRENCE DES PLÉNIPOTENTIAIRES
POUR L'ÉTABLISSEMENT D'UNE INFRASTRUCTURE
POUR LA RECHERCHE SUR LES ANTIPROTONS ET LES IONS EN EUROPE

Engagement de contribution minimale aux coûts de construction ouvrant à une Partie contractante le droit de désigner un organisme approprié comme Associé de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

LA CONFÉRENCE

DÉCIDE que l'engagement de contribuer aux coûts de construction de l'Infrastructure FAIR à raison d'au moins 11 870 000 euros (en valeur janvier 2005), en numéraire et/ou en nature, ouvrira à une Partie contractante le droit de désigner un organisme approprié comme Associé de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. Cet engagement de contribution minimale pourra être pris conjointement par plusieurs Parties contractantes. Dans cette hypothèse, les organismes appropriés désignés par ces Parties contractantes devront former un consortium, qui agira comme leur Associé au sein de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH ;

NOTE que la somme de 11 870 000 euros correspond à 1 % d'une estimation antérieure des coûts de construction de l'Infrastructure FAIR telle qu'elle est décrite au Document technique 1, partie A, joint à la Convention.

DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DU ROYAUME D'ESPAGNE
RELATIVE À SES OBLIGATIONS FINANCIÈRES

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la déclaration du Gouvernement du Royaume d'Espagne, dont la teneur est la suivante :

L'Espagne a la volonté de contribuer à l'établissement et à l'exploitation de l'infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) en tant qu'État participant. Toutefois, les obligations de l'Espagne résultant de la signature de la Convention seront les suivantes :

1. L'Espagne évaluera la poursuite de sa participation à la phase d'exploitation deux ans après le début de celle-ci et se réserve le droit de se retirer sans sanction moyennant un préavis d'un an.
2. En cas d'évaluation favorable, l'Espagne pourra reconduire sa participation pour une nouvelle période de trois ans, soumise au cycle d'évaluation correspondant, et continuer de participer pour toute la durée du projet.
3. Si l'Espagne choisit, à la suite de la première évaluation, de poursuivre sa participation au projet, elle assumera intégralement sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention. Si l'Espagne décidait de mettre fin à sa participation après cette première évaluation, elle assumerait une responsabilité limitée à cinquante pour cent de sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention.

DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
RELATIVE À L'APPLICATION PROVISOIRE
ET À SES OBLIGATIONS FINANCIÈRES

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la déclaration du Gouvernement de la République française, dont la teneur est la suivante :

Conformément à la Résolution n° 1 annexée à l'Acte final par laquelle les Parties contractantes décident d'appliquer provisoirement la Convention jusqu'à son entrée en vigueur, pour autant que cette application provisoire soit conforme à la législation nationale des Parties contractantes, la France déclare par la présente qu'elle ne pourra pas appliquer provisoirement la Convention à compter de sa signature. L'article 53 de la Constitution de la République française impose en effet que les traités et accords internationaux fassent l'objet d'une autorisation parlementaire préalable à leur entrée en vigueur quand, ainsi que c'est le cas en l'espèce, ils emportent des conséquences financières engageant les finances de l'État.

Concernant la procédure décrite à l'article 6(6) de la Convention, la France déclare que la participation française aux coûts annuels d'exploitation de l'Infrastructure FAIR n'excédera pas 2 %.

DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE
RELATIVE À SES OBLIGATIONS FINANCIÈRES

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la déclaration du Gouvernement de la République de Pologne, dont la teneur est la suivante :

La République de Pologne participera à la construction de l'infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR) à hauteur de 23,74 millions d'euros (en valeur 2005). Ce montant comprend les contributions en nature et en numéraire. La priorité ira aux contributions en nature et les contributions en numéraire ne pourront pas dépasser 11,87 millions d'euros (en valeur 2005).

DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SLOVÉNIE
RELATIVE À L'APPLICATION PROVISOIRE DE LA CONVENTION

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la déclaration du Gouvernement de la République de Slovénie, dont la teneur est la suivante :

Concernant la Résolution n° 1 annexée à l'Acte final dans laquelle les Parties contractantes présument que la Convention peut être appliquée provisoirement jusqu'à l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises dans chacun des États des Parties contractantes, après quoi elle entrera en vigueur, la Slovénie déclare qu'elle ne peut pas appliquer provisoirement la Convention à compter de la date de sa signature.

La loi slovène sur les affaires étrangères dispose en son article 72 qu'un accord international peut être appliqué à titre provisoire avant son entrée en vigueur mais uniquement à condition que l'organe chargé de la ratification de cet accord soit le Gouvernement, ce qui n'est pas le cas de cette Convention dont la ratification est de la compétence de l'Assemblée nationale de la République de Slovénie.

DÉCLARATION DU GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE SUÈDE
RELATIVE À SES OBLIGATIONS FINANCIÈRES ET À LA CONFIDENTIALITÉ

LA CONFÉRENCE

PREND NOTE de la déclaration du Gouvernement du Royaume de Suède, dont la teneur est la suivante :

La Suède a la volonté de contribuer à l'établissement et à l'utilisation de l'infrastructure pour la recherche sur les antiprotons et les ions en Europe (FAIR), en tant qu'État participant. Toutefois,

1. l'entité légale suédoise qui constitue l'Associé suédois au sein de la Société FAIR, qui contribuera aux coûts de construction à hauteur de 10 millions d'euros (en valeur 2005), sera désignée par le Gouvernement du Royaume de Suède après approbation du Parlement ;
2. la participation de la Suède à la construction de FAIR se fonde sur le principe que la Suède participera à la phase d'exploitation de FAIR pendant une période minimum de trois ans ; la Suède évaluera la poursuite de sa participation à la phase d'exploitation après les deux premières années et aura la possibilité, si elle en décide ainsi sur la base de ladite évaluation, de se retirer sans sanction moyennant un préavis d'un an ;
3. en cas d'évaluation favorable, la Suède pourra faire l'offre de reconduire sa participation pour une nouvelle période de trois (voire cinq) ans, soumise à un cycle d'évaluation correspondant, et continuer de participer pour toute la durée de vie du projet ;
4. dans l'éventualité où la première évaluation de la Suède aboutirait à la recommandation de poursuivre la participation au projet, la Suède assumerait intégralement sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention.
Si la Suède décidait de mettre fin à sa participation après cette première évaluation, elle assumerait la responsabilité de cinquante pour cent de sa part des coûts de démantèlement prévus par la Convention ;

5. l'article 19 des Statuts (Annexe à la Convention) relatif à la confidentialité est interprété ainsi qu'il suit, afin de respecter les règles relatives à l'accès public aux documents résultant de la Constitution suédoise :

L'entité légale suédoise qui constitue l'Associé suédois au sein de la Société FAIR (FAIR GmbH, établie en Allemagne) consulte toujours l'Associé transmetteur avant de prendre toute décision permettant à un tiers d'accéder à une information confidentielle au sens de l'article 19 des Statuts. La Suède reconnaît que si, après une telle consultation obligatoire, l'Associé déclarait qu'il ne consent pas à divulguer l'information et que, néanmoins, une entité légale suédoise divulguait l'information, ce comportement de la Suède perturberait les relations entre la Suède et les Parties à la Convention.

Dans ce cadre, la Suède rappelle la loi suédoise de 2009 sur l'accès du public à l'information et la préservation du secret, notamment son chapitre 15, article 1, paragraphe 1, ainsi rédigé : « Le secret s'applique à toute information relative aux relations de la Suède avec un autre État, ou à toute autre information relative à un autre État, à une organisation internationale, à une autorité, à un citoyen, à une personne morale relevant d'un autre État ou à un apatride, si l'on peut supposer que la divulgation de ladite information perturberait les relations extérieures de la Suède ou créerait tout autre dommage au pays ».

Molt 1383/11

**Convention
concerning the Construction and Operation of a
Facility for Antiproton and Ion Research in Europe**

Contents

Article 1	Establishment of the Facility	4
Article 2	Name and seat	4
Article 3	Organs	4
Article 4	Movement of personnel and scientific equipment	5
Article 5	Finance	5
Article 6	Contributions	6
Article 7	Coverage of potential VAT costs	7
Article 8.	Arrangements with other users	8
Article 9	Intellectual Property	8
Article 10	School	8
Article 11	Disputes	9
Article 12	Depositary and entry into force	10
Article 13	Accession	10
Article 14	Duration	10
Article 15	Decommissioning	11
Article 16	Amendments to the Annex and to the Technical Documents	11

The Governments of

the Republic of Austria,
the People's Republic of China,
the Republic of Finland,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Hellenic Republic,
the Republic of India,
the Republic of Italy,
the Republic of Poland,
Romania,
the Russian Federation,
the Slovak Republic,
the Republic of Slovenia,
the Kingdom of Spain,
the Kingdom of Sweden,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

Hereinafter referred to as "the Contracting Parties",

Desiring to further strengthen Europe's and the Contracting Party countries' position in research in the world, and to intensify scientific cooperation across disciplinary and national boundaries;

Recognizing that an internationally unique and technically innovative accelerator system will in future be of great significance for the performance of state of the art research in many different scientific fields concerned with the basic structure of matter and related areas;

Expecting other countries to participate in the activities undertaken together under this Convention;

Having decided to promote the construction and operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe for the use of the international scientific community, based on criteria of scientific excellence;

Have agreed as follows:

Article 1
Establishment of the Facility

(1) The construction and operation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe, as described in Technical Document 1, hereinafter referred to as "the FAIR facility", shall be entrusted to a limited liability company, hereinafter referred to as "the Company", which shall be subject to German law, unless otherwise provided under this Convention. The Articles of Association of the Company are attached hereto as an Annex (without specifying the shares or names of the Shareholders). The Company shall undertake activities for peaceful ends only.

(2) The Shareholders of the Company shall be appropriate bodies designated for this purpose by the Contracting Parties. The Contracting Parties shall designate such Shareholders by written notice received by the other Contracting Parties.

(3) The Company and the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH will collaborate in the construction, commissioning and operation of the FAIR facility on the basis of long-term agreements.

Article 2
Name and seat

The Company shall be known as the "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH) and shall have its registered office in Darmstadt.

Article 3
Organs

(1) The organs of the Company shall be the Shareholders' Assembly, hereinafter referred to as "the Council", and the Managing Directors, collectively forming the Management Board.

(2) Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated in accordance with a procedure determined by the Contracting Parties concerned.

Article 4

Movement of personnel and scientific equipment

(1) Subject to the requirements of national legislation, each Contracting Party shall within its jurisdiction facilitate the movement and residence of nationals of the Contracting Party countries employed by or seconded to the Company or doing research using the Company's facilities and of the family members of such nationals.

(2) Each Contracting Party shall within its territory and in accordance with the law in force facilitate the issuance of transit documents for temporary imports and exports of scientific equipment and samples to be used for research using the Company's facilities.

Article 5

Finance

(1) Each Contracting Party shall ensure that the Shareholder(s) which it has designated has/have sufficient resources to cover the Shareholders' contribution to the annual budget of the Company.

(2) The construction of the FAIR facility shall start on the basis of the funding commitments set out in Article 6 in accordance with the document "The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)", attached as Part B of Technical Document 1.

(3) The construction costs shall be the sum of all expenditures on construction (personnel costs, recurrent expenditure and capital expenditure).

(4) The construction costs of the Modularized Start Version, as described in Part B of Technical Document 1, are expected to be

1,027 million euro

(one thousand and twenty-seven million euro)

at January 2005 prices.

- (5) A table showing the estimated annual incidence of expenditure for both construction and operation, including provision for development of the FAIR facility is attached as Technical Document 2.
- (6) The final goal remains the realization of the FAIR facility as described in the Baseline Technical Report, a summary of which is attached as Part A of Technical Document 1.
- (7) The Council shall review at least annually the actual and forecast construction costs. If at any time it appears to the Council, having regard to the expected costs specified above and the specifications set out in Technical Document 2, that the FAIR facility may not be satisfactorily completed, the Council, on the advice of the Managing Directors, shall adopt cost reduction measures.
- (8) The Council acting unanimously may approve a modification of the construction costs.
- (9) An estimation of the annual operating costs for full operation of the FAIR facility is given in Technical Document 2.

Article 6 Contributions

- (1) The German Contracting Party shall make available for the Company's use, free of charge and ready to build on, the site in Darmstadt marked on the plan attached as Technical Document 3.
- (2) At the time of signing this Convention, the Contracting Parties commit to make the following contributions towards construction costs in cash and/or in kind (all amounts refer to January 2005 prices):

by the Republic of Austria,
by the People's Republic of China,
5.00 M€ by the Republic of Finland,
27.00 M€ by the French Republic,
705.00 M€ by the Federal Republic of Germany,
by the Hellenic Republic,
36.00 M€ by the Republic of India,
by the Republic of Italy,

23.74 M€ by the Republic of Poland,
11.87 M€ by Romania,
178.05 M€ by the Russian Federation,
by the Slovak Republic,
12.00 M€ by the Republic of Slovenia,
11.87 M€ by the Kingdom of Spain,
10.00 M€ by the Kingdom of Sweden,
by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

(3) The Contracting Parties expect that during the construction period further efforts will be made permitting the FAIR facility as described in the Baseline Technical Report to be realized.

(4) The procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method is supplied with this Convention as Technical Document 4.

(5) Use of the FAIR facility by the scientific community of a Contracting Party presupposes that the Shareholder(s) of that Contracting Party participate appropriately in covering the operating costs of the FAIR facility. The corresponding repartition scheme shall be agreed by the Council not later than three years after the start of the construction period.

(6) The Contracting Parties shall ensure that their Shareholders contribute to operating costs in accordance with the agreed scheme.

(7) Changes of contributions to construction costs and to operating costs, the admission of new Shareholders, increases in the shares held by an existing Shareholder, as well as the transfer of shares or parts thereof of the Company mentioned in Article 1 shall be governed by the Articles of Association, attached as an Annex, which authorise the Council to take decisions on such matters.

Article 7

Coverage of potential VAT costs

(1) The Company shall be subject to the general regulations for value added tax (VAT) under German law.

(2) As far as a Shareholder's contributions to construction costs and to operating costs are subject to VAT, this VAT due will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

(3) As far as a Shareholder's contributions to construction costs and to operating costs are not subject to VAT and this results in an exclusion from, or a reduction of, the Company's right to deduct or claim a refund of the VAT paid by the Company to third parties, this non-deductible VAT will be borne by the Contracting Party that levies the tax.

Article 8

Arrangements with other users

Arrangements for long-term use of the FAIR facility by Governments or groups of Governments not acceding to this Convention, or by establishments or organisations thereof, may be made by the Company subject to the unanimous approval of its Council.

Article 9

Intellectual Property

(1) In accordance with the objects of the present Convention the term "Intellectual Property" shall be understood in accordance with Article 2 of the Convention Establishing the World Intellectual Property Organization signed on 14 July 1967.

(2) With respect to questions of Intellectual Property, the relations between the Contracting Parties will be governed by the national legislation of the Contracting Party countries, as well as on the basis of the corresponding provisions of agreements on cooperation in science and technology between the European Community and non-EU Contracting Parties.

Article 10

School

The German Contracting Party shall support efforts for educational access to public or private international schools in the Federal Republic of Germany for children of the Company's staff, or of other staff seconded to or active with the Company.

Article 11
Disputes

(1) The Contracting Parties shall endeavour to settle by negotiations any dispute concerning the interpretation or application of this Convention.

(2) If the Contracting Parties cannot reach agreement on the settlement of a dispute, each of the Contracting Parties concerned may submit the dispute for decision to an arbitral tribunal.

(3) Each Contracting Party being a party to the dispute shall appoint an arbitrator; nevertheless, if the dispute is between one of the Contracting Parties and two or more other Contracting Parties the latter shall choose one arbitrator in common. The arbitrators thus appointed shall choose a national of a country other than the countries of the Contracting Parties in dispute to act as umpire and to assume the functions of Chairman of the arbitral tribunal, with a casting vote in the event that the votes of the arbitrators are equally divided. The arbitrators shall be appointed within two months from the date of the request for a settlement by means of arbitration, the Chairman within three months from that date.

(4) If the time limits specified in the foregoing paragraph are not observed and no other arrangement is made, each party to the dispute may request the President of the Court of Justice of the European Union or, if appropriate, of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by a simple majority.

(6) The arbitral tribunal shall take its decisions on the basis of paragraph 1 of Article 38 of the Statute of the International Court of Justice. Its decisions shall be binding.

(7) The tribunal shall determine its rules of procedure in accordance with Chapter III of Part IV of the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes signed at The Hague on 18 October 1907.

(8) Each party to the dispute shall bear its own costs and an equal share of the costs of the arbitral proceedings.

(9) The tribunal shall base its decisions on the rules of law applicable to the dispute under consideration.

Article 12
Depositary and entry into force

- (1) This Convention shall enter into force on the first day of the second month after all signatory Governments have notified the Government of the Federal Republic of Germany as depositary of this Convention that the national approval procedure has been completed.
- (2) The Government of the Federal Republic of Germany shall promptly inform all signatory Governments of the date of each notification provided for in the foregoing paragraph and the date of entry into force of this Convention.
- (3) Before the entry into force of this Convention, the Contracting Parties may agree that part or all of the Articles set out in this Convention be applied provisionally.

Article 13
Accession

- (1) After the entry into force of this Convention, any Government may accede thereto with the consent of all Contracting Parties upon the conditions negotiated. The conditions of accession shall be the subject of an agreement between the Contracting Parties and the acceding Government or group of Governments.
- (2) Governments signing this Convention within a period of twelve months after its initial signing shall do so under the same conditions as the Contracting Parties.

Article 14
Duration

- (1) This Convention is concluded for an initial period ending on 31 December 2025 and shall remain in force after that date for successive periods of ten years each, with a reaffirmation of the scientific and technical direction of the FAIR facility issued for each new ten-year period on the basis of a review paper approved by the Council of the Company.
- (2) A Contracting Party may withdraw from this Convention with three years' notice, such notice to be given to the Government of the Federal Republic of Germany.

Withdrawal may take effect only on 31 December 2025 or at the end of each successive period of ten years.

(3) This Convention shall remain effective as between the remaining parties. The conditions and effects of withdrawal from this Convention by a Contracting Party, in particular its share in the costs of dismantling the Company's plant and buildings and compensation for losses, shall be settled by agreement among the Contracting Parties before the withdrawal of a Contracting Party takes effect.

Article 15 Decommissioning

The German Contracting Party shall be responsible for the costs of dismantling the FAIR facility beyond the sum of twice the annual operating budget based on the average of the last five years of operation.

Article 16 Amendments to the Annex and to the Technical Documents

(1) The Contracting Parties agree that by decision of the Council of the Company the Annex to this Convention as well as the Technical Documents may be amended without any requirement for the Convention to be revised, provided that such amendments do not conflict with this Convention. Amendments to the Annex shall require the approval of the Council of the Company by unanimous vote.

(2) This Convention has as an integral part the following Annex:

Articles of Association of the "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH).

Furthermore, it refers to the following Technical Documents:

- Technical Document 1: Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B),
- Technical Document 2: Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation,
- Technical Document 3: Map of the site where the FAIR facility is to be constructed,
- Technical Document 4: Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method.

In witness whereof, the undersigned representatives, having been authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

Done at Wiesbaden this 4 October 2010, in the English, French, German, Russian and Spanish languages, apart from the Technical Documents, which are only done in the English language, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified true copy to all Contracting Parties and acceding Governments, and subsequently notify them of any amendments.

For the Government of the Republic of Austria

For the Government of the People's Republic of China

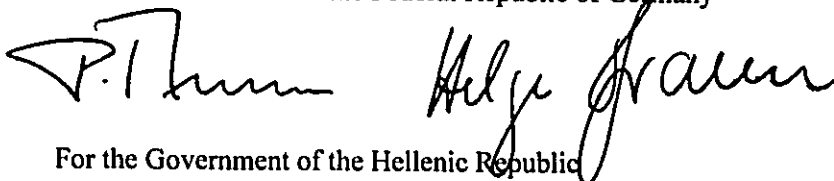
For the Government of the Republic of Finland



For the Government of the French Republic



For the Government of the Federal Republic of Germany



For the Government of the Hellenic Republic

For the Government of the Republic of India



For the Government of the Republic of Italy

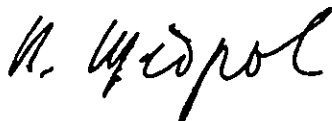
For the Government of the Republic of Poland



For the Government of Romania

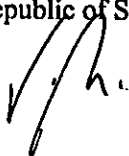


For the Government of the Russian Federation

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'N. Medvedev', written in a cursive style.

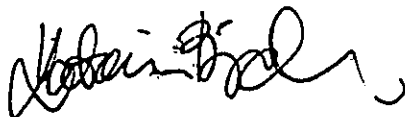
For the Government of the Slovak Republic

For the Government of the Republic of Slovenia

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. J. ...', written in a cursive style.

For the Government of the Kingdom of Spain

For the Government of the Kingdom of Sweden

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Anders ...', written in a cursive style.

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Annex to the FAIR Convention

Articles of Association

of the

“Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH”
(FAIR GmbH)

The undersigned
[funding agencies]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Hereinafter referred to as “the Shareholders” (“*Gesellschafter*” within the meaning of the German Law on Companies with Limited Liability);

Having regard to the Convention concerning the Construction and Operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe, hereinafter referred to as “the Convention”, signed in [fill in location] on [fill in signing date], between the Contracting Parties defined in the preamble of the Convention and hereinafter referred to as “the Contracting Parties”;

Noting that the [fill in country] organisation [fill in name] and the [fill in country] organisation [fill in name] have formed a consortium [fill in name] for their participation in the Company and that the [number and name] organisations have formed a consortium [fill in name] for their participation in the Company and that, although all organisations have signed the present Articles of Association, only the consortium [fill in name] represented by the [fill in name] and the consortium [fill in name] represented by [fill in name] are Shareholders of the Company;

Hereby agree to establish a limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) under German law, in particular the German Law on Companies with Limited Liability (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), namely, the “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH), hereinafter referred to as “the Company”.

Table of contents

Chapter I	General provisions
Article 1	Name, registered office, financial year, definition of a SHARE
Article 2	Relationship to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Article 3	Objects
Article 4	Public-benefit character
Article 5	Share capital
Article 6	Shareholders
Article 7	Organs
Chapter II	The Council
Article 8	Members of the Council
Article 9	Chairperson and Vice-Chairperson of the Council
Article 10	Meetings of the Council
Article 11	Powers of the Council
Article 12	Voting procedure, resolutions
Chapter III	Management of the Company
Article 13	Managing Directors and Management Board
Article 14	Representation of the Company
Article 15	Remit of the Managing Directors
Chapter IV	Cooperation between the Company and the Shareholders
Article 16	Definitions
Article 17	Intellectual Property
Article 18	Inventions
Article 19	Confidentiality
Chapter V	Committee
Article 20	Scientific Council
Chapter VI	Financial matters
Article 21	Annual financial statement
Article 22	Audit rights of Shareholders

Chapter VII	Changes in shareholdings
Article 23	Admission of new Shareholders and transfer of SHARES
Article 24	Redemption or compulsory assignation of SHARES
Article 25	Withdrawal of a Shareholder
Chapter VIII	Termination of the Company
Article 26	Liquidation of the Company or change of its objects
Chapter IX	Miscellaneous
Article 27	Liability
Article 28	Applicable law
Article 29	Entry into force
Article 30	Languages
Article 31	Severability
Article 32	Announcements

Chapter I
General provisions

Article 1

Name, registered office, financial year, definition of a SHARE

(1) The Company is a limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) with the name

“Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH).

(2) The Company shall have its registered office in Darmstadt, Federal Republic of Germany.

(3) The financial year shall be the calendar year. The first year of business shall be a short financial year ending on 31 December of that year.

(4) In the following text the word “SHARE” (in capital letters) (“*Geschäftsanteil*” within the meaning of the *GmbHG*) represents a fraction of the Company which a Shareholder has subscribed in consideration of its primary deposit (“*Stammeinlage*” within the meaning of the *GmbHG*). The value of the SHARE shall be in proportion to the corresponding fraction of the share capital (see Article 5) subscribed by the Shareholder.

Article 2

Relationship to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

The Company and the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH in Darmstadt will collaborate closely in the construction, commissioning and operation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (hereinafter referred to as “the FAIR facility”) on the basis of long-term agreements.

Article 3

Objects

(1) The Company shall pursue exclusively and directly public-benefit objects within the meaning of the chapter headed “Tax-privileged purposes” (“*Steuerbegünstigte Zwecke*”)

in the German Fiscal Code (*Abgabenordnung – AO*). The objects of the Company shall be the advancement of science and research.

(2) These objects shall be put into effect in particular through

- a) the construction, operation, and further development of the FAIR facility including facility specific research and development; and
- b) scientific research and development with antiprotons and ions conducted using the FAIR facility.

(3) The Company may take on further tasks associated with research and technical development, such as, technology transfer, scientific education programmes, development of accelerators and scientific machines and equipment for research purposes.

(4) The results of the research work undertaken at and/or by the Company, in principle, shall be published or otherwise made generally accessible.

Article 4

Public-benefit character

(1) The Company shall act altruistically and shall not primarily pursue its own economic purposes.

(2) The Company's funds and resources shall be used exclusively for the objects set out in Article 3. The Shareholders may receive neither profit shares nor any other allocations from the funds and resources of the Company.

(3) No person may be favoured by means of expenditure not related to the objects of the Company or disproportionately high remuneration.

Article 5

Share capital

The share capital ("*Stammkapital*" within the meaning of the *GmbHG*) of the Company shall amount to € 25,000.00 (in words: twenty-five thousand euro).

Article 6
Shareholders

(1) In accordance with the Convention and the contributions of the respective Contracting Parties, each Shareholder shall subscribe one or more SHARES with the following total nominal value ("*Nennbetrag*" within the meaning of the *GmbHG*) based on its relative contribution to the construction costs:

Serial number of the SHARE	Shareholder	Nominal value in euro and percentage of total share capital	
	[]	€ _____	_____ %
	[]	€ _____	_____ %
	[]	€ _____	_____ %
	[]	€ _____	_____ %
	[]	€ _____	_____ %
	[]	€ _____	_____ %

(2) Each Shareholder shall subscribe at least 1% of the share capital. The primary deposits ("*Stammeinlagen*" within the meaning of the *GmbHG*) shall be paid in cash with the full amount due immediately upon incorporation.

Article 7
Organs

The organs of the Company shall be:

- a) the Shareholders' Assembly ("*Gesellschafterversammlung*" within the meaning of the *GmbHG*), hereinafter referred to as "the Council"; and
- b) the Managing Directors ("*Geschäftsführer*" within the meaning of the *GmbHG*).

Chapter II
The Council

Article 8
Members of the Council

The Shareholders of each Contracting Party may be represented in the Council by a maximum of two delegates, representing all Shareholders of that Contracting Party. Delegates to the Council shall be appointed and have their appointments terminated by all Shareholders of each Contracting Party. The Shareholders of each Contracting Party shall inform the Chairperson of the Council in writing of any appointment or termination of appointments of its delegates to the Council without undue delay.

Article 9
Chairperson and Vice-Chairperson of the Council

The Council shall elect a Chairperson and a Vice-Chairperson from the delegations of the Shareholders of different Contracting Parties for a period of office not exceeding two years. Following their election, the Chairperson and Vice-Chairperson shall become *supra partes* and leave their delegations. Consecutive re-election shall be permitted only once for a second term not exceeding two years.

Article 10
Meetings of the Council

- (1) The Council shall meet at least twice a year.
- (2) Meetings of the Council shall be convened by the Chairperson of the Council.
- (3) Meetings of the Council shall be convened also at the request of at least two Shareholders of different Contracting Parties. Extraordinary meetings of the Council may be convened also at the request of the Managing Directors, where required in the interests of the Company.

Article 11
Powers of the Council

(1) Save as otherwise provided in these Articles of Association, the Council shall be responsible in all cases provided by law. The Council may issue instructions to the Managing Directors.

(2) The following matters shall require approval of the Council by unanimous vote:

- a) admission of new Shareholders;
- b) transfer ("*Übertragung*" within the meaning of the *GmbHG*) of SHARES or parts thereof between Shareholders of different Contracting Parties;
- c) share capital increases;
- d) amendments to these Articles of Association;
- e) mergers or splits of the Company;
- f) dissolution of the Company;
- g) the Financial Rules of the Company;
- h) arrangements for long-term use of the FAIR facility by Governments or groups of Governments not acceding to the Convention, or by establishments or organisations thereof; and
- i) the repartition scheme for operating costs in accordance with Article 6(5) of the Convention.

(3) The following matters shall require approval of the Council by a qualified majority:

- a) election of its Chairperson and Vice-Chairperson;
- b) medium-term scientific programme;

- c) annual budget, resource planning (finance and staff) and medium-term financial estimates;
- d) adoption of the annual financial statement ("*Jahresabschluss*" within the meaning of the *GmbHG*);
- e) appointment, employment and termination of the appointments of the Managing Directors;
- f) establishment of committees;
- g) policy for the allocation of beam time at the experimental set-ups;
- h) short and medium-term arrangements for use of the Company's scientific equipment and facilities by national or international scientific organisations;
- i) procurement rules;
- j) Rules of Procedure of the Council; and
- k) redemption ("*Einziehung*" within the meaning of the *GmbHG*) or assignation of SHARES or parts thereof.

(4) The initial long-term agreements with the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH specified in Article 2 of these Articles of Association shall require the approval of the Council by unanimous vote. Later decisions regarding existing long-term agreements with the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH and amendments to those agreements shall require the approval of the Council by a qualified majority.

(5) All other resolutions of the Council shall require a simple majority unless mandatory law or these Articles of Association provide otherwise.

(6) Resolutions on matters related to the regulatory requirements of the Federal Republic of Germany on public health and safety, permits and on the protection of the environment may not contravene German law.

Article 12
Voting procedure, resolutions

- (1) For every 1 (one) euro of share capital held, the holder shall be entitled to one vote. All Shareholders shall have the opportunity to vote. Each Shareholder may cast all of its votes only in a single block, exercisable by the delegates designated for this purpose by the relevant Shareholder. Shareholders nominated by a single Contracting Party may cast their votes only jointly and in a single block.
- (2) A "simple majority" means 50% of the votes cast and the Shareholders of no more than half of the Contracting Parties voting against.
- (3) A "qualified majority" means a majority of at least 75% of the votes cast and the Shareholders of no more than half of the Contracting Parties voting against.
- (4) A "unanimous vote" means at least 90% of the votes cast and no unfavourable vote.
- (5) Council meetings shall only be quorate if two thirds of the entire share capital is represented. If less than two thirds of the share capital is represented, a new meeting of the Council with the same agenda shall be called immediately. This new meeting of the Council shall be quorate regardless of the proportion of share capital represented, but only if this is expressly stated in the invitation to such new meeting of the Council.

Chapter III
Management of the Company

Article 13
Managing Directors and Management Board

- (1) The Company shall have at least two Managing Directors.
- (2) The Managing Directors shall include one person who is a scientist and at the same time this person shall be the Chairperson of the Management Board; another shall be the Administrative Director. The division of responsibilities between the Managing Directors shall be established by the Council in Rules of Procedure for the Management Board.

(3) Managing Directors shall be appointed for a period not exceeding five years. Appointment, employment and termination of the appointment of Managing Directors as well as any amendment or extension to their contracts of employment shall be subject to approval by the Council and shall be signed by the Chairperson of the Council on behalf of the Company.

Article 14
Representation of the Company

The Company shall be represented by two Managing Directors acting jointly or by one Managing Director acting jointly with an authorised signatory ("*Prokurist*" within the meaning of the German Commercial Code (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

Article 15
Remit of the Managing Directors

The Managing Directors shall manage the Company conscientiously and with due diligence in the interests of the Company, and in accordance with

- a) the Convention and the statutory law of the Federal Republic of Germany, insofar as it does not contradict the Convention;
- b) these Articles of Association as from time to time amended;
- c) the Rules of Procedure for the Management Board adopted by the Council;
- d) the directions and resolutions of the Council; and
- e) the agreements between the Contracting Parties.

Chapter IV
Cooperation between the Company and the Shareholders

Article 16
Definitions

The following definitions shall apply in the context of Articles 17 and 18:

- a) "Knowledge" means information, technical documentation, know-how, software and materials, regardless of the form or medium in which they are disclosed or stored and whether or not they are protected.
- b) "Background" means the knowledge generated prior to the signature of these Articles of Association.
- c) "Foreground" means the knowledge generated by the work carried out following signature of these Articles of Association in the framework of the Company's activities.
- d) "Invention" means the knowledge for which utility models or patents can be obtained, i.e. is industrially applicable, displays an element of novelty and exhibits an inventive step.

Article 17
Intellectual Property

(1) Shareholders shall grant to the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Background, whether protected or not, of which they can legally dispose, and which is needed for the purposes of their cooperation in the Company.

(2) Shareholders shall also grant to the Company, free of charge and without any restriction, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of their Foreground and further improvements, whether protected or not, of which they can legally dispose, and which they have generated in the framework of their cooperation in the Company.

(3) Save where covered by separate contractual agreement, all Intellectual Property produced by staff employed by the Company shall be owned by the Company.

(4) On request, the Company shall grant to Shareholders and publicly-funded research institutions designated by them, free of charge, a non-exclusive and non-transferable licence for the use of its Intellectual Property in their research activities. For purposes other than research, a licence may be granted to Shareholders on fair and reasonable terms. Subject to approval by the Shareholder concerned, the Company may grant to any natural or legal person in the country or countries of that Shareholder a licence on fair and reasonable terms for purposes other than research, except where the Council resolves otherwise.

(5) If the Company seeks to obtain a licence from a third party for the use of Intellectual Property, the Company shall use its best endeavours to obtain a right under such licence to grant sub-licences to any of the Shareholders as set out in paragraph 4 above.

Article 18

Inventions

(1) In relation to Inventions made by the Company's staff, the Company shall apply the rules of the German Law on Inventions by Employees (*Gesetz über Arbeitnehmererfindungen – ArbNErfG*). If the Company decides not to apply for a patent in one or more countries, with the consent of the Company, the employee who made the Invention may apply for such protection in his or her own name, at his or her own expense and for his or her own benefit.

(2) In relation to Inventions made in the course of their work at the Company by staff seconded to the Company by a Shareholder, the following provisions shall apply:

- a) Subject to legislative or contractual provisions applicable to Inventions of employees, the seconding Shareholder shall be the owner of all rights in the Inventions made solely by the seconded employee. The seconding Shareholder shall have the right to apply in any country in its own name, at its own expense and for its own benefit for patents necessary for the protection of such Inventions. The Company and the other Shareholders shall have free of charge the right of use of the Inventions for research purposes and the right to a licence for purposes other than research on fair and reasonable terms. In addition, the

Shareholder owning the rights shall not refuse to grant, at the request of another Shareholder, to any natural or legal person in the country or countries of the Shareholders a licence for purposes other than research on fair and reasonable terms. By contractual agreement between the Shareholders concerned and the Company, or by resolution of the Council, certain Inventions may be identified, in respect of which a Shareholder is not obliged to grant a licence to the Company, to other Shareholders or, at the request of another Shareholder, to any natural or legal person in that Shareholder's country.

- b) The Company shall receive a share of the net returns from all licences granted by the owner of the rights for purposes other than research, the said share to be determined having regard to the respective contributions to the Inventions made by the Company and the individual seconded.
 - c) When applying for Intellectual Property rights and granting licences, the Company and the Shareholders shall consult each other in cases of doubt and shall refrain from actions which may prejudice the Company or Shareholders.
 - d) The Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder as part of its in-kind contribution to the establishment of the Company together with employees of the Company or together with employees seconded by other Shareholders as part of their in-kind contributions to the establishment of the Company.
 - e) If Inventions are made by a seconded employee of one Shareholder jointly with seconded employees of another Shareholder, these joint Inventions shall belong to both partners, who shall reach an agreement in each individual case on the sharing and joint exploitation of the Invention. The provisions of subparagraph a) above shall apply to such Inventions.
 - f) Save where contractual agreement provides otherwise, the Company shall be the sole owner of all rights in those Inventions made by employees seconded by a Shareholder together with Company staff or with employees seconded by another Shareholder as part of its in-kind contribution to the establishment of the Company.
- (3) In relation to Inventions made by staff of the Company jointly with staff of a Shareholder not seconded to the Company, these Inventions shall belong to both partners,

who shall reach an agreement in each individual case on the sharing and joint exploitation of the Invention. This agreement should follow the provisions laid out in paragraph 2 above.

Article 19 Confidentiality

(1) In relation to third parties, Shareholders shall treat as confidential all information and objects that have not been published and are conveyed in confidence by another Shareholder or the Company. The receiving Shareholder may use such information and objects only for purposes consistent with the terms of these Articles of Association and of a non-commercial kind. Disclosure of confidential information or objects shall require the express written consent of the conveying Shareholder or the Company.

(2) The confidentiality obligation established in paragraph 1 above shall not apply to objects or types of information that

- a) have been developed or are being developed by the receiving Shareholder independently of the information;
- b) are part of the generally accessible state of the art or acquire that status without any action on the part of the receiving Shareholder;
- c) were already in the possession of the receiving Shareholder at the time of the disclosure; or
- d) were lawfully disclosed to a Shareholder by a third party in lawful possession thereof free of any obligation to maintain confidentiality.

(3) The confidentiality obligation established in paragraph 1 above shall end five years following the day on which the dissolution of the Company is recorded in the Commercial Register. Shareholders shall impose the same obligation of confidentiality on all of their affiliates and subcontractors, their employees and all other personnel working for a Shareholder who may have access to confidential information.

Chapter V
Committee

Article 20
Scientific Council

- (1) The Scientific Council consisting of external members who are outstanding scientists shall advise the Council and the Managing Directors in scientific and technical matters of fundamental importance.
- (2) The Scientific Council shall comprise 8 to 12 members. These shall be appointed by the Council on the proposal of the Scientific Council and after consultation with the Managing Directors.
- (3) The Scientific Council shall elect a chairperson. The Scientific Council shall adopt its own rules of procedure which shall require the approval of the Council.

Chapter VI
Financial matters

Article 21
Annual financial statement

- (1) Within three months following the end of the financial year, the Managing Directors shall prepare the annual financial statement and management report ("*Lagebericht*" within the meaning of the *GmbHG*). The rules of the *HGB* regarding the preparation and audit of the annual financial statement and management report for large-scale corporations shall apply *mutatis mutandis*.
- (2) The annual financial statement and management report shall be verified by a certified independent auditor ("*Abschlussprüfer*" within the meaning of the *HGB*). The auditor shall be appointed by resolution of the Council before the end of the financial year to be audited. The appointment of the auditor shall be made on an annual basis. An auditor may be re-appointed. Immediately following appointment, the auditor is to be instructed, *inter alia*, to audit the proper conduct of business (section 53(1) No 1 of the Law on Budgetary Principles for Federation and Länder (*Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des*

Bundes und der Länder – HGrG) of 19 August 1969¹) and to supplement the report in accordance with section 53(1) No 2 of the *HGrG*.

(3) Without delay following receipt of the audit report ("*Prüfungsbericht*" within the meaning of the *HGB*), the Managing Directors must present to the Council a copy of the annual financial statement, the original of which must bear the legally binding signatures of the Managing Directors, as well as the management report together with the audit report including a written statement. Within the first six months following the end of the financial year, the Council shall take a decision on the adoption of the annual financial statement.

Article 22

Audit rights of Shareholders

Each Shareholder has the right to audit if this is required by national law for the purposes of public funding.

Chapter VII

Changes in shareholdings

Article 23

Admission of new Shareholders and transfer of SHARES

- (1) In the event of any change in the financial contributions of a Contracting Party, the Shareholders involved shall execute the corresponding transfer of SHARES.
- (2) The Company shall be open to the admission of new Shareholders designated by the relevant Contracting Party or Parties. The Council shall have authority to decide upon conditions of accession for new Shareholders.
- (3) Unless otherwise agreed by the Council in the context of a share capital increase, a new Shareholder shall acquire SHARES or parts thereof from one or more of the existing Shareholders.

¹ German text: Federal Law Gazette (*Bundesgesetzblatt*) 1969 I p. 1273.

(4) The acquisition of SHARES or parts thereof from an existing Shareholder requires the approval of the Council by unanimous vote. Such approval shall be presumed, if the acquiring Shareholder has been designated by the same Contracting Party as the ceding Shareholder(s).

(5) Any decision on the transfer of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Article 24

Redemption or compulsory assignation of SHARES

(1) Redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder shall be permitted provided that the Shareholder consents thereto.

(2) Redemption of SHARES or parts thereof of a Shareholder without the consent of the Shareholder shall be permitted, if

- a) the assets of the Shareholder become part of insolvency proceedings or the petition to open insolvency proceedings has been dismissed due to the lack of assets;
- b) the SHARES of the Shareholder become the target of execution proceedings, provided that such proceedings have not been discontinued within a period of three months and/or the SHARES have not already been realized in that period;
- c) the Shareholder violates its fundamental obligations under these Articles of Association or under the Company's internal bylaws, including the case where it is in arrears for a period in excess of three years in the making of its cash or in-kind contributions.

In these cases, the Shareholder concerned shall have no voting right in the decision on redemption, and its votes may not be taken into consideration in determining the majority achieved. Nevertheless, the Shareholder shall have the right to attend the relevant Council meeting and to justification before the resolution concerning the redemption or assignation is taken.

(3) Upon redemption the Shareholder concerned shall receive a settlement payment from the Company amounting to the nominal value of its SHARES. In the cases covered by paragraph 2 a) and b) above, a potential acquirer shall not become Shareholder but shall receive a settlement payment amounting to the nominal value of the SHARES concerned.

(4) Instead of the redemption of SHARES, the Council may resolve by qualified majority that the SHARES be assigned

- a) to one or more of the remaining Shareholders that are willing to acquire such in addition to their own SHARES, or
- b) to a new Shareholder within the meaning of Article 23(2),

in consideration of a settlement payment in the same amount as foreseen in paragraph 3 above. This is also possible in the form that a part of the SHARES is redeemed and the other part is assigned. The settlement payment shall be made by the Shareholders to which the SHARES or parts thereof are assigned.

(5) The validity of a redemption or assignation shall not depend on payment of the settlement amount.

(6) Any decision upon the redemption or assignation of SHARES or parts thereof shall become conclusive upon recording the Council's resolution and be declared by the Managing Directors.

Article 25 Withdrawal of a Shareholder

A Shareholder withdrawing from the Company without the Company being liquidated may claim only a settlement payment limited to the nominal value of its SHARES.

Chapter VIII
Termination of the Company

Article 26
Liquidation of the Company or change of its objects

(1) In the event of a Shareholder's exit from the Company, dissolution of the Company or the Company's objects ceasing to be tax-privileged, Shareholders may not recover more than their paid-up capital shares and the fair market value of their non-cash capital contributions.

(2) In the event of the Company's dissolution or its objects ceasing to be tax-privileged, its assets, to the extent that their value exceeds the paid-up capital shares of the Shareholders and the fair market value of the non-cash capital contributions of the Shareholders, shall be transferred to the GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, which shall use the assets directly and exclusively for public-benefit objects, or, following consultation with the German tax authorities, to another tax-privileged corporation or public-law entity, for the use of science and research.

Chapter IX
Miscellaneous

Article 27
Liability

(1) The Shareholders shall ensure that the Company procures sufficient insurance to cover loss and damage to persons or goods caused by personnel seconded or scientists and experts invited to the Company, to the extent that such liability is not already covered by other insurance. Loss and damage caused by wilful misconduct or gross negligence shall be excluded.

(2) In matters of liability which cannot be resolved in accordance with paragraph 1 above, the Shareholders shall consult each other immediately for the purposes of claim settlement.

Article 28
Applicable law

These Articles of Association shall be subject to the laws of the Federal Republic of Germany.

Article 29
Entry into force

These Articles of Association shall enter into force upon signature by the Shareholders and notarisisation.

Article 30
Languages

These Articles of Association are drawn up in the English, French, German, Russian and Spanish languages. The German version shall be submitted to the relevant German court supervising the Commercial Register for entry in that register.

Article 31
Severability

- (1) Should any provision of these Articles of Association be or become void or invalid in whole or in part, the validity of the other provisions thereof shall not be affected.
- (2) The invalid provision shall be replaced by a valid provision that to the extent possible fully implements the spirit and purpose of the invalid provision.
- (3) The same shall apply in the event that these Articles of Association fail to cover an issue that was meant to be part hereof.

Article 32
Announcements

Announcements of the Company required by law shall be published in the German Electronic Federal Gazette (*Elektronischer Bundesanzeiger*), on the website of the Company and, in addition, in an appropriate Gazette of the European Union.

FINAL ACT
OF THE CONFERENCE OF PLENIPOTENTIARIES
FOR THE ESTABLISHMENT OF A FACILITY
FOR ANTIPROTON AND ION RESEARCH IN EUROPE

- (1) Following discussions on possible future directions for the facilities of the Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI), the GSI started developing a concept in 2000 for a facility for international antiproton and ion research located at the site of the GSI in Darmstadt.

On the basis of a Conceptual Design Report containing a multitude of scientific and technical contributions from around the world the facility concept was evaluated and endorsed by the German Council of Science and Humanities (*Wissenschaftsrat*) in 2002.

The decision of the Government of the Federal Republic of Germany in 2003 to establish the proposed facility was followed by the development of a staged construction and science programme.

An International Steering Committee was created. The constituent meeting of the FAIR International Steering Committee took place on 2 February 2004.

For the tracking of the development of science and research programmes, technical design, construction planning, and R&D activities, a working group for scientific and technical issues (STI-FAIR) was established. Another working group for administrative and financial issues (AFI-FAIR) was set up to manage the legal, financial and management structure, procedures and legal documents.

In 2004, a large number of institutions from various countries expressed their interest in participating in or contributing to the future FAIR facility by signing Letters of Intent.

By the end of February 2007 the Governments of Austria, China, Finland, France, Germany, Greece, India, Italy, Poland, Romania, Russia, Spain, Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland had signed a Memorandum of Understanding to provide the basis for international cooperation during the preparatory phase of FAIR.

On 7 November 2007 representatives of ten of the fourteen parties to the Memorandum of Understanding signed the Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR), by which they jointly announced the beginning of the realization of the FAIR project.

- (2) At the invitation of the Government of the Federal Republic of Germany, a Conference of Plenipotentiaries for the establishment of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe met at Schloss Biebrich in Wiesbaden on 4 October 2010.
- (3) Governments of the following countries were represented by delegates: the Republic of Austria, the People's Republic of China, the Republic of Finland, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of India, the Republic of Italy, the Republic of Poland, Romania, the Russian Federation, the Slovak Republic, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.
- (4) The Chairperson of the Conference received from the Plenipotentiaries their Full Powers which he/she examined and recognised to be in correct and proper form.
- (5) The Conference took note of the text of the Convention, including its Annex and the four Technical Documents attached, listed as follows:

Annex: Articles of Association of the "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH),

Technical Document 1: Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B),

Technical Document 2: Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation,

Technical Document 3: Map of the site where the FAIR facility is to be constructed,

Technical Document 4: Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method.

- (6) Upon the recommendation of the FAIR International Steering Committee the Conference adopted the text of the Convention concerning the Construction and Operation of a Facility for Antiproton and Ion Research in Europe including its Annex, which forms an integral part of the Convention.
- (7) The Conference agreed that the Convention be applied provisionally pending its entry into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, and, to that end, adopted Resolution No 1 attached to this Final Act.
- (8) The Conference agreed that a minimum commitment to contribute towards construction costs of the FAIR facility in cash and/or in kind of 11.87 million euro (in January 2005 prices) will entitle a Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. The Conference also agreed that this minimum commitment may be given by several Contracting Parties acting jointly. In such case the appropriate bodies designated by these Contracting Parties will have to form a consortium which will act as their Shareholder in the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. To that end, the Conference adopted Resolution No 2 attached to this Final Act.
- (9) The Conference took note of the Declarations of
 - the Government of the French Republic,
 - the Government of the Republic of Poland,
 - the Government of the Republic of Slovenia,
 - the Government of the Kingdom of Spain,
 - the Government of the Kingdom of Sweden,attached to this Final Act.
- (10) The Conference invited all the signatory Governments to complete as soon as possible their constitutional procedures, if any, with a view to the entry into force of

the Convention and to inform the depositary Government (Federal Republic of Germany) accordingly.

(11) The Conference noted favourably that other Governments may sign the Convention within the next twelve months under the conditions set out in the Convention.

(12) The Conference invited further Governments to accede to the Convention.

In witness whereof, the Plenipotentiaries have signed this Final Act.

Done at Wiesbaden on 4 October 2010 in the English, French, German, Russian, and Spanish languages, all texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments having signed this Final Act and to the Governments that become Contracting Parties to the Convention.

For the Government of the Republic of Austria

For the Government of the People's Republic of China

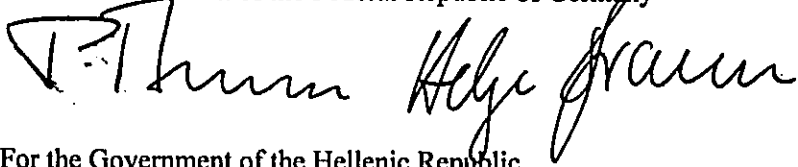
For the Government of the Republic of Finland



For the Government of the French Republic



For the Government of the Federal Republic of Germany



For the Government of the Hellenic Republic

For the Government of the Republic of India

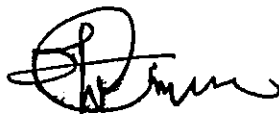


For the Government of the Republic of Italy

For the Government of the Republic of Poland



For the Government of Romania

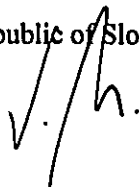


For the Government of the Russian Federation



For the Government of the Slovak Republic

For the Government of the Republic of Slovenia



For the Government of the Kingdom of Spain

For the Government of the Kingdom of Sweden

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Katarina Björk", followed by a horizontal flourish.

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

RESOLUTION NO 1
OF THE CONFERENCE OF PLENIPOTENTIARIES
FOR THE ESTABLISHMENT OF A FACILITY
FOR ANTIPROTON AND ION RESEARCH IN EUROPE

Provisional application of the FAIR Convention

THE CONFERENCE

AGREES that from 4 October 2010 onwards the clauses of the Convention be applied provisionally, it being understood that the final entry into force of the Convention is subject to the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the countries concerned;

INVITES the Shareholders designated by the Contracting Parties jointly establishing the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, a private limited liability company (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) under German law, in particular the German Law on Companies with Limited Liability (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), to sign immediately the Articles of Association (Annex to the Convention);

ASKS the Government of the Federal Republic of Germany to accomplish the procedural steps which are necessary to constitute as soon as possible the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH as a legal entity.

**RESOLUTION NO 2
OF THE CONFERENCE OF PLENIPOTENTIARIES
FOR THE ESTABLISHMENT OF A FACILITY
FOR ANTIPROTON AND ION RESEARCH IN EUROPE**

Minimum commitment to contribute towards construction costs entitling a Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

THE CONFERENCE

AGREES that a minimum commitment to contribute towards construction costs of the FAIR facility in cash and/or in kind of 11.87 million euro (in January 2005 prices) entitles a Contracting Party to designate an appropriate body as a Shareholder of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. This minimum commitment may be given by several Contracting Parties acting jointly. In such case the appropriate bodies designated by these Contracting Parties will have to form a consortium which will act as their Shareholder in the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH;

NOTES that 11.87 million euro corresponds to 1% of an earlier cost estimate for the construction costs of the FAIR facility as described in Part A of Technical Document 1, attached to the Convention.

DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC
WITH REGARD TO THE PROVISIONAL APPLICATION
AND TO ITS FINANCIAL OBLIGATIONS

THE CONFERENCE

TAKES NOTE of the declaration of the Government of the French Republic, which reads as follows:

In accordance with Resolution No 1 annexed to the Final Act, in which the Contracting Parties agree that the Convention be applied provisionally until it enters into force, provided that the provisional application is in line with the national legislation of the Contracting Parties, France hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature. Article 53 of the Constitution of the French Republic imposes that international treaties and agreements be authorized by Parliament prior to their entry into force when, as it is the case, they carry financial consequences committing the finances of the State.

With respect to the procedure described in Article 6(6) of the Convention, France declares that the French share in the annual operating costs of the FAIR facility will not exceed 2%.

DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND
WITH REGARD TO ITS FINANCIAL OBLIGATIONS

THE CONFERENCE

TAKES NOTE of the declaration of the Government of the Republic of Poland, which reads as follows:

The Republic of Poland will take part in the construction of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) with an amount of 23.74 million euro (in 2005 prices). This will comprise contributions both in kind and in cash. The spending priority shall be on in-kind contribution, and in-cash contribution shall not exceed 11.87 million euro (in 2005 prices).

DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF SLOVENIA
WITH REGARD TO THE PROVISIONAL APPLICATION OF THE CONVENTION

THE CONFERENCE

TAKES NOTE of the declaration of the Government of the Republic of Slovenia, which reads as follows:

Regarding the Resolution No 1, annexed to the Final Act, in which Contracting Parties assume that the Convention can be applied provisionally until the fulfilment of appropriate constitutional procedures in each of the contracting countries, after which it will enter into force, Slovenia hereby declares that it cannot apply the Convention provisionally from the date of its signature.

The Slovenian Law on Foreign Affairs in Article 72 allows for provisional use of an international contract before its entry into force, but only when the ratifying body of this contract is the Government, which does not apply to this Convention, as its ratification is in jurisdiction of the National Assembly of the Republic of Slovenia.

DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF SPAIN
WITH REGARD TO ITS FINANCIAL OBLIGATIONS

THE CONFERENCE

TAKES NOTE of the declaration of the Government of the Kingdom of Spain, which reads as follows:

Spain is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR). Nevertheless, Spain's obligations, on signing the Convention, shall be as follows:

1. Spain will review its participation in the operational phase two years after the beginning of such phase, and have the option of withdrawing without penalty, provided that it gives one year's notice.
2. Following a positive review, Spain may extend its participation for a further three year period, subject to the corresponding review cycle, and may continue to participate for the whole duration of the project.
3. Should Spain choose to carry on with the project following its first review, it will assume its full liability for decommissioning under the Convention. In the event that a decision to withdraw from participation is made by Spain on the basis of such first review, Spain will only bear fifty percent of its decommissioning liability under the Convention.

DECLARATION OF THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF SWEDEN
WITH REGARD TO ITS FINANCIAL OBLIGATIONS AND CONFIDENTIALITY

THE CONFERENCE

TAKES NOTE of the declaration of the Government of the Kingdom of Sweden, which reads as follows:

Sweden is willing to contribute as a participating state to the establishment and utilisation of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR). However,

1. The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the FAIR Company, which will contribute to the construction costs with an amount of 10 million euro (2005 year's prices), will be designated by the Government of the Kingdom of Sweden after parliamentary approval.
2. Sweden's participation in the construction of FAIR would be on the basis that Sweden will participate in the operational phase of FAIR for a minimum period of three years but Sweden will review its continued participation in the operational phase after the first two years and have the option, should it wish to do so following that review, to withdraw without penalty, after giving one year's notice.
3. Following a successful review Sweden may offer to extend its participation for a further three (or five) year period subject to a corresponding review cycle and may continue to participate for the whole life of the project.
4. In the event that Sweden's first review recommends continued participation in the project, Sweden will accept in full its decommissioning liability under the Convention.
Should Sweden decide to withdraw from participation following its first review it will accept liability for fifty per cent of its share of the decommissioning cost under the Convention.
5. Article 19, Confidentiality, in the Articles of Association (Annex to the Convention) should be interpreted as follows in order to meet the requirements of the regulation in the Swedish constitution of the principle of public access to documents:

The Swedish authority serving as the Swedish shareholder in the FAIR Company (FAIR GmbH, based in Germany) shall always consult the conveying Shareholder before taking any decision to grant third parties access to confidential information as defined in Article 19 of the Articles of Association. Sweden is aware that if, after such mandatory consultation, the Shareholder has made it clear that it does not consent to the disclosure of information and, nevertheless, a Swedish authority would disclose the information, Sweden's action would disturb relations between Sweden and the Parties to this Convention.

In this context, Sweden recalls the Swedish Public Access to Information and Secrecy Act 2009, in particular Chapter 15, Section 1, paragraph 1 which reads: "Secrecy shall apply to any information concerning Sweden's relations with another state, or any information otherwise concerning another state, an international organization, or an authority, a citizen, or a legal person in another state, or a stateless person, if it can be assumed that disclosure of the information would disturb Sweden's international relations or would otherwise cause damage to the country."

Convenio
relativo a la Construcción y Explotación de una
Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa

Índice

Artículo 1	Creación de la instalación	4
Artículo 2	Nombre y sede	4
Artículo 3	Órganos	4
Artículo 4	Libre circulación de personal y de equipos científicos	5
Artículo 5	Financiación	5
Artículo 6	Contribuciones	6
Artículo 7	Cobertura de los posibles costes en materia de IVA	8
Artículo 8	Acuerdos con otros usuarios	8
Artículo 9	Propiedad intelectual	9
Artículo 10	Escolarización	9
Artículo 11	Controversias	9
Artículo 12	Depositario y entrada en vigor	10
Artículo 13	Adhesión	11
Artículo 14	Plazo de vigencia	11
Artículo 15	Desmantelamiento	12
Artículo 16	Enmiendas al Anexo y a los Documentos Técnicos	12

Los Gobiernos de

la República Federal de Alemania,
la República de Austria,
la República Popular China,
la República Eslovaca,
la República de Eslovenia,
el Reino de España,
la República de Finlandia,
la República Francesa,
la República Helénica,
la República de la India,
la República Italiana,
la República de Polonia,
el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte,
Rumania,
la Federación de Rusia,
el Reino de Suecia,

denominados en lo sucesivo "las Partes Contratantes",

Deseosos de seguir consolidando la posición que ocupan Europa y los países de las Partes Contratantes en la investigación mundial, así como de intensificar la cooperación científica interdisciplinaria y transfronteriza;

Reconociendo que un sistema acelerador técnicamente innovador y único a escala internacional tendrá en el futuro una gran relevancia para la realización de investigación de vanguardia en numerosos ámbitos científicos relativos a la estructura básica de la materia y áreas afines;

Esperando que otros países participen en las actividades que se abordarán conjuntamente en el marco del presente Convenio;

Habiendo decidido impulsar la construcción y explotación de una Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa para su uso por parte de la comunidad científica internacional, según criterios de excelencia científica;

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1
Creación de la instalación

(1) La construcción y explotación de la Instalación para la Investigación con Iones y Anti-protones en Europa descrita en el Documento Técnico 1, denominada en lo sucesivo la "instalación FAIR", se encomendarán a una sociedad de responsabilidad limitada, en lo sucesivo "la Sociedad", la cual estará sujeta al Derecho alemán, a menos que se disponga otra cosa en el presente Convenio. Los Estatutos de la Sociedad se adjuntan al presente Convenio como Anexo (sin especificar las participaciones ni los nombres de los Socios). La Sociedad únicamente realizará actividades con fines pacíficos.

(2) Los Socios de la Sociedad serán organismos adecuados, designados al efecto por cada Parte Contratante. Cada Parte Contratante designará a dichos Socios mediante notificación escrita debidamente cursada a y recibida por las restantes Partes Contratantes.

(3) La Sociedad y la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH colaborarán en la construcción, puesta en funcionamiento y explotación de la instalación FAIR sobre la base de acuerdos a largo plazo.

Artículo 2
Nombre y sede

La Sociedad se denominará "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH) y tendrá su domicilio social en Darmstadt.

Artículo 3
Órganos

(1) Los órganos de la Sociedad serán la Junta General, en lo sucesivo "la Junta", y los Directores Gerentes, quienes forman colectivamente el Consejo de Administración.

(2) Los Delegados en la Junta serán nombrados y cesados de acuerdo con un procedimiento establecido por las Partes Contratantes interesadas.

Artículo 4

Libre circulación de personal y de equipos científicos

- (1) Cada Parte Contratante, de conformidad con los requisitos impuestos por su legislación nacional y dentro de su jurisdicción, facilitará la libre circulación y residencia de los nacionales de las Partes Contratantes que sean empleados de la Sociedad, que hayan sido destinados temporalmente a la misma o que realicen labores de investigación utilizando sus instalaciones, así como de los familiares de dichas personas.
- (2) Cada Parte Contratante, dentro de su territorio y de conformidad con las leyes vigentes, facilitará la expedición de documentos de tránsito para la importación y exportación temporales de muestras y equipos científicos destinados a la investigación en la que se utilicen las instalaciones de la Sociedad.

Artículo 5

Financiación

- (1) Cada Parte Contratante tendrá la responsabilidad de poner a disposición del o de los Socios que haya designado recursos suficientes para cubrir las contribuciones de dichos Socios a los presupuestos anuales de la Sociedad.
- (2) La construcción de la instalación FAIR dará comienzo sobre la base de los compromisos de financiación que figuran en el Artículo 6, de acuerdo con el documento "Versión modular inicial: un enfoque gradual de la realización de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR)" (*The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), que se adjunta como Parte B del Documento Técnico 1.
- (3) Los costes de construcción serán la suma de todos los gastos de la construcción (gastos de personal, gastos ordinarios y gastos de capital).

(4) Se estima que los costes de construcción de la Versión modular inicial, como se describe en la Parte B del Documento Técnico 1, ascenderán a

1.027 millones de euros
(mil veintisiete millones de euros),

a precios de enero de 2005.

(5) Se adjunta como Documento Técnico 2 un cuadro que muestra los gastos anuales estimados para la construcción y explotación de la instalación FAIR, incluyendo provisiones para el desarrollo ulterior.

(6) El objetivo final sigue siendo la realización de la instalación FAIR tal como se describe en el Informe Técnico Básico (*Baseline Technical Report*), del que se adjunta un resumen como Parte A del Documento Técnico 1.

(7) La Junta examinará, al menos anualmente, los costes reales y previstos de la construcción. Si en algún momento la Junta, teniendo en cuenta los costes previstos señalados anteriormente y las especificaciones recogidas en el Documento Técnico 2, considerase inviable la finalización satisfactoria de la instalación FAIR, dicho órgano, con el asesoramiento de los Directores Gerentes, adoptará medidas de reducción de costes.

(8) La Junta, por unanimidad, podrá aprobar una modificación de los costes de construcción.

(9) En el Documento Técnico 2 figura una estimación de los costes anuales de explotación, a pleno rendimiento, de la instalación FAIR.

Artículo 6 Contribuciones

(1) La Parte Contratante alemana pondrá a disposición de la Sociedad, con carácter gratuito y listas para edificar, las parcelas situadas en Darmstadt que se indican en el mapa del emplazamiento, adjunto como Documento Técnico 3.

(2) En el momento de firmar el presente Convenio, las Partes Contratantes se comprometerán a realizar las siguientes contribuciones a los costes de construcción, en efectivo y/o en especie (todos los importes corresponden a precios de enero de 2005):

la República Federal de Alemania,	705,00 millones de euros,
la República de Austria,	
la República Popular China,	
la República Eslovaca,	
la República de Eslovenia,	12,00 millones de euros,
el Reino de España,	11,87 millones de euros,
la República de Finlandia,	5,00 millones de euros,
la República Francesa,	27,00 millones de euros,
la República Helénica,	
la República de la India,	36,00 millones de euros,
la República Italiana,	
la República de Polonia,	23,74 millones de euros,
el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte,	
Rumania,	11,87 millones de euros,
la Federación de Rusia,	178,05 millones de euros,
el Reino de Suecia,	10,00 millones de euros.

(3) Las Partes Contratantes esperan que durante el periodo de construcción se realicen esfuerzos adicionales, de forma que la realización de la instalación FAIR pueda llevarse a cabo tal como se recoge en el Informe Técnico Básico.

(4) El procedimiento para la aceptación de contribuciones en especie y el correspondiente sistema de evaluación figuran en el Documento Técnico 4 adjunto al presente Convenio.

(5) El uso de la instalación FAIR por parte de la comunidad científica de una determinada Parte Contratante exige que el o los Socios de dicha Parte Contratante contribuyan adecuadamente a sufragar los costes de explotación de la instalación FAIR. El plan de reparto correspondiente será acordado por la Junta dentro de los tres años siguientes al comienzo del periodo de construcción.

(6) Las Partes Contratantes velarán por que sus Socios contribuyan a los costes de explotación según el plan acordado.

(7) Los cambios en la contribución a los costes de construcción y a los costes de explotación, la admisión de nuevos Socios, el aumento de las participaciones en poder de un Socio preexistente, así como el traspaso de participaciones o partes de las participaciones de la Sociedad mencionada en el Artículo 1, se registrarán por los Estatutos, adjuntos como Anexo, los cuales facultan a la Junta para decidir sobre tales asuntos.

Artículo 7

Cobertura de los posibles costes en materia de IVA

(1) La Sociedad estará sujeta a la normativa general del Impuesto sobre el Valor Añadido (IVA), con arreglo a la legislación alemana.

(2) Cuando las contribuciones de un Socio a los costes de construcción y a los costes de explotación estén sujetas al IVA, dicho IVA será sufragado por la Parte Contratante que recaude el impuesto.

(3) Cuando las contribuciones de un Socio a los costes de construcción y a los costes de explotación no estén sujetas al IVA y ello conlleve una exclusión o una reducción del derecho de la Sociedad a deducir el IVA pagado por la misma a terceros o a reclamar su devolución, dicho IVA no deducible será sufragado por la Parte Contratante que recaude el impuesto.

Artículo 8

Acuerdos con otros usuarios

La Sociedad, mediante la aprobación por unanimidad de la Junta, podrá formalizar acuerdos con Gobiernos o grupos de Gobiernos que no se adhieran al presente Convenio, o con instituciones u organizaciones dependientes de los mismos, para la utilización a largo plazo de la instalación FAIR.

Artículo 9
Propiedad intelectual

(1) De conformidad con los objetivos del presente Convenio, se entenderá por "propiedad intelectual" lo establecido en el Artículo 2 del Convenio que establece la Organización Mundial de la Propiedad Intelectual, firmado el 14 de julio de 1967.

(2) En lo tocante a cuestiones de Propiedad Intelectual, las relaciones entre las Partes Contratantes se regirán por la legislación nacional de los países de las Partes Contratantes, así como sobre la base de las correspondientes disposiciones de los acuerdos sobre cooperación en materia de ciencia y tecnología celebrados entre la Comunidad Europea y las Partes Contratantes no miembros de la UE.

Artículo 10
Escolarización

La Parte Contratante alemana apoyará las gestiones encaminadas a que los hijos del personal de la Sociedad, o del personal que haya sido temporalmente destinado a la misma o preste en ella sus servicios, puedan asistir a las escuelas internacionales públicas o privadas de la República Federal de Alemania.

Artículo 11
Controversias

(1) Las Partes Contratantes tratarán de solventar mediante negociaciones toda controversia relativa a la interpretación o aplicación del presente Convenio.

(2) Cuando las Partes Contratantes no logren alcanzar un acuerdo sobre la resolución de la controversia, cualquiera de las Partes Contratantes afectadas podrá someter dicha controversia a la decisión de un tribunal de arbitraje.

(3) Cada Parte Contratante que sea parte en la controversia designará un árbitro; no obstante, si la controversia surge entre una de las Partes Contratantes y otras dos o más Partes Contratantes, éstas últimas elegirán un árbitro de común acuerdo. Los árbitros así designados elegirán a un nacional de un país distinto de los países de las Partes Contratantes que sean partes en la controversia, a fin de que actúe como árbitro principal y asuma las fun-

ciones de Presidente del tribunal de arbitraje, con voto de calidad en caso de empate entre los votos de los árbitros. Los árbitros serán designados en el plazo máximo de dos meses a partir de la fecha en que se solicite el arbitraje, y el Presidente dentro de los tres meses siguientes a dicha fecha.

(4) Cuando se incumplan los plazos especificados en el apartado anterior y no se convenga otra cosa, cada parte en la controversia podrá solicitar al Presidente del Tribunal de Justicia de la Unión Europea o, en su caso, al Presidente de la Corte Internacional de Justicia, que efectúe los nombramientos necesarios.

(5) El tribunal de arbitraje adoptará sus decisiones por mayoría simple.

(6) El tribunal de arbitraje adoptará sus decisiones sobre la base del apartado 1 del Artículo 38 del Estatuto de la Corte Internacional de Justicia. Sus decisiones serán vinculantes.

(7) El tribunal establecerá sus normas de procedimiento con arreglo a lo dispuesto en el Capítulo III del Título IV de la Convención para el Arreglo Pacífico de los Conflictos Internacionales, firmada en La Haya el 18 de octubre de 1907.

(8) Cada parte en la controversia soportará sus propios costes, así como los costes del arbitraje a partes iguales.

(9) El tribunal basará sus decisiones en las normas jurídicas que sean aplicables a la controversia en cuestión.

Artículo 12

Depositario y entrada en vigor

(1) El presente Convenio entrará en vigor el primer día del segundo mes posterior a la fecha en que todos los Gobiernos signatarios hayan notificado al Gobierno de la República Federal de Alemania, como depositario del presente Convenio, que han concluido sus procedimientos nacionales de aprobación.

(2) El Gobierno de la República Federal de Alemania informará sin demora a todos los Gobiernos signatarios de la fecha de cada notificación prevista en el apartado anterior, así como de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio.

(3) Antes de la entrada en vigor del presente Convenio, las Partes Contratantes podrán acordar la aplicación provisional de la totalidad o de una parte de los artículos contenidos en el presente Convenio.

Artículo 13 Adhesión

(1) Tras la entrada en vigor del presente Convenio, cualquier Gobierno podrá adherirse al mismo con el consentimiento de todas las Partes Contratantes y de conformidad con las condiciones negociadas. Las condiciones de adhesión serán objeto de un acuerdo entre las Partes Contratantes y el Gobierno o grupo de Gobiernos que se adhieran.

(2) Los Gobiernos que firmen el presente Convenio dentro de los doce meses siguientes a la firma inicial del mismo lo harán en las mismas condiciones que las Partes Contratantes.

Artículo 14 Plazo de vigencia

(1) El presente Convenio se concluye por un periodo inicial que finalizará el 31 de diciembre de 2025 y, después de esa fecha, continuará vigente por periodos sucesivos de diez años cada uno, previa confirmación de la orientación científica y técnica de la instalación FAIR para cada nuevo periodo de diez años, sobre la base de un informe de revisión aprobado por la Junta de la Sociedad.

(2) Cualquier Parte Contratante podrá retirarse del presente Convenio con un preaviso de tres años, que será notificado al Gobierno de la República Federal de Alemania. La retirada sólo surtirá efecto el 31 de diciembre de 2025 o al término de cada periodo sucesivo de diez años.

(3) El presente Convenio permanecerá vigente para las restantes Partes Contratantes. Las condiciones y efectos de la retirada del Convenio de una Parte Contratante, concretamente su participación en los costes de desmantelamiento de las instalaciones y edificios de la Sociedad y la compensación de pérdidas, se resolverán mediante acuerdo entre las Partes Contratantes antes de que surta efecto la retirada de la Parte Contratante.

Artículo 15
Desmantelamiento

La Parte Contratante alemana asumirá los costes de desmantelamiento de la instalación FAIR que superen la cantidad equivalente al doble de la media del presupuesto anual de explotación de los últimos cinco años de funcionamiento.

Artículo 16
Enmiendas al Anexo y a los Documentos Técnicos

(1) Las Partes Contratantes acuerdan que el Anexo al presente Convenio, así como los Documentos Técnicos, podrán enmendarse por decisión de la Junta de la Sociedad, sin que exista obligación de revisar el Convenio, siempre que tales enmiendas no entren en conflicto con lo dispuesto en el mismo. Las enmiendas al Anexo requerirán la aprobación unánime de la Junta de la Sociedad.

(2) El presente Convenio incluye el siguiente Anexo como parte integrante del mismo:

Estatutos de la "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH).

Además, el Convenio hace referencia a los siguientes Documentos Técnicos:

Documento Técnico 1: Descripción de la instalación FAIR por construir y las fases de construcción (Parte A) y Versión modular inicial: un enfoque gradual de la realización de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR) (Parte B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Documento Técnico 2: Desglose detallado de los costes de construcción y cuadro que recoge el gasto anual estimado para la construcción y la explotación (*Detailed breakdown of the construction costs*

and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation),

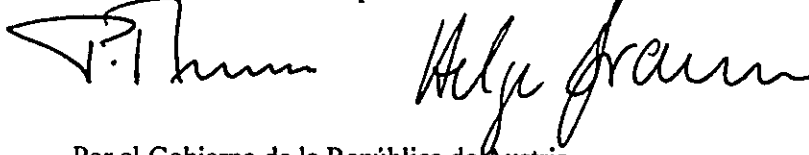
Documento Técnico 3: Mapa del emplazamiento en que se construirá la instalación FAIR (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Documento Técnico 4: Procedimiento para la aceptación de contribuciones en especie y el correspondiente sistema de evaluación (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

En fe de lo cual, los representantes infrascritos, debidamente autorizados a tal efecto por sus Gobiernos respectivos, han firmado el presente Convenio.

Hecho en Wiesbaden el 4 de octubre de 2010, en alemán, español, francés, inglés y ruso, excepto los Documentos Técnicos, únicamente redactados en lengua inglesa, siendo todos los textos igualmente auténticos, en un solo original que se depositará en los archivos del Gobierno de la República Federal de Alemania, el cual remitirá copia certificada a todas las Partes Contratantes y Gobiernos que se adhieran, y les notificará posteriormente cualquier enmienda que se introduzca.

Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

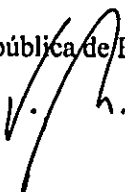


Por el Gobierno de la República de Austria

Por el Gobierno de la República Popular China

Por el Gobierno de la República Eslovaca

Por el Gobierno de la República de Eslovenia



Por el Gobierno del Reino de España

Por el Gobierno de la República de Finlandia

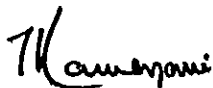


Por el Gobierno de la República Francesa



Por el Gobierno de la República Helénica

Por el Gobierno de la República de la India



Por el Gobierno de la República Italiana

Por el Gobierno de la República de Polonia

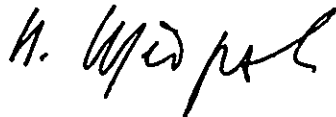


Por el Gobierno del Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte

Por el Gobierno de Rumania



Por el Gobierno de la Federación de Rusia



Por el Gobierno del Reino de Suecia



- 16 -

Anexo del Convenio FAIR

Estatutos

de la

"Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH"
(FAIR GmbH)

Los infrascritos

[Organismos de financiación]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Denominados en lo sucesivo “los Socios” (“*Gesellschafter*” en el sentido de la Ley alemana de Sociedades de Responsabilidad Limitada);

Visto el Convenio relativo a la Construcción y Explotación de una Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa, denominado en lo sucesivo “el Convenio”, firmado en [indicar el lugar] el [indicar la fecha de la firma] por las Partes Contratantes, enumeradas en el preámbulo del Convenio y denominadas en lo sucesivo “las Partes Contratantes”;

Constatando que la organización [indicar el nombre] de [indicar el país] y la organización [indicar el nombre] de [indicar el país] han creado un consorcio [indicar el nombre] para participar en la Sociedad, y que las organizaciones [número y nombres] han creado un consorcio [indicar el nombre] para participar en la Sociedad, y que, aun habiendo firmado todas las organizaciones los presentes Estatutos, sólo el consorcio [indicar el nombre], representado por [indicar el nombre], y el consorcio [indicar el nombre], representado por [indicar el nombre], son Socios de la Sociedad;

Acuerdan crear una sociedad de responsabilidad limitada (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) sujeta al Derecho alemán, en especial a la Ley alemana de Sociedades de Responsabilidad Limitada (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), con el nombre de “Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH” (FAIR GmbH), denominada en lo sucesivo “la Sociedad”.

Índice

Capítulo I	Disposiciones generales
Artículo 1	Nombre, domicilio social, ejercicio financiero, definición de "PARTICIPACIÓN"
Artículo 2	Relación con la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Artículo 3	Objetivos
Artículo 4	Carácter de interés público
Artículo 5	Capital social
Artículo 6	Socios
Artículo 7	Órganos
Capítulo II	La Junta
Artículo 8	Miembros de la Junta
Artículo 9	Presidente y Vicepresidente de la Junta
Artículo 10	Reuniones de la Junta
Artículo 11	Atribuciones de la Junta
Artículo 12	Procedimiento de votación, acuerdos
Capítulo III	Gestión de la Sociedad
Artículo 13	Directores Gerentes y Consejo de Administración
Artículo 14	Representación de la Sociedad
Artículo 15	Competencias de los Directores Gerentes
Capítulo IV	Cooperación entre la Sociedad y los Socios
Artículo 16	Definiciones
Artículo 17	Propiedad intelectual
Artículo 18	Inveniones
Artículo 19	Confidencialidad
Capítulo V	Comité
Artículo 20	Consejo Científico
Capítulo VI	Disposiciones financieras
Artículo 21	Cuentas anuales
Artículo 22	Derechos de auditoría de los Socios

Capítulo VII	Modificaciones de las PARTICIPACIONES
Artículo 23	Admisión de nuevos Socios y transferencia de PARTICIPACIONES
Artículo 24	Rescate o asignación forzosa de PARTICIPACIONES
Artículo 25	Retirada de un Socio
Capítulo VIII	Extinción de la Sociedad
Artículo 26	Liquidación de la Sociedad o modificación de sus objetivos
Capítulo IX	Otras disposiciones
Artículo 27	Responsabilidad
Artículo 28	Legislación aplicable
Artículo 29	Entrada en vigor
Artículo 30	Idiomas
Artículo 31	Divisibilidad
Artículo 32	Anuncios oficiales

Capítulo I
Disposiciones generales

Artículo 1

Nombre, domicilio social, ejercicio financiero, definición de "PARTICIPACIÓN"

(1) La Sociedad es una sociedad de responsabilidad limitada (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) con el nombre

"Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH).

(2) La Sociedad tendrá su domicilio social en Darmstadt (República Federal de Alemania).

(3) El ejercicio financiero coincidirá con el año natural. El primer año de actividad será un ejercicio breve que finalizará el 31 de diciembre de dicho año.

(4) De aquí en adelante, la palabra "PARTICIPACIÓN" (en letras mayúsculas) ("*Geschäftsanteil*" en el sentido de la *GmbHG*) significará la fracción de la Sociedad que un Socio ha suscrito al realizar su aportación social ("*Stammeinlage*" en el sentido de la *GmbHG*). El valor de la PARTICIPACIÓN vendrá dado por la correspondiente fracción del capital social suscrita por el Socio (véase el Artículo 5).

Artículo 2

Relación con la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

La Sociedad y la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH de Darmstadt colaborarán estrechamente en la construcción, puesta en funcionamiento y explotación de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (en lo sucesivo la "instalación FAIR") sobre la base de acuerdos a largo plazo.

Artículo 3

Objetivos

(1) La Sociedad perseguirá, exclusiva y directamente, objetivos de interés público, en el sentido del capítulo del Código Fiscal alemán (*Abgabenordnung – AO*) titulado "Objetivos

que conllevan ventajas fiscales" ("*Steuerbegünstigte Zwecke*"). Los objetivos de la Sociedad serán el avance de la ciencia y de la investigación.

(2) Dichos objetivos se llevarán a cabo, en particular, mediante:

- a) la construcción, explotación y posterior desarrollo de la instalación FAIR, incluidas la investigación y desarrollo específicos de la instalación; y
- b) la investigación y el desarrollo científicos con iones y antiprotones realizados mediante la utilización de la instalación FAIR.

(3) La Sociedad podrá asumir otras tareas asociadas con la investigación y el desarrollo técnico, tales como la transferencia de tecnología, los programas de educación científica y el desarrollo de aceleradores, maquinaria científica y equipamiento para fines de investigación.

(4) En principio, los resultados de los trabajos de investigación emprendidos en la Sociedad, y/o por la misma, se pondrán a disposición del público en general mediante su publicación o por otros medios.

Artículo 4

Carácter de interés público

(1) La Sociedad actuará sin ánimo de lucro; no perseguirá primordialmente sus propios intereses económicos.

(2) Los fondos y recursos de la Sociedad se utilizarán exclusivamente para alcanzar los objetivos establecidos en el Artículo 3. Los Socios no tendrán participación en los beneficios ni recibirán ninguna otra asignación que proceda de los fondos y recursos de la Sociedad.

(3) Nadie podrá resultar favorecido mediante desembolsos no relacionados con los objetivos de la Sociedad ni mediante remuneraciones desproporcionadamente elevadas.

Artículo 5
Capital social

El capital social de la Sociedad ("*Stammkapital*" en el sentido de la *GmbHG*) ascenderá a 25.000,00 euros (veinticinco mil euros).

Artículo 6
Socios

(1) Con arreglo al Convenio y a las contribuciones de las respectivas Partes Contratantes, cada Socio suscribirá una o más PARTICIPACIONES con el siguiente importe nominal total ("*Nennbetrag*" en el sentido de la *GmbHG*), en función de su contribución proporcional a los costes de construcción:

Número de serie de la PARTICIPACIÓN	Socio	Importe nominal en euros y porcentaje del capital social total
	[]	€ _____ %
	[]	€ _____ %
	[]	€ _____ %
	[]	€ _____ %
	[]	€ _____ %
	[]	€ _____ %

(2) Cada Socio suscribirá, al menos, un 1% del capital social. Las aportaciones sociales ("*Stammeinlagen*" en el sentido de la *GmbHG*) se pagarán en efectivo y su importe total será pagadero en el momento de constituirse la Sociedad.

Artículo 7
Órganos

Los Órganos de la Sociedad serán:

- a) la Junta General ("*Gesellschafterversammlung*" en el sentido de la *GmbHG*), denominada en lo sucesivo "la Junta"; y
- b) los Directores Gerentes ("*Geschäftsführer*" en el sentido de la *GmbHG*).

Capítulo II
La Junta

Artículo 8
Miembros de la Junta

Los Socios de cada Parte Contratante podrán estar representados en la Junta por un máximo de dos delegados, quienes actuarán como representantes de todos los Socios de dicha Parte Contratante. Los delegados en la Junta serán nombrados y cesados por la totalidad de los Socios de cada Parte Contratante de que se trate. Los Socios de cada Parte Contratante informarán al Presidente de la Junta, por escrito y sin dilación, de cualquier nombramiento o cese de sus delegados en la Junta.

Artículo 9
Presidente y Vicepresidente de la Junta

La Junta elegirá un Presidente y un Vicepresidente de entre las delegaciones de los Socios de Partes Contratantes diferentes, por un mandato no superior a dos años. Tras la elección, el Presidente y el Vicepresidente pasarán a ser *supra partes* y abandonarán sus respectivas delegaciones. Ambos podrán ser reelegidos una sola vez para un segundo mandato consecutivo no superior a dos años.

Artículo 10
Reuniones de la Junta

- (1) La Junta se reunirá al menos dos veces al año.
- (2) Las reuniones de la Junta serán convocadas por su Presidente.
- (3) Las reuniones de la Junta también serán convocadas a instancia de, como mínimo, dos Socios de Partes Contratantes diferentes. Podrán, además, convocarse reuniones extraordinarias de la Junta, a instancia de los Directores Gerentes, cuando así lo exija el interés de la Sociedad.

Artículo 11
Atribuciones de la Junta

(1) Salvo disposición en contrario de los presentes Estatutos, la Junta será responsable en todos los casos legalmente previstos. La Junta podrá impartir instrucciones a los Directores Gerentes.

(2) Los asuntos siguientes requerirán la aprobación por unanimidad de la Junta:

- a) la admisión de nuevos Socios;
- b) la transferencia ("*Übertragung*" en el sentido de la *GmbHG*) de PARTICIPACIONES o partes de las mismas entre Socios de distintas Partes Contratantes;
- c) el aumento del capital social;
- d) la modificación de los presentes Estatutos;
- e) las fusiones o escisiones de la Sociedad;
- f) la disolución de la Sociedad;
- g) las normas financieras de la Sociedad;
- h) los acuerdos con Gobiernos o grupos de Gobiernos que no se adhieran al Convenio, o con instituciones u organizaciones dependientes de los mismos, para la utilización a largo plazo de la instalación FAIR;
- i) el plan de reparto de los costes de explotación, conforme a lo dispuesto en el apartado 5 del Artículo 6 del Convenio.

(3) Los asuntos siguientes requerirán la aprobación por mayoría cualificada de la Junta:

- a) la elección de su Presidente y Vicepresidente;
- b) el programa científico a medio plazo;

- c) el presupuesto anual, la planificación de recursos (financieros y de personal) y las previsiones financieras a medio plazo;
 - d) la aprobación de las cuentas anuales ("*Jahresabschluss*" en el sentido de la *GmbHG*);
 - e) el nombramiento, las condiciones de contratación y el cese de los Directores Gerentes;
 - f) la creación de comités;
 - g) la política de asignación del tiempo de utilización del haz de radiación en los sistemas experimentales;
 - h) los acuerdos a corto y medio plazo con organizaciones científicas nacionales o internacionales para la utilización de los equipos e instalaciones científicas de la Sociedad;
 - i) las normas de contratación;
 - j) el reglamento de la Junta;
 - k) el rescate ("*Einziehung*" en el sentido de la *GmbHG*) o la asignación de PARTICIPACIONES o partes de las mismas.
- (4) Los acuerdos a largo plazo con la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, mencionados en el Artículo 2 de los presentes Estatutos, exigirán en su versión inicial la aprobación por unanimidad de la Junta. Las decisiones posteriores sobre acuerdos a largo plazo existentes con la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH y las modificaciones de dichos acuerdos exigirán la aprobación de la Junta por mayoría cualificada.
- (5) Todos los demás acuerdos de la Junta requerirán mayoría simple, salvo que la legislación vigente o los presentes Estatutos dispongan otra cosa.
- (6) Los acuerdos sobre cuestiones relacionadas con los requisitos legales vigentes en la República Federal de Alemania en materia de seguridad y salud públicas, autorizaciones y protección del medio ambiente no podrán contravenir la legislación alemana.

Artículo 12

Procedimiento de votación, acuerdos

- (1) Cada euro (1 €) de capital social conferirá a su titular el derecho a un voto. Todos los Socios tendrán la oportunidad de ejercer su derecho a voto. Cada Socio solamente podrá emitir la totalidad de sus votos en un único bloque, a través de los delegados designados a tal fin por el Socio respectivo. Los Socios designados por una única Parte Contratante sólo podrán emitir sus votos conjuntamente y en un único bloque.
- (2) Una "mayoría simple" supone el 50% de los votos emitidos y que no voten en contra los Socios de más de la mitad de las Partes Contratantes.
- (3) Una "mayoría cualificada" supone una mayoría de al menos el 75% de los votos emitidos y que no voten en contra los Socios de más de la mitad de las Partes Contratantes.
- (4) La "unanimidad" equivale al voto favorable de un mínimo del 90% de los votos emitidos, con ausencia de votos en contra.
- (5) El quórum para las reuniones de la Junta sólo se alcanzará cuando estén representados dos tercios del capital social total. Si la representación no alcanza los dos tercios del capital social, se convocará sin demora una nueva reunión de la Junta, con el mismo orden del día. Se considerará que esta nueva reunión de la Junta alcanza el quórum con independencia de la proporción de capital social representado, pero sólo cuando ello se indique expresamente en la invitación a la mencionada nueva reunión de la Junta.

Capítulo III

Gestión de la Sociedad

Artículo 13

Directores Gerentes y Consejo de Administración

- (1) La Sociedad deberá contar, al menos, con dos Directores Gerentes.
- (2) Uno de los Directores Gerentes será un científico que, al mismo tiempo, ocupará el cargo de Presidente del Consejo de Administración; otro será el Director Administrativo. La distribución de competencias entre los Directores Gerentes será establecida por la Junta en el Reglamento del Consejo de Administración.

(3) Los Directores Gerentes serán designados por periodos no superiores a cinco años. El nombramiento, condiciones de contratación y cese de los mismos, así como cualquier modificación o prórroga de sus contratos de trabajo, requerirán la aprobación de la Junta y la firma de su Presidente en nombre de la Sociedad.

Artículo 14
Representación de la Sociedad

La Sociedad estará representada por dos Directores Gerentes, que actuarán de forma conjunta, o por un solo Director Gerente, quien actuará conjuntamente con un apoderado (*"Prokurist"* en el sentido del Código de Comercio alemán (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

Artículo 15
Competencias de los Directores Gerentes

Los Directores Gerentes gestionarán la Sociedad con conciencia profesional y la debida diligencia, en beneficio de la Sociedad y de acuerdo con

- a) el Convenio y la legislación de la República Federal de Alemania, en la medida en que ésta no sea contraria al Convenio,
- b) los presentes Estatutos, incluidas las modificaciones que éstos vayan sufriendo,
- c) el Reglamento del Consejo de Administración, aprobado por la Junta,
- d) las instrucciones y acuerdos de la Junta, y
- e) los acuerdos celebrados entre las Partes Contratantes.

Capítulo IV
Cooperación entre la Sociedad y los Socios

Artículo 16
Definiciones

Las definiciones siguientes se aplicarán en el contexto de los Artículos 17 y 18:

- a) “Conocimiento” significa información, documentación técnica, conocimientos técnicos, software y materiales, con independencia de la forma o el soporte empleados para su divulgación o almacenamiento, y de si son o no objeto de protección.
- b) “Conocimientos previos” significa los conocimientos generados antes de la firma de los presentes Estatutos.
- c) “Conocimientos adquiridos” significa los conocimientos resultantes del trabajo realizado en el marco de las actividades de la Sociedad a partir de la firma de los presentes Estatutos.
- d) “Invención” significa el conocimiento por el cual pueden obtenerse modelos o patentes, es decir, el conocimiento susceptible de aplicación industrial que presente algún rasgo de novedad e implique actividad inventiva.

Artículo 17
Propiedad intelectual

(1) Los Socios concederán a la Sociedad, gratuitamente y sin restricciones, una licencia no exclusiva e intransferible para la utilización de aquellos de sus conocimientos previos, protegidos o no, de los que puedan disponer legalmente y que sean necesarios para su cooperación dentro de la Sociedad.

(2) Los Socios también concederán a la Sociedad, gratuitamente y sin restricciones, una licencia no exclusiva e intransferible para la utilización de aquellos de sus conocimientos adquiridos y otras mejoras, protegidos o no, de los que puedan disponer legalmente y que ellos mismos hayan generado en el marco de su cooperación dentro de la Sociedad.

(3) Excepto en los casos que sean objeto de acuerdos contractuales específicos, toda propiedad intelectual generada por personal de la Sociedad pertenecerá a la Sociedad.

(4) Previa solicitud, la Sociedad concederá a los Socios e instituciones de investigación de financiación pública por ellos designadas una licencia gratuita, no exclusiva e intransferible, para la utilización de su propiedad intelectual en sus actividades de investigación. La licencia podrá concederse a los Socios, en condiciones justas y razonables, para fines que no sean los de investigación. Siempre que lo autorice el Socio interesado, la Sociedad podrá conceder a personas físicas o jurídicas del país o países de dicho Socio una licencia en condiciones justas y razonables para fines que no sean los de investigación, salvo que la Junta decida otra cosa.

(5) Cuando pretenda obtener de terceros una licencia de uso de propiedad intelectual, la Sociedad procurará obtener, por todos los medios a su alcance, el derecho a conceder en el marco de la licencia respectiva sublicencias a cualquiera de los Socios, en los términos del apartado 4.

Artículo 18 Invenciones

(1) En relación con las invenciones realizadas por personal de la Sociedad, ésta aplicará las normas de la Ley alemana sobre Invenciones Laborales (*Gesetz über Arbeitnehmererfindungen – ArbNErfG*). Cuando la Sociedad decida no solicitar una patente en uno o más países, el empleado autor de la invención podrá solicitar, con el consentimiento de la Sociedad, tal protección en su propio nombre, a sus propias expensas y en su propio beneficio.

(2) En relación con las invenciones realizadas por personal que haya sido destinado a la Sociedad por un Socio durante su actividad en la Sociedad, se aplicarán las siguientes disposiciones:

- a) Sin perjuicio de las disposiciones legales o contractuales que sean de aplicación a las invenciones laborales, el Socio remitente será el propietario de todos los derechos sobre aquellas invenciones que únicamente hayan sido realizadas por el empleado desplazado. El Socio remitente tendrá derecho a solicitar en cualquier país, en su propio nombre, a sus propias expensas y en su propio beneficio, las patentes necesarias para proteger dichas invenciones. Tanto la Sociedad como

los demás Socios tendrán derecho a utilizar dichas invenciones gratuitamente para fines de investigación, así como derecho a obtener una licencia de uso para fines distintos de la investigación, en condiciones justas y razonables. Además, el Socio propietario de los derechos no podrá denegar la concesión de una licencia de uso para fines distintos de la investigación, en condiciones justas y razonables, a ninguna persona física o jurídica en el país o países de los Socios, cuando así lo solicite otro Socio. Por acuerdo contractual entre los Socios interesados y la Sociedad, o por decisión de la Junta, podrán especificarse ciertas invenciones para las que un Socio no estará obligado a conceder una licencia a la Sociedad, a otros Socios ni, aun mediando previa solicitud de otro Socio, a ninguna persona física o jurídica en el país de dicho Socio.

- b) La Sociedad recibirá una parte de los ingresos netos generados por todas las licencias concedidas por el propietario de los derechos para fines distintos de la investigación, la cual se calculará teniendo en cuenta las aportaciones respectivas que la Sociedad y la persona desplazada hayan realizado a las invenciones.
- c) Al solicitar derechos de propiedad intelectual y conceder licencias, la Sociedad y los Socios se consultarán recíprocamente en caso de duda y se abstendrán de actuaciones que puedan perjudicar a la Sociedad o a los Socios.
- d) La Sociedad será la propietaria exclusiva de todos los derechos sobre las invenciones realizadas por empleados que hayan sido destinados por un Socio como parte de su contribución en especie a la creación de la Sociedad en colaboración con empleados de la Sociedad o con empleados destinados por otros Socios como parte de sus contribuciones en especie a la creación de la Sociedad.
- e) Cuando las invenciones hayan sido realizadas por un empleado destinado por un Socio en colaboración con empleados destinados por otro Socio, dichas invenciones comunes pertenecerán a ambos Socios, quienes deberán acordar, en cada caso concreto, la forma de compartir y explotar conjuntamente la invención. En estos supuestos será de aplicación lo dispuesto en la letra a).
- f) Salvo que por acuerdo contractual se disponga otra cosa, la Sociedad será la propietaria exclusiva de todos los derechos sobre las invenciones realizadas por empleados destinados por un Socio en colaboración con personal de la Sociedad o con empleados destinados por otro Socio como parte de su contribución en especie a la creación de la Sociedad.

(3) En relación con las invenciones realizadas por personal de la Sociedad en colaboración con personal de un Socio que no haya sido destinado por éste a la Sociedad, dichas invenciones pertenecerán a la Sociedad y al Socio, quienes deberán acordar, en cada caso concreto, la forma de compartir y explotar conjuntamente la invención. Dicho acuerdo debería guiarse por lo dispuesto en el apartado 2.

Artículo 19 Confidencialidad

(1) En relación con terceras partes, los Socios tratarán como confidenciales todas las informaciones y materias que no se hayan publicado y les sean transmitidas de forma confidencial por otro Socio o por la Sociedad. El Socio receptor sólo podrá utilizar dichas informaciones y materias para fines que sean compatibles con los presentes Estatutos y no tengan naturaleza comercial. La revelación de informaciones y materias confidenciales requerirá la autorización expresa y por escrito del Socio que las transmita o de la Sociedad.

(2) La obligación de confidencialidad establecida en el apartado 1 no se aplicará a las materias y los tipos de información siguientes:

- a) los que hayan sido o estén siendo desarrollados por el Socio receptor con independencia de la información recibida;
- b) los que estén comprendidos en el estado de la técnica generalmente accesible, o los que lleguen a estarlo sin la intervención del Socio receptor;
- c) los que obrasen en poder del Socio receptor antes de la revelación; o
- d) los que hayan sido dados a conocer legalmente a un Socio por un tercero que los tuviera legalmente en su poder y no le haya exigido mantener la confidencialidad.

(3) La obligación de confidencialidad establecida en el apartado 1 expirará transcurridos cinco años desde la fecha en que la disolución de la Sociedad sea inscrita en el Registro Mercantil. Los Socios impondrán la misma obligación de confidencialidad a todas sus filiales y subcontratistas, así como a sus empleados y al resto del personal que trabaje para un Socio y que pueda tener acceso a información confidencial.

Capítulo V
Comité

Artículo 20
Consejo Científico

- (1) El Consejo Científico, constituido por miembros externos que sean científicos destacados, asesorará a la Junta y a los Directores Gerentes sobre cuestiones científicas y técnicas de importancia fundamental.
- (2) El Consejo Científico estará integrado por entre 8 y 12 miembros. Dichos miembros serán nombrados por la Junta, a propuesta del Consejo Científico y tras consultar a los Directores Gerentes.
- (3) El Consejo Científico elegirá un presidente. El Consejo Científico adoptará su propio reglamento interno, el cual estará sujeto a la aprobación de la Junta.

Capítulo VI
Disposiciones financieras

Artículo 21
Cuentas anuales

- (1) Dentro de los tres meses siguientes al final del ejercicio financiero, los Directores Gerentes prepararán las cuentas anuales y el informe de gestión ("*Lagebericht*" en el sentido de la *GmbHG*). Las normas del *HGB* relativas a la preparación y auditoría de las cuentas anuales y del informe de gestión de grandes sociedades de capital se aplicarán *mutatis mutandis*.
- (2) Un auditor jurado independiente ("*Abschlussprüfer*" en el sentido del *HGB*) examinará las cuentas anuales y el informe de gestión. El auditor será nombrado mediante acuerdo de la Junta antes de la finalización del ejercicio financiero por inspeccionar. El nombramiento del auditor se realizará anualmente. Se admitirá la redesignación de auditores. Inmediatamente después de su nombramiento, se darán instrucciones al auditor para que, además, inspeccione la adecuada gestión de la Sociedad (§ 53, apartado 1, número 1, de la Ley de Principios Presupuestarios de la Federación y los Länder ("*Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder*" – *HGrG*), de 19 de agosto de

1969¹) y complemente el informe de conformidad con lo establecido en el § 53, apartado 1, número 2, de la *HGrG*.

(3) Inmediatamente después de la recepción del informe de auditoría ("*Prüfungsbericht*" en el sentido del *HGB*), los Directores Gerentes deberán presentar a la Junta una copia de las cuentas anuales, cuyo original deberá ir provisto de las firmas legalmente reconocidas de aquellos, así como el informe de gestión junto con el informe de auditoría, que incluirá una declaración escrita. La Junta resolverá sobre la aprobación de las cuentas anuales dentro de los seis meses siguientes al final del ejercicio financiero.

Artículo 22

Derechos de auditoría de los Socios

Cada Socio tendrá derecho de auditoría cuando así lo exija su legislación nacional a efectos de la financiación pública.

Capítulo VII

Modificaciones de las PARTICIPACIONES

Artículo 23

Admisión de nuevos Socios y transferencia de PARTICIPACIONES

(1) Cuando se produzcan cambios en las contribuciones financieras de una Parte Contratante, los Socios de que se trate realizarán las correspondientes transferencias de PARTICIPACIONES.

(2) La Sociedad estará abierta a la admisión de nuevos Socios que sean designados por la(s) Parte(s) Contratante(s) respectiva(s). La Junta será competente para decidir sobre las condiciones de adhesión de los nuevos Socios.

(3) Salvo que la Junta acuerde otra cosa en el contexto de un aumento del capital social, un nuevo Socio adquirirá PARTICIPACIONES o partes de las mismas de uno o varios de los Socios existentes.

¹ Texto alemán: Boletín Oficial Federal (*Bundesgesetzblatt*) 1969 I, pág. 1273

(4) La adquisición de PARTICIPACIONES o partes de las mismas de alguno de los Socios existentes requerirá la aprobación por unanimidad de la Junta. Se presumirá tal aprobación cuando el Socio que las adquiera y el Socio o Socios que las transfieran hayan sido designados por la misma Parte Contratante.

(5) Las decisiones relativas a la transferencia de PARTICIPACIONES o partes de las mismas surtirán efecto al levantarse acta del correspondiente acuerdo de la Junta y serán declaradas por los Directores Gerentes.

Artículo 24

Rescate o asignación forzosa de PARTICIPACIONES

(1) Se permitirá el rescate de PARTICIPACIONES de un Socio, o de partes de las mismas, previo consentimiento de éste.

(2) Se permitirá el rescate de PARTICIPACIONES de un Socio, o de partes de las mismas, sin el consentimiento de éste, cuando

- a) los activos del Socio sean objeto de un concurso de acreedores o se haya desestimado una solicitud de concurso de acreedores por carencia de activos,
- b) las PARTICIPACIONES del Socio sean objeto de un procedimiento de ejecución, siempre que dicho procedimiento no haya sido suspendido en un plazo de tres meses y/o no se haya procedido aún a la realización de las PARTICIPACIONES dentro de ese plazo,
- c) un Socio infrinja sus obligaciones fundamentales, establecidas en los presentes Estatutos o en los reglamentos internos de la Sociedad, incluido el caso de un retraso de más de tres años en el pago de sus contribuciones en efectivo o en especie.

En dichos casos, el Socio en cuestión no tendrá derecho de voto sobre la decisión de rescate y sus votos no se tendrán en cuenta para la determinación de la mayoría alcanzada. No obstante, tendrá derecho a asistir a la correspondiente reunión de la Junta y a justificarse antes de que se adopte el acuerdo relativo al rescate o la asignación.

(3) Al producirse el rescate, el Socio en cuestión recibirá de la Sociedad una liquidación, que ascenderá al importe nominal de sus PARTICIPACIONES. En los casos previstos en el apartado 2, letras a) y b), un posible comprador no se convertirá en Socio, sino que recibirá una liquidación, que ascenderá al importe nominal de las PARTICIPACIONES de las que se trate.

(4) En lugar del rescate de PARTICIPACIONES, la Junta podrá acordar, por mayoría cualificada, que las PARTICIPACIONES sean asignadas

- a) a uno o varios de los restantes Socios que estén interesados en adquirirlas y añadirlas a sus propias PARTICIPACIONES, o
- b) a un nuevo Socio, en el sentido del Artículo 23, apartado 2,

previo pago de una liquidación, cuyo importe será el previsto en el apartado 3 precedente. También será posible rescatar una parte de las PARTICIPACIONES y asignar la parte restante. La liquidación será abonada por los Socios a quienes les sean asignadas las PARTICIPACIONES o partes de las mismas.

(5) La eficacia de un rescate o de una asignación no dependerá del pago del importe de la liquidación.

(6) Las decisiones relativas al rescate o a la asignación de PARTICIPACIONES o partes de las mismas surtirán efecto al levantarse acta del correspondiente acuerdo de la Junta y serán declaradas por los Directores Gerentes.

Artículo 25 Retirada de un Socio

Un Socio que se retire de la Sociedad sin que ésta haya sido disuelta no podrá reclamar una liquidación superior al importe nominal de sus PARTICIPACIONES.

Capítulo VIII
Extinción de la Sociedad

Artículo 26
Liquidación de la Sociedad o modificación de sus objetivos

(1) En el caso de que un Socio abandone la Sociedad, la Sociedad se disuelva o sus objetivos dejen de conllevar ventajas fiscales los Socios no podrán recuperar una cantidad superior a la suma de su participación desembolsada en el capital social y el valor justo de mercado de sus aportaciones no dinerarias al capital social.

(2) En el caso de que la Sociedad se disuelva o sus objetivos dejen de conllevar ventajas fiscales, los activos de la Sociedad, en la medida en que su valor exceda las participaciones desembolsadas por los Socios en el capital social y el valor justo de mercado de sus aportaciones no dinerarias al capital social, pasarán a la GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, que dedicará dichos activos directa y exclusivamente a objetivos de interés público, o, previa consulta con las autoridades fiscales alemanas competentes, a otro organismo beneficiario de ventajas fiscales o entidad de derecho público, para su uso en el ámbito de la ciencia y la investigación.

Capítulo IX
Otras disposiciones

Artículo 27
Responsabilidad

(1) Los Socios garantizarán que la Sociedad contrate un seguro suficiente para cubrir los daños personales y materiales causados por el personal desplazado o por los científicos y expertos invitados a la Sociedad, en la medida en que tal responsabilidad no esté ya cubierta por otros seguros. Quedarán excluidos los daños causados por conducta dolosa o negligencia grave.

(2) En cuestiones de responsabilidad que no puedan ser resueltas con arreglo a lo dispuesto en el apartado 1, los Socios se consultarán sin demora a efectos de la liquidación de reclamaciones.

Artículo 28
Legislación aplicable

Los presentes Estatutos estarán sujetos a la legislación de la República Federal de Alemania.

Artículo 29
Entrada en vigor

Los presentes Estatutos entrarán en vigor una vez que hayan sido firmados por los Socios y protocolizados ante notario.

Artículo 30
Idiomas

Los presentes Estatutos están redactados en alemán, español, francés, inglés y ruso. La versión alemana se presentará para su inscripción en el Registro Mercantil al tribunal registrador alemán competente.

Artículo 31
Divisibilidad

- (1) Cuando alguna disposición de los presentes Estatutos sea o llegue a ser total o parcialmente nula o carente de efecto, ello no afectará a la validez de las restantes disposiciones contenidas en los mismos.
- (2) Las disposiciones invalidadas serán sustituidas por otras válidas que, en la medida de lo posible, incorporen plenamente el espíritu y el objeto de la disposición carente de efecto.
- (3) Lo anterior también se aplicará en el caso de que los presentes Estatutos no regulen algún asunto que se tuviera el propósito de regular en los mismos.

Artículo 32
Anuncios oficiales

Los anuncios oficiales de la Sociedad, cuando la legislación así lo exija, se publicarán en el Boletín Federal Electrónico alemán ("*Elektronischer Bundesanzeiger*"), así como en el sitio web de la Sociedad y en la publicación oficial pertinente de la Unión Europea.

ACTA FINAL
DE LA CONFERENCIA DE PLENIPOTENCIARIOS
PARA LA CREACIÓN DE UNA INSTALACIÓN
PARA LA INVESTIGACIÓN CON IONES Y ANTIPROTONES EN EUROPA

- (1) Tras debatir las posibles orientaciones futuras para las instalaciones de la Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI), la GSI comenzó, en 2000, a desarrollar el concepto de una instalación para la investigación internacional con iones y antiprotones, situada en el emplazamiento de la GSI en Darmstadt.

Sobre la base de un Informe de Diseño Conceptual (*Conceptual Design Report*) que incorporaba una multitud de contribuciones científicas y técnicas de todo el mundo, el concepto de la instalación fue evaluado y refrendado en 2002 por el Consejo para las Ciencias y Humanidades alemán (*Wissenschaftsrat*).

A la decisión del Gobierno de la República Federal de Alemania, en 2003, de crear la instalación propuesta le siguió el desarrollo de un programa escalonado de construcción y de contenido científico.

Se creó un Comité Directivo Internacional. La reunión constitutiva del Comité Directivo Internacional de la FAIR tuvo lugar el 2 de febrero de 2004.

Para el seguimiento del desarrollo de los programas científicos y de investigación, el diseño técnico, la planificación de la construcción y las actividades de I+D se creó un grupo de trabajo para cuestiones científicas y técnicas (*STI-FAIR*). Con el fin de gestionar la estructura jurídica, financiera y administrativa, los procedimientos y la documentación legal se organizó otro grupo de trabajo para cuestiones administrativas y financieras (*AFI-FAIR*).

En 2004, un gran número de instituciones de diversos países expresaron su interés en participar en la futura instalación FAIR, o en contribuir a la misma, mediante la firma de Cartas de Intenciones.

A finales de febrero de 2007, los Gobiernos de Alemania, Austria, China, España, Finlandia, Francia, Grecia, la India, Italia, Polonia, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte, Rumania, Rusia y Suecia habían suscrito un Memorando de Entendimiento (*Memorandum of Understanding*) que ofrecía la base para la cooperación internacional durante la fase preparatoria de la FAIR.

El 7 de noviembre de 2007, los representantes de diez de las catorce partes en el Memorando de Entendimiento firmaron el Comunicado sobre el inicio oficial de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR) (*Communiqué on the Official Launch of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), en el cual anunciaban conjuntamente el comienzo de la realización del proyecto FAIR.

- (2) Por invitación del Gobierno de la República Federal de Alemania, se celebró en el Palacio de Biebrich de Wiesbaden, el 4 de octubre de 2010, una Conferencia de Plenipotenciarios para la creación de una Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa.
- (3) Los Gobiernos de los siguientes países estuvieron representados por sus correspondientes delegados: la República Federal de Alemania, la República de Austria, la República Popular China, la República Eslovaca, la República de Eslovenia, el Reino de España, la República de Finlandia, la República Francesa, la República Helénica, la República de la India, la República Italiana, la República de Polonia, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte, Rumania, la Federación de Rusia y el Reino de Suecia.
- (4) El Presidente de la Conferencia recibió las credenciales y Plenos Poderes de los Plenipotenciarios, los cuales examinó y halló en buena y debida forma.
- (5) La Conferencia tomó nota del texto del Convenio, incluido su Anexo y los cuatro Documentos Técnicos adjuntos, enumerados a continuación:

Anexo: Estatutos de la "Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH" (FAIR GmbH),

Documento Técnico 1: Descripción de la instalación FAIR por construir y las fases de construcción (Parte A) y Versión modular inicial: un enfoque gradual de la realización de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR) (Parte B) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Documento Técnico 2: Desglose detallado de los costes de construcción y cuadro que recoge el gasto anual estimado para la construcción y la explotación (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),

Documento Técnico 3: Mapa del emplazamiento en que se construirá la instalación FAIR (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Documento Técnico 4: Procedimiento para la aceptación de contribuciones en especie y el correspondiente sistema de evaluación (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

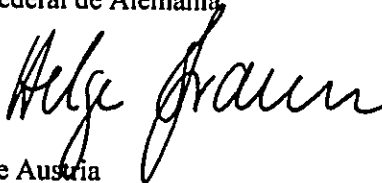
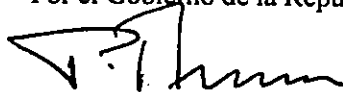
- (6) Siguiendo la recomendación del Comité Directivo Internacional de la FAIR, la Conferencia adoptó el texto del Convenio relativo a la Construcción y Explotación de una Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa, incluido su Anexo, que forma parte integrante del Convenio.
- (7) La Conferencia acordó que se aplicase provisionalmente el Convenio hasta su entrada en vigor, siempre que dicha aplicación provisional fuera conforme a la legislación nacional de las Partes Contratantes, y, a tal fin, adoptó la Resolución nº 1, que se adjunta a la presente Acta Final.
- (8) La Conferencia acordó que un compromiso mínimo de contribuir a los costes de construcción de la instalación FAIR, en efectivo y/o en especie, con 11,87 millones de euros (a precios de enero de 2005) otorgará a una Parte Contratante el derecho a designar a un organismo idóneo como Socio de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. La Conferencia también acordó que este compromiso mínimo puede ser contraído conjuntamente por varias Partes Contratantes. En este caso los organismos idóneos designados por estas Partes Contratantes deberán constituir un consorcio que actúe como Socio de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. A estos efectos, la Conferencia adoptó la Resolución nº 2, que se adjunta a la presente Acta Final.

- (9) La Conferencia tomó nota de las Declaraciones de
- el Gobierno de la República de Eslovenia,
 - el Gobierno del Reino de España,
 - el Gobierno de la República Francesa,
 - el Gobierno de la República de Polonia,
 - el Gobierno del Reino de Suecia,
- que se adjuntan a la presente Acta Final.
- (10) La Conferencia invitó a todos los Gobiernos signatarios a finalizar lo antes posible sus procedimientos constitucionales, si los hubiera, con vistas a la entrada en vigor del Convenio, y a informar de ello al Gobierno depositario (la República Federal de Alemania).
- (11) La Conferencia acogió con satisfacción que en el plazo de los próximos doce meses otros Gobiernos puedan firmar el Convenio en las condiciones establecidas en el mismo.
- (12) La Conferencia invitó a otros Gobiernos a adherirse al Convenio.

En fe de lo cual, los Plenipotenciarios infrascritos han firmado la presente Acta Final.

Hecho en Wiesbaden el 4 de octubre de 2010, en alemán, español, francés, inglés y ruso, siendo todos los textos igualmente auténticos, en un solo original que se depositará en los archivos del Gobierno de la República Federal de Alemania, el cual remitirá copias certificadas a los Gobiernos que han firmado la presente Acta Final y a los Gobiernos que se conviertan en Partes Contratantes del Convenio.

Por el Gobierno de la República Federal de Alemania,

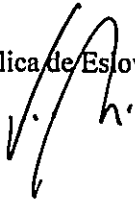


Por el Gobierno de la República de Austria

Por el Gobierno de la República Popular China

Por el Gobierno de la República Eslovaca

Por el Gobierno de la República de Eslovenia



Por el Gobierno del Reino de España

Por el Gobierno de la República de Finlandia



Por el Gobierno de la República Francesa



Por el Gobierno de la República Helénica

Por el Gobierno de la República de la India



Por el Gobierno de la República Italiana

Por el Gobierno de la República de Polonia



Por el Gobierno del Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte

Por el Gobierno de Rumania



Por el Gobierno de la Federación de Rusia



Por el Gobierno del Reino de Suecia



RESOLUCIÓN Nº 1
DE LA CONFERENCIA DE PLENIPOTENCIARIOS
PARA LA CREACIÓN DE UNA INSTALACIÓN
PARA LA INVESTIGACIÓN CON IONES Y ANTIPROTONES EN EUROPA

Aplicación provisional del Convenio FAIR

LA CONFERENCIA

ACUERDA aplicar provisionalmente las cláusulas del Convenio, desde el 4 de octubre de 2010 en adelante, entendiéndose que la entrada en vigor definitiva del Convenio estará supeditada al cumplimiento de los procedimientos constitucionales pertinentes en cada uno de los países respectivos;

INVITA a los Socios designados por las Partes Contratantes, que crean conjuntamente la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH, una sociedad de responsabilidad limitada (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) con arreglo a la legislación alemana, en especial la Ley alemana de Sociedades de Responsabilidad Limitada (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), a firmar sin demora los Estatutos (Anexo al Convenio);

PIDE al Gobierno de la República Federal de Alemania que lleve a cabo los procedimientos necesarios para que la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH se constituya lo antes posible como persona jurídica.

RESOLUCIÓN Nº 2
DE LA CONFERENCIA DE PLENIPOTENCIARIOS
PARA LA CREACIÓN DE UNA INSTALACIÓN
PARA LA INVESTIGACIÓN CON IONES Y ANTIPROTONES EN EUROPA

Compromiso mínimo de contribuir a los costes de construcción que otorga a una Parte Contratante el derecho a designar a un organismo idóneo como Socio de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

LA CONFERENCIA

ACUERDA que un compromiso mínimo de contribuir a los costes de construcción de la instalación FAIR, en efectivo y/o en especie, con 11,87 millones de euros (a precios de enero de 2005) otorgará a una Parte Contratante el derecho a designar a un organismo idóneo como Socio de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH. Este compromiso mínimo puede ser contraído conjuntamente por varias Partes Contratantes. En este caso los organismos idóneos designados por estas Partes Contratantes deberán constituir un consorcio que actúe como Socio de la Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH;

OBSERVA que 11,87 millones de euros corresponden al 1% de una estimación previa de los costes de construcción de la instalación FAIR tal como se describe en la Parte A del Documento Técnico 1, adjunto al Convenio.

DECLARACIÓN DEL GOBIERNO DE LA REPÚBLICA DE ESLOVENIA
EN RELACIÓN CON LA APLICACIÓN PROVISIONAL
DEL CONVENIO

LA CONFERENCIA

TOMA NOTA de la declaración del Gobierno de la República de Eslovenia, cuyo texto es el siguiente:

En relación con la Resolución N° 1 adjunta al Acta Final, en la cual las Partes Contratantes asumen que el Convenio podrá ser aplicado provisionalmente hasta el cumplimiento de los procedimientos constitucionales pertinentes en cada uno de los países de las Partes Contratantes, tras lo cual entrará en vigor, Eslovenia declara por la presente que no podrá aplicar el Convenio con carácter provisional a partir de la fecha de su firma.

El Artículo 72 de la Ley eslovena de Asuntos Exteriores contempla la posibilidad de aplicar un tratado internacional con carácter provisional antes de su entrada en vigor, si bien únicamente en el supuesto de que sea el Gobierno el órgano ratificador de dicho tratado, lo que no es el caso del Convenio en cuestión, por cuanto su ratificación compete a la Asamblea Nacional de la República de Eslovenia.

DECLARACIÓN DEL GOBIERNO DEL REINO DE ESPAÑA
REFERENTE A SUS OBLIGACIONES FINANCIERAS

LA CONFERENCIA

TOMA NOTA de la declaración del Gobierno del Reino de España, cuyo texto es el siguiente:

España desea contribuir como Estado participante en la creación y utilización de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR). Sin embargo, las obligaciones de España, a la firma del Convenio, serán las siguientes:

1. España revisará su participación en la fase de explotación dos años después del inicio de dicha fase, y tendrá la opción de retirarse sin penalización, observando un plazo de preaviso de un año.
2. Si la revisión es satisfactoria, España podrá prolongar su participación por un período adicional de tres años, con sujeción al correspondiente ciclo de revisión, y podrá seguir prorrogando su participación hasta la finalización del proyecto.
3. En el caso de que España mantenga su participación en el proyecto tras su primera revisión, aceptará plenamente su responsabilidad respecto al desmantelamiento de la instalación, con arreglo al Convenio. En caso de que, tras la primera revisión, España decida retirarse, sólo se responsabilizará del cincuenta por ciento de su participación en los costes de desmantelamiento de la instalación, con arreglo al Convenio.

DECLARACIÓN DEL GOBIERNO DE LA REPÚBLICA FRANCESA
EN RELACIÓN CON LA APLICACIÓN PROVISIONAL
Y CON SUS OBLIGACIONES FINANCIERAS

LA CONFERENCIA

TOMA NOTA de la declaración del Gobierno de la República Francesa, cuyo texto es el siguiente:

De acuerdo con la Resolución N° 1 adjunta al Acta Final, en virtud de la cual las Partes Contratantes acuerdan que el Convenio sea aplicado provisionalmente antes de su entrada en vigor, siempre que dicha aplicación provisional sea conforme a la legislación nacional de las Partes Contratantes, Francia declara por la presente que no podrá aplicar el Convenio con carácter provisional a partir de la fecha de su firma. El Artículo 53 de la Constitución de la República Francesa exige que los tratados y acuerdos internacionales sean autorizados por el Parlamento antes de su entrada en vigor cuando, como es el caso, tienen consecuencias financieras que comprometen el erario del Estado.

Con respecto al procedimiento descrito en el Artículo 6, apartado 6, del Convenio, Francia declara que la participación francesa en los gastos anuales de explotación de la instalación FAIR no excederá el 2%.

**DECLARACIÓN DEL GOBIERNO DE LA REPÚBLICA DE POLONIA
REFERENTE A SUS OBLIGACIONES FINANCIERAS**

LA CONFERENCIA

TOMA NOTA de la declaración del Gobierno de la República de Polonia, cuyo texto es el siguiente:

La República de Polonia tomará parte en la construcción de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR) con un importe de 23,74 millones de euros (a precios de 2005). Dicha aportación comprenderá contribuciones tanto en especie como en efectivo. Se conferirá prioridad a la contribución en especie, mientras que la contribución en efectivo no será superior a los 11,87 millones de euros (a precios de 2005).

DECLARACIÓN DEL GOBIERNO DEL REINO DE SUECIA
REFERENTE A SUS OBLIGACIONES FINANCIERAS
Y A LA CONFIDENCIALIDAD

LA CONFERENCIA

TOMA NOTA de la declaración del Gobierno del Reino de Suecia, cuyo texto es el siguiente:

Suecia desea contribuir como Estado participante en la creación y utilización de la Instalación para la Investigación con Iones y Antiprotones en Europa (FAIR). No obstante,

1. La entidad sueca que participe como Socio sueco en la Sociedad FAIR, la cual contribuirá a los gastos de construcción con una aportación de 10 millones de euros (a precios de 2005), será designada por el Gobierno del Reino de Suecia tras aprobación parlamentaria.
2. Suecia intervendrá en la construcción del FAIR a condición de participar en la fase de explotación durante un período mínimo de tres años. No obstante, transcurridos los dos primeros años, Suecia someterá a revisión la continuidad de dicha participación en la fase de explotación, y, tras dicha revisión, tendrá la opción, en su caso, de retirarse sin penalización, observando un plazo de preaviso de un año.
3. Si la revisión es satisfactoria, Suecia podrá ofrecer una prolongación de su participación por un período adicional de tres (o cinco) años, con sujeción al correspondiente ciclo de revisión, y podrá seguir prorrogando su participación hasta la finalización del proyecto.
4. En el caso de que su primera revisión recomiende seguir participando en el proyecto, Suecia aceptará plenamente su responsabilidad respecto al desmantelamiento de la instalación, con arreglo al Convenio.
En caso de que, tras la primera revisión, Suecia decida retirarse, aceptará responsabilizarse del cincuenta por ciento de su participación en los costes de desmantelamiento de la instalación, con arreglo al Convenio.
5. El Artículo 19 de los Estatutos (Anexo del Convenio), relativo a la Confidencialidad, deberá interpretarse de la forma expresada a continuación, con vistas a satisfacer las

exigencias normativas de la Constitución sueca en relación con el principio de acceso público a los documentos:

La entidad sueca que participe como Socio sueco en la Sociedad FAIR (FAIR GmbH, con sede en Alemania) consultará siempre al Socio transmisor de la información antes de tomar cualquier decisión de permitir a terceros el acceso a información confidencial en el sentido del Artículo 19 de los Estatutos. Suecia es consciente de que si, tras realizarse dicha consulta obligatoria y habiendo precisado el Socio que no consiente en la revelación de la información, alguna entidad sueca la revelase, dicha conducta enturbiaría las relaciones entre Suecia y las Partes Contratantes del Convenio.

En este contexto, Suecia recuerda su Ley de Acceso Público a la Información y de Secretos Oficiales de 2009, en concreto el Capítulo 15, Artículo 1, apartado 1, cuyo tenor es el siguiente: "La obligación de secreto se aplicará a toda información relativa a las relaciones de Suecia con otro Estado, o a cualquier otra información referente a otro Estado, organización internacional, entidad, ciudadano, persona jurídica de otro Estado, o a un apátrida, cuando pueda considerarse que la revelación de la información enturbiaría las relaciones internacionales de Suecia o perjudicaría al país de otra manera".

MULT 1383/12-13

КОНВЕНЦИЯ
о сооружении и эксплуатации
Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе

Содержание

Статья 1	Создание установки	4
Статья 2	Наименование и расположение	4
Статья 3	Органы управления	5
Статья 4	Перемещение персонала и научного оборудования	5
Статья 5	Финансирование	5
Статья 6	Вклады	7
Статья 7	Покрытие потенциальных затрат на уплату НДС	8
Статья 8	Договоренности с другими пользователями	9
Статья 9	Интеллектуальная собственность	9
Статья 10	Учебные заведения	9
Статья 11	Урегулирование споров	10
Статья 12	Депозитарий и вступление в силу	11
Статья 13	Присоединение	11
Статья 14	Срок действия	12
Статья 15	Вывод из эксплуатации	12
Статья 16	Поправки к Приложению и Техническим документам	13

Правительства

Австрийской Республики,
Федеративной Республики Германия,
Греческой Республики,
Республики Индия,
Королевства Испания,
Итальянской Республики,
Китайской Народной Республики,
Республики Польша,
Российской Федерации,
Румынии,
Словацкой Республики,
Республики Словения,
Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии,
Финляндской Республики,
Французской Республики,
Королевства Швеция,

далее именуемые «Договаривающиеся Стороны»,

желая дальнейшего укрепления позиции Европы и государств Договаривающихся Сторон в области проводимых в мире исследований и углубления научного трансграничного и междисциплинарного сотрудничества,

признавая, что не имеющий в мире аналогов технически инновационный ускорительный комплекс в будущем будет иметь огромное значение для выполнения передовых исследований в различных областях науки, связанных с изучением фундаментальной структуры материи и смежных областей науки,

ожидая, что и другие государства примут участие в совместной деятельности в соответствии с настоящей Конвенцией,

приняв решение оказать содействие сооружению и эксплуатации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР) в целях его использования международным научным сообществом на основе критериев научного совершенства,

договорились о нижеследующем:

Статья 1 Создание установки

(1) Сооружение и эксплуатация Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР), описанного в Техническом документе № 1 и именуемого в дальнейшем Установка ФАИР, возлагаются на компанию с ограниченной ответственностью, далее именуемую «Компания», действующую в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия, если иное не предусмотрено настоящей Конвенцией. Учредительный договор Компании приведен в качестве приложения к Конвенции (без указания долей и названий Участников). Деятельность Компании направлена исключительно на мирные цели.

(2) Участниками Компании являются соответствующие организации, назначаемые для этой цели Договаривающимися Сторонами. Договаривающиеся Стороны назначают таких Участников путем письменного уведомления, направляемого другим Договаривающимся Сторонам и получаемого ими.

(3) Компания и Центр им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH) будут сотрудничать в сооружении, запуске и эксплуатации Установки ФАИР на основе долгосрочных соглашений.

Статья 2 Наименование и расположение

Компания именуется «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» (FAIR GmbH) и имеет свой зарегистрированный офис в г. Дармштадте.

Статья 3
Органы управления

- (1) Органами управления Компании являются Собрание Участников, далее именуемое «Собрание», и Управляющие Директора, вместе составляющие Правление.
- (2) Члены Собрания назначаются и освобождаются в соответствии с процедурой, определяемой соответствующими Договаривающимися Сторонами.

Статья 4
Перемещение персонала и научного оборудования

- (1) Соблюдая требования законодательства своего государства, каждая Договаривающаяся Сторона в пределах своей юрисдикции способствует перемещению и пребыванию граждан государств Договаривающихся Сторон, которые являются служащими Компании, прикомандированы к ней или выполняют исследования с использованием установок Компании, а также членов их семей.
- (2) Каждая Договаривающаяся Сторона на территории своего государства и в соответствии с действующим законодательством упрощает оформление транзитных документов для временного ввоза и вывоза научного оборудования и образцов, предназначенных для исследований с использованием установок Компании.

Статья 5
Финансирование

- (1) Каждая Договаривающаяся Сторона отвечает за предоставление Участнику/Участникам, которого/которых она назначает, достаточных средств для покрытия вклада Участников в годовой бюджет Компании.
- (2) Сооружение Установки ФАИР начинается на основе финансовых обязательств, изложенных в статье 6 настоящей Конвенции, в соответствии с документом «Модульная стартовая версия – поэтапный подход к реализации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР)» (*The Modularized Start Version –*

A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)), приведенным в разделе В Технического документа № 1.

(3) Расходы на сооружение Установки ФАИР представляют собой сумму из всех затрат на сооружение (стоимость персонала, текущие расходы и капитальные затраты).

(4) Расходы на сооружение Модульной стартовой версии Установки ФАИР, описанной в разделе В Технического документа № 1, оценивается в

1027 млн. евро

(один миллиард двадцать семь миллионов евро)

в ценах января 2005 г.

(5) Таблица, представляющая предполагаемое распределение расходов на сооружение и эксплуатацию Установки ФАИР по годам, включая обеспечение резервных средств на развитие Установки ФАИР, приводится в Техническом документе № 2.

(6) Конечной целью остается реализация Установки ФАИР в том виде, как это описано в Технико-экономическом обосновании (*Baseline Technical Report*), основные положения которого представлены в разделе А Технического документа № 1.

(7) Собрание не менее одного раза в год проверяет фактические и планируемые расходы на сооружение Установки ФАИР. Если в какой-нибудь момент у Собрания возникнет впечатление, что сооружение Установки ФАИР не может быть завершено удовлетворительным образом, с учетом предполагаемых расходов, указанных выше, и спецификаций, изложенных в Техническом документе № 2, то Собрание по рекомендации Управляющих Директоров принимает меры по сокращению расходов.

(8) Собрание единогласным решением может одобрить изменение расходов на сооружение Установки ФАИР.

(9) Оценка годовых эксплуатационных расходов при полномасштабной работе Установки ФАИР представлена в Техническом документе № 2.

Статья 6
Вклады

(1) Германская Договаривающаяся Сторона безвозмездно предоставляет в пользование Компании готовые к строительству площадки в г. Дармштадте, отмеченные на карте, приведенной в Техническом документе № 3.

(2) На момент подписания настоящей Конвенции Договаривающиеся Стороны принимают на себя следующие обязательства по вкладам в расходы на сооружение Установки ФАИР в денежной и/или натуральной форме (все в ценах января 2005 г.):

	от Австрийской Республики;
705,00 млн. евро	от Федеративной Республики Германия;
	от Греческой Республики;
36,00 млн. евро	от Республики Индия;
11,87 млн. евро	от Королевства Испания;
	от Итальянской Республики;
	от Китайской Народной Республики;
23,74 млн. евро	от Республики Польша;
178,05 млн. евро	от Российской Федерации;
11,87 млн. евро	от Румынии;
	от Словацкой Республики;
12,00 млн. евро	от Республики Словения;
	от Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии;
5,00 млн. евро	от Республики Финляндия;
27,00 млн. евро	от Французской Республики;
10,00 млн. евро	от Королевства Швеция.

(3) Договаривающиеся Стороны предполагают, что в период сооружения будут предприняты дополнительные усилия, позволяющие реализовать Установку ФАИР в соответствии с Техничко-экономическим обоснованием.

(4) Процедура принятия вкладов в натуре и соответствующий метод оценки описываются в прилагаемом к этой Конвенции Техническом документе № 4.

(5) Эксплуатация Установки ФАИР научным сообществом Договаривающейся Стороны предполагает, что Участник/Участники от государства этой Договаривающейся Стороны участвует/участвуют надлежащим образом в покрытии эксплуатационных расходов Установки ФАИР. Соответствующая схема распределения согласовывается Собранием не позднее, чем через три года после начала периода сооружения.

(6) Договаривающиеся Стороны обеспечивают внесение своими Участниками вкладов в эксплуатационные расходы в соответствии с согласованной схемой.

(7) Изменения размеров вкладов в расходы на сооружение и эксплуатацию Установки ФАИР, прием новых Участников, увеличение доли, имеющейся у существующего Участника, а также передача доли или частей доли Компании, упомянутой в статье 1 настоящей Конвенции, регулируются Учредительным договором, приведенным в Приложении к настоящей Конвенции, который наделяет Собрание полномочиями по принятию решения по таким вопросам.

Статья 7

Покрытие потенциальных затрат на уплату НДС

(1) Компания обязана соблюдать общие правила по уплате налога на добавленную стоимость (НДС) в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия.

(2) Если вклад Участника в расходы на сооружение Установки ФАИР, а также в расходы на ее эксплуатацию облагаются НДС, то затраты, связанные с уплатой данного НДС, несет та Договаривающаяся Сторона, которая взимает налог.

(3) Если вклад Участника в расходы на сооружение Установки ФАИР, а также в расходы на ее эксплуатацию не облагается НДС и это приводит к исключению из или к сокращению права Компании вычесть или требовать возмещения НДС, уплаченного Компанией третьим сторонам, то этот не подлежащий вычету НДС уплачивается той Договаривающейся Стороной, которая взимает налог.

Статья 8

Договоренности с другими пользователями

Договоренности, касающиеся долгосрочного использования Установки ФАИР Правительствами или группами Правительств, не присоединившимися к настоящей Конвенции, либо учреждениями или организациями таких Правительств или групп Правительств, могут заключаться Компанией с единогласного одобрения Собрания.

Статья 9

Интеллектуальная собственность

(1) В соответствии с целями настоящей Конвенции термин «интеллектуальная собственность» понимается в значении, определенном в статье 2 Конвенции, учреждающей Всемирную организацию интеллектуальной собственности, подписанной 14 июля 1967 г.

(2) В отношениях Договаривающихся Сторон вопросы интеллектуальной собственности регулируются законодательством государств Договаривающихся Сторон, а также на основании соответствующих положений соглашений о сотрудничестве в области науки и технологий между Европейским Сообществом и Договаривающимися Сторонами, не являющимися членами ЕС.

Статья 10

Учебные заведения

Германская Договаривающаяся Сторона содействует усилиям по обеспечению доступа детей персонала Компании или другого персонала, прикомандированного к Компании или участвующего в ее деятельности, к государственным или частным международным учебным заведениям в Федеративной Республике Германия.

Статья 11
Урегулирование споров

(1) Договаривающиеся Стороны стремятся урегулировать путем переговоров любые споры, касающиеся истолкования или применения настоящей Конвенции.

(2) Если Договаривающиеся Стороны не могут достигнуть согласия в урегулировании какого-либо спора, то каждая заинтересованная Договаривающаяся Сторона может передать спор на рассмотрение арбитражного суда.

(3) Каждая Договаривающаяся Сторона, являющаяся участником спора, назначает арбитра; тем не менее, если спор возник между одной из Договаривающихся Сторон и другими двумя или более Договаривающимися Сторонами, то последние выбирают одного общего арбитра. Назначенные таким образом арбитры выбирают гражданина государства, не входящего в число государств Договаривающихся Сторон, являющихся сторонами спора; в качестве посредника, который принимает на себя функции председателя арбитражного суда с правом решающего голоса в случае равного распределения голосов арбитров. Арбитры назначаются в течение двух месяцев с даты подачи запроса об урегулировании спора с помощью арбитража, а председатель – в течение трех месяцев с этой даты.

(4) Если сроки, указанные в предыдущем параграфе настоящей статьи, не соблюдаются и не достигнуто иной договоренности, то каждый участник спора может обратиться к Председателю Суда Европейского Союза или, при необходимости, Председателю Международного Суда с запросом о проведении необходимых назначений.

(5) Арбитражный суд принимает решения простым большинством.

(6) Арбитражный суд принимает решения на основе параграфа 1 статьи 38 Статута Международного Суда. Его решения являются обязательными.

(7) Арбитражный суд определяет свои процессуальные правила в соответствии с главой III раздела IV Конвенции о мирном решении международных столкновений, подписанной в г. Гааге 18 октября 1907 г.

(8) Каждый участник спора несет собственные расходы и равную долю расходов на арбитражное разбирательство.

(9) Арбитражный суд основывает свои решения на правовых нормах, применимых к рассматриваемому спору.

Статья 12

Депозитарий и вступление в силу

(1) Настоящая Конвенция вступает в силу в первый день второго месяца после того, как все подписавшие ее Правительства уведомят Правительство Федеративной Республики Германия как депозитария настоящей Конвенции о выполнении ими внутригосударственных процедур, необходимых для ее утверждения.

(2) Правительство Федеративной Республики Германия незамедлительно проинформирует все подписавшие настоящую Конвенцию Правительства о дате каждого уведомления, указанного в предыдущем параграфе настоящей статьи, и о дате вступления настоящей Конвенции в силу.

(3) До вступления в силу настоящей Конвенции Договаривающиеся Стороны могут договориться о том, что часть или все статьи настоящей Конвенции будут применяться на временной основе.

Статья 13

Присоединение

(1) После вступления в силу настоящей Конвенции любое Правительство может присоединиться к ней с согласия всех Договаривающихся Сторон на согласованных условиях. Условия присоединения должны быть предметом соглашения между Договаривающимися Сторонами и присоединяющимся Правительством или группой Правительств.

(2) Правительства, подписывающие настоящую Конвенцию в пределах двенадцатимесячного периода с момента ее первого подписания, подписывают ее на тех же условиях, что и Договаривающиеся Стороны.

Статья 14
Срок действия

(1) Настоящая Конвенция заключается на первоначальный период, заканчивающийся 31 декабря 2025 г., и остается в силе после этой даты на последующие десятилетние периоды с переутверждением научной и технической направленности Установки ФАИР на каждый очередной десятилетний период на основе письменного отчета о результатах проверки, одобренного Собранием Компании.

(2) Любая Договаривающаяся Сторона может выйти из настоящей Конвенции, направив за три года до выхода соответствующее уведомление Правительству Федеративной Республики Германия. Выход вступает в силу не ранее 31 декабря 2025 г. или в конце каждого последующего десятилетнего периода.

(3) Настоящая Конвенция остается в силе для остальных Договаривающихся Сторон. Условия и последствия выхода Договаривающейся Стороны из настоящей Конвенции, в частности, ее доля в расходах на демонтаж оборудования и зданий Компании и компенсация потерь, должны быть определены соглашением между Договаривающимися Сторонами до вступления в силу выхода Договаривающейся Стороны.

Статья 15
Вывод из эксплуатации

Германская Договаривающаяся Сторона берет на себя расходы по демонтажу Установки ФАИР, превышающие сумму двух годовых эксплуатационных бюджетов Установки ФАИР, исчисляемых на основе среднего значения бюджета за последние пять лет эксплуатации.

Статья 16
Поправки к Приложению и Техническим документам

(1) Договаривающиеся Стороны согласились, что по решению Собрания Компании в Приложение к настоящей Конвенции, а также в Технические документы могут быть внесены поправки без необходимости пересмотра Конвенции при условии, что такие поправки не противоречат настоящей Конвенции. Внесение поправок в

Приложение к настоящей Конвенции требует одобрения Собрания Компании единогласным решением.

(2) Следующее Приложение является неотъемлемой частью настоящей Конвенции:

Учредительный договор Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» (FAIR GmbH)

Кроме того, Конвенция ссылается на следующие Технические документы:

Технический документ № 1: Описание сооружаемой Установки ФАИР и этапов ее сооружения (раздел А) и Модульная стартовая версия – Поэтапный подход к реализации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР) (раздел В) (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Технический документ № 2: Подробная разбивка суммы расходов на сооружение Установки ФАИР и таблица, представляющая план предполагаемого распределения затрат на сооружение и эксплуатацию Установки ФАИР по годам (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),

Технический документ № 3: Карта площадок, на которых Установка ФАИР будет сооружена (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

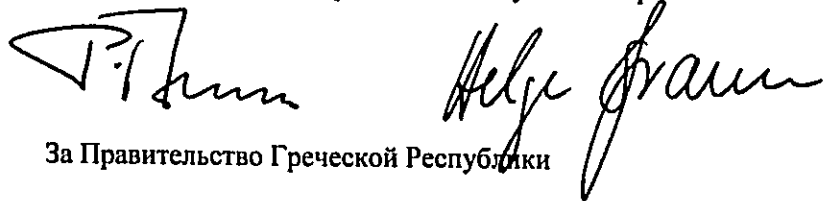
Технический документ № 4: Процедура принятия вкладов в натуре и соответствующий метод оценки (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

В удостоверение чего нижеподписавшиеся представители, должным образом уполномоченные для этой цели своими соответствующими Правительствами, подписали настоящую Конвенцию.

Совершено в г. Висбадене 4 октября 2010 года на английском, испанском, немецком, русском и французском языках, за исключением Технических документов, выполненных только на английском языке, причем все тексты имеют одинаковую силу, в одном экземпляре, подлежащем депонированию в архивах Правительства Федеративной Республики Германия, которое направляет заверенную копию всем Договаривающимся Сторонам и присоединяющимся Правительствам и впоследствии будет уведомлять их о любых поправках.

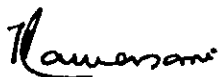
За Правительство Австрийской Республики

За Правительство Федеративной Республики Германия

Two handwritten signatures are present. The one on the left is a stylized signature, likely representing the Austrian representative. The one on the right is a more legible signature, likely representing the German representative.

За Правительство Греческой Республики

За Правительство Республики Индия

A handwritten signature in Devanagari script, likely representing the Indian representative.

За Правительство Королевства Испания

За Правительство Итальянской Республики

За Правительство Китайской Народной Республики

За Правительство Республики Польша



За Правительство Российской Федерации

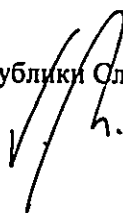


За Правительство Румынии




За Правительство Словацкой Республики

За Правительство Республики Словения



За Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии

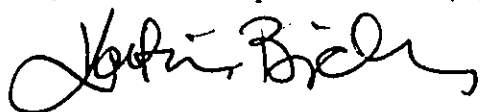
За Правительство Финляндской Республики



За Правительство Французской Республики

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. de Montfermeil', written in a cursive style.

За Правительство Королевства Швеция

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Karl B. ...', written in a cursive style.

ПРИЛОЖЕНИЕ
к Конвенции о ФАИР

Учредительный договор

Компании

«Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH»
(FAIR GmbH)

Нижеподписавшиеся
[финансирующие организации]

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

далее именуемые «Участники» («*Gesellschafter*» по терминологии закона Федеративной Республики Германия «Об обществах с ограниченной ответственностью»),

принимая во внимание Конвенцию о сооружении и эксплуатации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе, далее именуемую «Конвенция», подписанную в [указать место, дату подписания] Договаривающимися Сторонами, указанными в преамбуле Конвенции и далее именуемыми «Договаривающиеся Стороны»,

отмечая, что [указать страну] организация [указать название] и [указать страну] организация [указать название] образовали консорциум [указать название] для участия в Компании и что организации [указать количество и названия] образовали консорциум [указать название] для своего участия в Компании и что, хотя все они и подписали настоящий Учредительный договор, только консорциум [указать название], представленный [указать название организации], и консорциум [указать название] представленный [указать название организации], являются Участниками Компании,

настоящим договорились создать компанию с ограниченной ответственностью (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*) в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия, в частности, с законом Федеративной

Республики Германия «Об обществах с ограниченной ответственностью» (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), а именно компанию с названием «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» (FAIR GmbH), далее именуемую «Компания».

Содержание

Глава I	Общие положения
Статья 1	Наименование Компании, зарегистрированный офис, финансовый год, определение понятия «ДОЛЯ»
Статья 2	Отношения с Центром им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH)
Статья 3	Цели Компании
Статья 4	Общественно-полезный характер деятельности Компании
Статья 5	Уставный капитал
Статья 6	Участники
Статья 7	Органы управления
Глава II	Собрание
Статья 8	Члены Собрания
Статья 9	Председатель и Вице-председатель Собрания
Статья 10	Заседания Собрания
Статья 11	Полномочия Собрания
Статья 12	Процедура голосования, решения
Глава III	Управление Компанией
Статья 13	Управляющие Директора и Правление
Статья 14	Представительство Компании
Статья 15	Компетенции Управляющих Директоров
Глава IV	Сотрудничество между Компанией и Участниками
Статья 16	Определения
Статья 17	Интеллектуальная собственность
Статья 18	Изобретения
Статья 19	Конфиденциальность
Глава V	Комитет
Статья 20	Научный совет
Глава VI	Финансовые вопросы
Статья 21	Годовой финансовый отчет
Статья 22	Права Участников на аудит

Глава VII	Изменения во владении ДОЛЯМИ
Статья 23	Прием новых Участников и передача ДОЛЕЙ
Статья 24	Выкуп или принудительная уступка ДОЛЕЙ
Статья 25	Выход Участника из Компании
Глава VIII	Прекращение деятельности Компании
Статья 26	Ликвидация Компании или изменение ее целей
Глава IX	Прочие положения
Статья 27	Ответственность
Статья 28	Применимое право
Статья 29	Вступление в силу
Статья 30	Язык
Статья 31	Делимость
Статья 32	Объявления

Глава I
Общие положения

Статья 1

Наименование Компании, зарегистрированный офис, финансовый год, определение понятия «ДОЛЯ»

(1) Компания является компанией с ограниченной ответственностью (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*), именуемой

«Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» (FAIR GmbH).

(2) Компания имеет свой зарегистрированный офис в г. Дармштадте (Федеративная Республика Германия).

(3) Финансовым годом является календарный год. Первый год деятельности является укороченным финансовым годом, заканчивающимся 31 декабря этого года.

(4) В нижеследующем тексте понятие «ДОЛЯ» (заглавными буквами) («*Geschäftsanteil*» по терминологии *GmbHG*) означает часть Компании, которую Участник приобретает в обмен на Уставный вклад («*Stammeinlage*» по терминологии *GmbHG*). Стоимость ДОЛИ будет пропорциональна соответствующей части Уставного капитала (см. статью 5 настоящего Учредительного договора), которую приобретет Участник.

Статья 2

Отношения с Центром им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов
(GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH)

Компания и Центр им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH) в г. Дармштадте будут тесно сотрудничать в сооружении, запуске и эксплуатации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе, далее именуемого «Установка ФАИР», на основе долгосрочных соглашений.

Статья 3 Цели Компании

(1) Компания преследует исключительно и непосредственно общественно-полезные цели в соответствии с положениями раздела «Цели, пользующиеся налоговыми привилегиями» («*Steuerbegünstigte Zwecke*») германского Положения о налогах и сборах (*Abgabenordnung – AO*). Целями Компании является развитие науки и исследовательской деятельности.

(2) Данные цели достигаются, в частности, путем:

- a) сооружения, эксплуатации и дальнейшего развития Установки ФАИР, включая исследовательскую деятельность и разработки, связанные с самой Установкой ФАИР; и
- b) проведения научных исследований и разработок с использованием антипротонов и ионов на Установке ФАИР.

(3) Компания может выполнять и другие задачи, связанные с такими научно-исследовательскими и техническими разработками, как передача технологий, подготовка научных образовательных программ, разработка ускорителей, научных установок и оборудования для исследовательских целей.

(4) Результаты исследовательской деятельности, осуществляемой в Компании и/или самой Компанией, должны обязательно публиковаться или быть открыты для общего доступа другими способами.

Статья 4 Общественно-полезный характер деятельности Компании

(1) Компания действует бескорыстно, ее деятельность не направлена в первую очередь на преследование собственных экономических интересов.

(2) Средства и ресурсы Компании должны использоваться исключительно для целей, указанных в статье 3 настоящего Учредительного договора. Участники не

(2) Каждый Участник приобретает не менее 1 процента уставного капитала. Уставные вклады («*Stammeinlage*» по терминологии *GmbHG*) подлежат уплате наличными денежными средствами; вся сумма подлежит уплате непосредственно после учреждения Компании.

Статья 7 Органы управления

Органами управления Компании являются:

- а) Собрание Участников («*Gesellschafterversammlung*» по терминологии *GmbHG*), далее именуемое «Собрание», и
- б) Управляющие Директора («*Geschäftsführer*» по терминологии *GmbHG*).

Глава II Собрание

Статья 8 Члены Собрания

Участники каждой Договаривающейся Стороны могут быть представлены в Собрании максимум двумя делегатами, представляющими всех Участников соответствующей Договаривающейся Стороны. В Собрание делегаты назначаются и отзываются всеми Участниками каждой Договаривающейся Стороны. Участники каждой Договаривающейся Стороны незамедлительно информируют Председателя Собрания в письменной форме о любом назначении или отзыве своих делегатов в Собрании.

Статья 9 Председатель и Вице-председатель Собрания

Собрание избирает Председателя и Вице-председателя из числа делегаций Участников от разных Договаривающихся Сторон на срок пребывания в должности, не

превышающий двух лет. После своего избрания Председатель и Вице-председатель становятся независимыми и нейтральными (*supra partes*) и выбывают из своих соответствующих делегаций. Переизбрание допускается только один раз на второй срок, не превышающий двух лет.

Статья 10 Заседания Собрания

- (1) Собрание собирается на заседание не менее двух раз в год.
- (2) Заседания Собрания созываются Председателем Собрания.
- (3) Заседания Собрания созываются также по запросу не менее двух Участников от разных Договаривающихся Сторон. Внеочередные заседания Собрания могут также созываться по запросу Управляющих Директоров, если этого требуют интересы Компании.

Статья 11 Полномочия Собрания

- (1) Собрание несет ответственность во всех предусмотренных законом случаях, если настоящим Учредительным договором не установлено иное. Собрание вправе давать указания Управляющим Директорам.
- (2) Следующие вопросы требуют единогласного одобрения Собрания:
 - a) прием новых Участников;
 - b) передача («*Übertragung*» по терминологии *GmbHG*) ДОЛЕЙ или их частей другим Участникам от разных Договаривающихся Сторон;
 - c) увеличение уставного капитала;
 - d) внесение поправок в настоящий Учредительный договор;

- e) слияние или разделение Компании;
- f) ликвидация Компании;
- g) финансовые правила Компании;
- h) договоренности о долгосрочном использовании Установки ФАИР Правительствами или группами Правительств, не присоединившимися к Конвенции, либо их учреждениями и организациями соответственно;
- i) схема распределения расходов на эксплуатацию в соответствии с пунктом 5 статьи 6 Конвенции.

(3) Следующие вопросы требуют одобрения квалифицированным большинством Собрания:

- a) выборы Председателя и Вице-председателя Собрания;
- b) среднесрочная научная программа;
- c) ежегодный бюджет, планирование ресурсов (финансы и персонал) и среднесрочные финансовые оценки;
- d) утверждение годовых финансовых отчетов («*Jahresabschluss*» по терминологии *GmbHG*);
- e) назначение, наем и отзыв Управляющих Директоров;
- f) образование комитетов;
- g) политика в отношении распределения пучкового времени на экспериментальных установках;
- h) краткосрочные и среднесрочные договоренности по использованию научного оборудования и установок Компании национальными или международными научными организациями;

- i) правила закупок;
- j) регламент Собраниа;
- k) выкуп («*Einziehung*» по терминологии *GmbHG*) или уступка ДОЛЕЙ либо их частей.

(4) Первоначальная редакция долгосрочных соглашений с Центром им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH), изложенных в статье 2 настоящего Учредительного договора, требует единогласного одобрения Собраниа. Более поздние решения, относящиеся к существующим долгосрочным соглашениям с Центром им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH) и поправкам к этим соглашениям, требуют одобрения квалифицированным большинством Собраниа.

(5) Все прочие решения Собраниа требуют простого большинства, если иное не предусмотрено обязательными правовыми нормами или настоящим Учредительным договором.

(6) Решения по вопросам, относящимся к предусмотренным законодательством требованиями Федеративной Республики Германия в области здравоохранения и безопасности, выдачи разрешений, а также защиты окружающей среды, не должны противоречить законодательству Федеративной Республики Германия.

Статья 12

Процедура голосования, решения

(1) Каждый 1 (один) евро уставного капитала дает право его держателю на один голос. Все Участники должны иметь возможность принять участие в голосовании. Каждый Участник может использовать все свои голоса только неделимо, что осуществляется через делегатов, назначенных с этой целью соответствующим Участником. Участники, назначенные одной Договаривающейся Стороной, могут использовать свои голоса только совместно и неделимо.

(2) Понятие «простое большинство» означает 50 процентов поданных голосов, при том, что Участники, голосующие против, представляют не более половины Договаривающихся Сторон.

(3) Понятие «квалифицированное большинство» означает большинство не менее чем в 75 процентов поданных голосов, при том, что Участники, голосующие против, представляют не более половины Договаривающихся Сторон.

(4) Понятие «единогласно» означает не менее 90 процентов поданных голосов, при том, что никто не проголосовал против.

(5) Заседания Собрания считаются имеющими кворум, только если на заседании представлены две третьих всего уставного капитала. Если присутствуют Участники, представляющие менее двух третьих уставного капитала, то немедленно созывается новое заседание Собрания с той же повесткой дня. Новое заседание будет иметь кворум независимо от представленного размера уставного капитала, но только если это в прямой форме указано в приглашении на участие в этом новом заседании Собрания.

Глава III Управление Компанией

Статья 13 Управляющие Директора и Правление

(1) Компания должна иметь не менее двух Управляющих Директоров.

(2) Одним из Управляющих Директоров должен быть ученый, который одновременно является Председателем Правления; другим – административный директор. Распределение компетенций между Управляющими Директорами устанавливается Собранием в регламенте Правления.

(3) Управляющие Директора назначаются на срок, не превышающий пяти лет. Назначение, наем и отзыв Управляющих Директоров, а также внесение любых поправок в их трудовые соглашения или их продление являются предметом одобрения Собрания и подписываются от имени Компании Председателем Собрания.

Статья 14
Представительство Компании

Компанию представляют два Управляющих Директора, действующих совместно, или один Управляющий Директор, действующий совместно с Прокуристом («*Prokurist*» по терминологии торгового кодекса Федеративной Республики Германия (*Handelsgesetzbuch – HGB*)).

Статья 15
Компетенции Управляющих Директоров

Управляющие Директора управляют Компанией добросовестно и с надлежащей осмотрительностью в интересах Компании и в соответствии:

- a) с Конвенцией и законодательством Федеративной Республики Германия в части, не противоречащей Конвенции;
- b) с настоящим Учредительным договором с учетом поправок;
- c) с регламентом Правления, принятым Собранием;
- d) с указаниями и решениями Собрания; и
- e) с соглашениями между Договаривающимися Сторонами.

Глава IV
Сотрудничество между Компанией и Участниками

Статья 16
Определения

Следующие определения применяются в контексте статей 17 и 18 и означают следующее:

- а) «Знания» – информация, техническая документация, ноу-хау, программное обеспечение и материалы, независимо от того, в каком виде и на каком носителе они раскрываются или хранятся, а также независимо от того, защищены ли они или нет.
- б) «Предшествующие знания» – знания, созданные до подписания настоящего Учредительного договора.
- с) «Полученные знания» – знания, полученные в ходе работ, выполненных после подписания настоящего Учредительного договора в рамках деятельности Компании.
- д) «Изобретения» – знания, в отношении которых могут быть приобретены полезные модели или патенты, то есть знания, которые являются промышленно применимыми, содержат элемент новизны и проявляют изобретательский уровень.

Статья 17
Интеллектуальная собственность

- (1) Участники предоставляют Компании безвозмездно и безо всяких ограничений неисключительную и непередаваемую лицензию на использование их Предшествующих знаний, которые необходимы для их сотрудничества в Компании и которыми они могут законно распоряжаться, независимо от того, охраняются ли они или нет.
- (2) Участники также предоставляют Компании безвозмездно и безо всяких ограничений неисключительную и непередаваемую лицензию на использование их

Полученных знаний и дальнейших усовершенствований, независимо от того, охраняются ли они или нет, которые они создали в рамках сотрудничества Участников в Компании и которыми они могут законно распоряжаться.

(3) Вся интеллектуальная собственность, создаваемая сотрудниками Компании, принадлежит Компании, за исключением интеллектуальной собственности, которая охватывается отдельным соглашением.

(4) По запросу Компания предоставит безвозмездно Участникам и назначаемым ими и финансируемым из государственного бюджета научно-исследовательским институтам неисключительную и непередаваемую лицензию на использование ее интеллектуальной собственности на их исследовательские цели. Для иных целей, кроме исследовательских, лицензия может быть предоставлена Участникам на справедливых и разумных условиях. При одобрении, полученном от соответствующего Участника, Компания может предоставлять любому физическому или юридическому лицу в государстве или государствах этого Участника лицензию на справедливых и разумных условиях для иных целей, кроме исследовательских, за исключением случаев, когда Собрание принимает иное решение.

(5) В случае если Компания намеревается приобрести лицензию на использование интеллектуальной собственности от третьей стороны, она должна приложить все усилия, чтобы получить право по такой лицензии предоставлять сублицензии любым из Участников в порядке, изложенном в параграфе 4 настоящей статьи.

Статья 18 Изобретения

(1) В отношении изобретений, сделанных сотрудниками Компании, Компания применяет нормы «Закона о служебных изобретениях» (*Gesetz über Arbeitnehmererfindungen – ArbNErfG*) Федеративной Республики Германия. В случае если Компания принимает решение не обращаться за получением патента в одном или нескольких государствах, сотрудник, сделавший такое Изобретение, с согласия Компании вправе обратиться за такой защитой от своего имени, за свой счет и в свою пользу.

(2) В отношении Изобретений, сделанных персоналом, прикомандированным в Компанию Участником, в ходе его работы в Компании применяются следующие положения:

- a) Согласно законодательным или договорным положениям, применимым к Изобретениям сотрудников, командирующий их Участник является обладателем всех прав на Изобретения, сделанные единолично прикомандированным сотрудником. Участник, командирующий своего сотрудника, имеет право подать в любом государстве от своего имени, за свой счет и в свою пользу заявку на патенты, необходимые для защиты таких Изобретений. Компания и другие Участники имеют право на бесплатное использование Изобретений для исследовательских целей, а также на лицензию для иных целей, кроме исследовательских, на справедливых и разумных условиях. Кроме того, Участник, владеющий правами, не отказывает в предоставлении лицензии для иных целей, кроме исследовательских, на справедливых и разумных условиях любому физическому или юридическому лицу в государстве или государствах Участников по запросу другого Участника. Отдельным соглашением между соответствующими Участниками и Компанией или решением Собрания могут быть определены отдельные Изобретения, в отношении которых какой-либо Участник не обязан предоставлять лицензию Компании, другим Участникам или, по запросу другого Участника, физическим или юридическим лицам государства этого Участника.
- b) Компания получает долю чистых доходов от всех лицензий, предоставленных правообладателем на иные цели, кроме исследовательских, причем указанная доля должна быть определена с учетом соответствующих вкладов в Изобретения, внесенных Компанией и прикомандированным лицом.
- c) При подаче заявки на права на интеллектуальную собственность и предоставлении лицензий Компания и Участники консультируются друг с другом в случае сомнений и воздерживаются от действий, которые могут нанести ущерб Компании или Участникам.
- d) Компания является исключительным обладателем всех прав на Изобретения, сделанные сотрудниками, прикомандированными Участником в качестве части его вклада в натуре в создание Компании, совместно с

сотрудниками Компании или с сотрудниками, прикомандированными другими Участниками, в рамках их вклада в натуре в создание Компании.

- е) Если Изобретения сделаны прикомандированным сотрудником одного из Участников совместно с прикомандированными сотрудниками другого Участника, то такие совместные Изобретения принадлежат обоим партнерам, которые договариваются в каждом конкретном случае о разделении и совместном использовании этого Изобретения. К таким Изобретениям применяются положения, предусмотренные подпунктом а) параграфа 2 настоящей статьи.
- г) Компания является исключительным обладателем всех прав на Изобретения, сделанные прикомандированными сотрудниками Участника совместно с персоналом Компании или сотрудниками, прикомандированными другим Участником в качестве части его вклада в натуре в создание Компании, если иное не установлено условиями контракта.

(3) Если Изобретения сделаны персоналом Компании совместно с персоналом Участника, не прикомандированным в Компанию, то такие Изобретения принадлежат обоим партнерам, которые договариваются в каждом конкретном случае о разделении и совместном использовании этого Изобретения. Такая договоренность должна руководствоваться положениями, изложенными в параграфе 2 настоящей статьи.

Статья 19

Конфиденциальность

(1) Участники обязуются соблюдать конфиденциальность в отношении третьих сторон применительно ко всей информации и материалам, которые не были опубликованы и передаются каким-либо Участником или Компанией на условиях конфиденциальности. Получающий такую информацию и материалы Участник может использовать их только в целях, соответствующих положениям настоящего Учредительного договора, и в некоммерческих целях. Раскрытие конфиденциальной информации или материалов требует явно выраженного согласия передающего их Участника или Компании в письменной форме.

(2) Обязательство соблюдения конфиденциальности, предусмотренное параграфом 1 настоящей статьи, не относится к материалам или видам информации, которые:

- а) были разработаны или разрабатываются получающим Участником независимо от этой информации;
- б) составляют часть общедоступного уровня технологии или достигают такого уровня без каких-либо действий со стороны получающего Участника;
- в) уже находились во владении получающего Участника в момент раскрытия; либо
- д) были законным образом раскрыты Участнику третьей стороной, являющейся их законным владельцем без обязательства соблюдения конфиденциальности.

(3) Обязательство соблюдения конфиденциальности, предусмотренное параграфом 1 настоящей статьи, прекращает свое действие через пять лет с даты регистрации факта ликвидации Компании в коммерческом реестре. Участники обязывают к соблюдению такой же конфиденциальности все свои аффилированные компании и всех субподрядчиков, их сотрудников и любого другого персонала, работающего на Участника, которые могут иметь доступ к конфиденциальной информации.

Глава V
Комитет

Статья 20
Научный совет

(1) Научный совет, членами которого являются выдающиеся ученые, не входящие в Компанию, дает консультации Собранию и Управляющим Директорам по научным и техническим вопросам фундаментального значения.

(2) В Научный совет входят от 8 до 12 членов. Они назначаются Собранием по рекомендации Научного совета и после проведения консультации с Управляющими Директорами.

(3) Научный совет избирает председателя. Научный совет разрабатывает свой регламент, который требует одобрения Собрания.

Глава VI Финансовые вопросы

Статья 21 Годовой финансовый отчет

(1) В течение трех месяцев после окончания финансового года Управляющие Директора подготавливают годовой финансовый отчет и отчет о состоянии дел («*Lagebericht*») по терминологии *GmbHG*). При этом применяются правила торгового кодекса (*HGB*) Федеративной Республики Германия, относящиеся к подготовке и аудиту годового финансового отчета и отчета о состоянии дел крупных компаний соответственно.

(2) Годовой финансовый отчет и отчет о состоянии дел проверяются независимым сертифицированным аудитором («*Abschlussprüfer*») по терминологии *HGB*). Аудитор назначается решением Собрания до окончания финансового года, подлежащего аудиту. Назначение аудитора производится ежегодно. Аудитор может быть переназначен. Сразу после назначения аудитору необходимо поручить также и осуществить аудит правильности ведения дел (подпункт 1 пункта 1 параграфа 53 Закона о бюджетных принципах Федерации и Земель (*Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder – HGrG*) от 19 августа 1969 г.¹) и дополнить отчет в соответствии с подпунктом 2 пункта 1 параграфа 53 *HGrG*.

(3) Незамедлительно после получения отчета по аудиту («*Prüfungsbericht*») по терминологии *HGB*) Управляющие Директора должны представить Собранию копию годового финансового отчета, на оригинале которого должны быть поставлены юридически обязательные подписи Управляющих Директоров, а также отчета о состоянии дел вместе с отчетом по аудиту, включающим в себя письменное заключение.

¹ Немецкий текст: Федеральный вестник законов (*Bundesgesetzblatt*) 1969 I, стр. 1273

Собрание принимает решение об одобрении годового финансового отчета в течение первых шести месяцев после окончания финансового года.

Статья 22
Права Участников на аудит

Каждый Участник имеет право провести аудит, если это требуется его национальным законодательством в сфере государственного финансирования.

Глава VII
Изменения во владении ДОЛЯМИ

Статья 23
Прием новых Участников и передача ДОЛЕЙ

- (1) В случае каких-либо изменений финансовых вкладов Договаривающейся Стороны представляющие ее Участники осуществляют соответствующую передачу ДОЛЕЙ.
- (2) Компания открыта для приема новых Участников, назначаемых соответствующей/соответствующими Договаривающейся/Договаривающимися Стороной/Сторонами. Собрание уполномочено принимать решения по условиям приема новых Участников.
- (3) Если Собранием в связи с увеличением уставного капитала не установлено иное, новый Участник приобретает ДОЛИ или их части у одного или нескольких существующих Участников.
- (4) Приобретение ДОЛЕЙ или их частей у существующего Участника требует единогласного одобрения Собрания. Наличие такого одобрения предполагается в случае, если приобретающий Участник был выдвинут той же Договаривающейся Стороной, как и передающий Участник/передающие Участники.

(5) Любое решение о передаче ДОЛЕЙ или их частей становится окончательным при регистрации соответствующего решения Собрания и объявляется Управляющими Директорами.

Статья 24

Выкуп или принудительная уступка ДОЛЕЙ

(1) Выкуп ДОЛЕЙ Участника или их частей разрешается только с согласия Участника.

(2) Выкуп ДОЛЕЙ Участника или их частей без согласия Участника разрешается в том случае, если:

- а) активы Участника становятся частью конкурсного производства или ходатайство об открытии конкурсного производства отклонено из-за отсутствия активов;
- б) ДОЛИ Участника становятся предметом исполнительного производства, при условии, что такое производство не прерывалось на протяжении трех месяцев и/или ДОЛИ еще не были реализованы в течение этого периода;
- в) Участник нарушает свои основные обязанности, предусмотренные настоящим Учредительным договором или внутренними правилами Компании, в том числе если он имеет задолженность по внесению вкладов наличными или в натуре свыше трех лет.

В этих случаях такой Участник не имеет права участвовать в голосовании, касающемся решения о выкупе ДОЛЕЙ, и его голоса не будут учитываться при определении достигнутого большинства. Независимо на это, этот Участник имеет право присутствовать на соответствующем заседании Собрания и выступить в свое оправдание до того, как решение о выкупе или переуступке будет принято.

(3) При выкупе ДОЛЕЙ такой Участник получает от Компании компенсацию, равную размеру номинальной стоимости его ДОЛЕЙ. В случаях, предусмотренных подпунктами а) и б) параграфа 2 настоящей статьи, потенциальный приобретатель не

становится Участником, но получает компенсацию, равную размеру номинальной стоимости соответствующих ДОЛЕЙ.

(4) Вместо выкупа ДОЛЕЙ Собрание квалифицированным большинством может принять решение о переуступке ДОЛЕЙ:

- а) одному или нескольким оставшимся Участникам, готовым перенять их в дополнение к уже имеющимся у них ДОЛЯМ, либо
- б) новому Участнику в соответствии с параграфом 2 статьи 23 настоящего Учредительного договора

в обмен на компенсацию в таком же размере, который предусмотрен параграфом 3 данной статьи. Это также возможно в форме выкупа одной части ДОЛЕЙ и переуступки другой. Оплата производится Участниками, которым были переуступлены ДОЛИ или их части.

(5) Правомерность выкупа или переуступки не зависит от производства оплаты.

(6) Любое решение о выкупе или переуступке ДОЛЕЙ или их частей становится окончательным при регистрации решения Собрания и объявляется Управляющими Директорами.

Статья 25

Выход Участника из Компании

Участник, выходящий из Компании без ее ликвидации, может потребовать только выплаты компенсации, размер которой ограничен номинальной стоимостью его ДОЛЕЙ.

Глава VIII
Прекращение деятельности Компании

Статья 26
Ликвидация Компании или изменение ее целей

(1) В случае выхода Участника из Компании, прекращения существования Компании или если цели Компании становятся таковыми, что перестают квалифицироваться как пользующиеся налоговыми привилегиями, Участники не могут получить большую сумму, чем сумма оплаченного ими уставного капитала и справедливой рыночной цены их неденежного вклада в уставной капитал.

(2) В случае прекращения существования Компании или если цели Компании становятся таковыми, что перестают квалифицироваться как пользующиеся налоговыми привилегиями, активы Компании, если они превышают сумму оплаченного Участниками уставного капитала и справедливую рыночную цену неденежного вклада Участников в уставной капитал, передаются Центру им. Гельмгольца по исследованию тяжелых ионов (GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH), который использует активы напрямую и исключительно для общественно-полезных целей, или, после консультации с налоговыми органами Федеративной Республики Германия, другой компании, пользующейся налоговыми привилегиями, или публично-правовой корпорации для использования в научных и исследовательских целях.

Глава IX
Прочие положения

Статья 27
Ответственность

(1) Участники обеспечивают приобретение Компанией достаточного уровня страхования для покрытия ущерба, нанесенного лицам или имуществу, причиненного прикомандированными сотрудниками или учеными и специалистами, приглашенными в Компанию, кроме тех случаев, когда такая ответственность покрывается другими видами страхования. Исключением являются случаи ущерба, вызванного

преднамеренными неправомерными действиями или действиями, совершенными по грубой неосторожности.

(2) Применительно к случаям, относящимся к сфере ответственности, которые нельзя решить в соответствии с положениями параграфа 1 настоящей статьи, Участники незамедлительно проводят консультации с целью урегулирования соответствующих претензий.

Статья 28
Применимое право

Настоящий Учредительный договор регулируется законодательством Федеративной Республики Германия.

Статья 29
Вступление в силу

Настоящий Учредительный договор вступает в силу после подписания Участниками и нотариального заверения.

Статья 30
Язык

Настоящий Учредительный договор составлен на английском, испанском, немецком, русском и французском языках. Экземпляр на немецком языке представляется в компетентный германский суд для внесения в торговый реестр.

Статья 31
Делимость

(1) В случае если какое-либо положение настоящего Учредительного договора является или становится недействительным или несостоятельным полностью или

частично, то это не затрагивает остальные положения настоящего Учредительного договора.

(2) Недействительное положение заменяется таким действительным положением, которое в максимально возможной степени отражает дух и цели недействительного положения.

(3) То же самое применяется в случае, если действие настоящего Учредительного договора не распространяется на какой-либо вопрос, который является его частью.

Статья 32
Объявления

Требуемые по закону объявления Компании публикуются в германском Электронном федеральном вестнике (*Elektronischer Bundesanzeiger*), на сайте Компании в Интернете, а также дополнительно в подходящем для этих целей вестнике Европейского Союза.

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЙ АКТ
КОНФЕРЕНЦИИ ПОЛНОМОЧНЫХ ПРЕДСТАВИТЕЛЕЙ
ПО СОЗДАНИЮ ЦЕНТРА
ПО ИССЛЕДОВАНИЮ ИОНОВ И АНТИПРОТОНОВ В ЕВРОПЕ

- (1) В результате обсуждений возможных направлений развития своих исследовательских установок Общество по исследованию тяжелых ионов (*Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (GSI)*) в 2000 году начало разработку концепции центра по международному исследованию ионов и антипротонов на своей площадке в г. Дармштадте, Германия.

На основе Проектно-концептуального обоснования (*Conceptual Design Report*), включающего большое количество научных и технических работ со всего мира, концепция центра в 2002 году была рассмотрена и одобрена Научным советом Федеративной Республики Германия (*Wissenschaftsrat*).

После принятия в 2003 году Правительством Федеративной Республики Германия решения о создании предлагаемого центра последовала разработка программы его поэтапного сооружения и научной программы.

Был создан Международный управляющий комитет. Учредительное собрание Международного управляющего комитета ФАИР состоялось 2 февраля 2004 г.

Для мониторинга разработки научных и исследовательских программ, технического оформления, проекта сооружения центра, а также работ в области научных исследований и развития была образована рабочая группа по научным и техническим вопросам (*STI-FAIR*). Была также учреждена рабочая группа по административным и финансовым вопросам (*AFI-FAIR*) для курирования вопросов юридической, финансовой и управленческой структур, а также процедур и официальной документации.

Большое число учреждений из разных стран в 2004 году путем подписания писем о намерениях выразили интерес к участию в деятельности будущей Установки ФАИР либо к внесению вклада в нее.

С целью создания основы для международного сотрудничества в период подготовительного этапа по проекту Установки ФАИР Правительства Австрии,

Великобритании, Германии, Греции, Индии, Испании, Италии, Китая, Польши, России, Румынии, Финляндии, Франции и Швеции к концу февраля 2007 г. подписали Меморандум о взаимопонимании (*Memorandum of Understanding*).

Представители десяти из четырнадцати сторон, подписавших Меморандум о взаимопонимании, 7 ноября 2007 г. подписали Коммюнике по официальному запуску Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР) (*Communiqué on the Official Launch of the Facility of Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR)*), в котором они совместно объявили о начале реализации проекта Установки ФАИР.

- (2) По приглашению Правительства Федеративной Республики Германия Конференция Полномочных представителей по созданию Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (далее – Конференция) собралась 4 октября 2010 года во дворце Бибрих в г. Висбадене.
- (3) Правительства следующих государств были представлены своими делегатами: Австрийская Республика, Федеративная Республика Германия, Греческая Республика, Республика Индия, Королевство Испания, Итальянская Республика, Китайская Народная Республика, Республика Польша, Российская Федерация, Румыния, Словацкая Республика, Республика Словения, Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Финляндская Республика, Французская Республика и Королевство Швеция.
- (4) Полномочные представители представили Председателю Конференции свои Полномочия, которые он изучил и признал за ними надлежащую форму.
- (5) Конференция приняла к сведению текст Конвенции, включая ее Приложение и 4 прилагаемых к ней Технических документа, перечисленных в следующем:

Приложение: Учредительный договор Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» (FAIR GmbH),

Технический документ № 1: Описание сооружаемой Установки ФАИР и этапов ее сооружения (раздел А) и Модульная стартовая версия – поэтапный подход к реали-

зации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР) (раздел В); (*Description of the FAIR facility to be constructed and the stages of construction (Part A) and The Modularized Start Version – A stepwise approach to the realization of the Facility for Antiproton and Ion Research in Europe (FAIR) (Part B)*),

Технический документ № 2: Подробная разбивка суммы расходов на сооружение Установки ФАИР и таблица, представляющая план предполагаемого распределения затрат на сооружение и эксплуатацию Установки ФАИР по годам (*Detailed breakdown of the construction costs and table showing the estimated annual incidence of expenditure for construction and operation*),

Технический документ № 3: Карта площадок, на которых Установка ФАИР будет сооружена (*Map of the site where the FAIR facility is to be constructed*),

Технический документ № 4: Процедура принятия вкладов в натуре и соответствующий метод оценки (*Procedure for the acceptance of in-kind contributions and the related evaluation method*).

- (6) По рекомендации Международного управляющего комитета ФАИР Конференция одобрила текст Конвенции о сооружении и эксплуатации Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе, включая Приложение к ней, которое составляет ее неотъемлемую часть.
- (7) Конференция договорилась, что Конвенция будет применяться временно до вступления ее в силу, при условии, что временное применение соответствует национальному законодательству государств Договаривающихся Сторон, и с этой целью приняла Резолюцию № 1, приведенную в приложении к настоящему Заключительному акту.

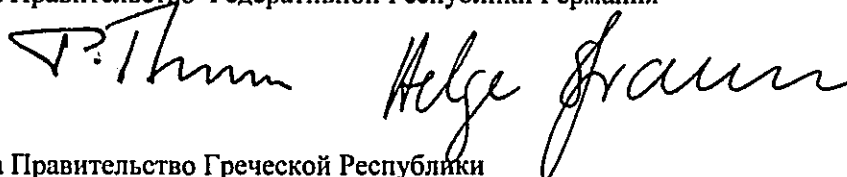
- (8) Конференция договорилась, что минимальное обязательство по вкладу в расходы на сооружение Установки ФАИР в денежной и/или натуральной форме в размере 11,87 млн. евро (в ценах января 2005 г.) наделяет Договаривающуюся Сторону правом назначать соответствующую организацию в качестве Участника Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH». Конференция также договорилась, что данное минимальное обязательство может быть принято несколькими Договаривающимися Сторонами, действующими совместно. В этом случае соответствующие организации, назначенные данными Договаривающимися Сторонами, должны организовать консорциум, который будет выступать в качестве их Участника в Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH». С этой целью Конференция приняла Резолюцию № 2, приведенную в приложении к настоящему Заключительному акту.
- (9) Конференция приняла к сведению Заявления
- Правительства Королевства Испания,
 - Правительства Республики Польша,
 - Правительства Республики Словения,
 - Правительства Французской Республики,
 - Правительства Королевства Швеция,
- прилагаемые к настоящему Заключительному акту.
- (10) Конференция предложила всем подписавшим Правительствам как можно скорее завершить конституционные процедуры, если таковые имеются, необходимые для вступления Конвенции в силу, и проинформировать об этом Правительство-депозитария (Правительство Федеративной Республики Германия).
- (11) Конференция с удовлетворением отметила, что и другие Правительства могут подписать Конвенцию в течение ближайших двенадцати месяцев на условиях, предусмотренных Конвенцией.
- (12) Конференция пригласила другие Правительства присоединиться к Конвенции.

В удостоверение чего Полномочные представители подписали настоящий Заключительный акт.

Совершено в г. Висбадене 4 октября 2010 года на английском, испанском, немецком, русском и французском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу, в одном экземпляре, который будет храниться в архивах Правительства Федеративной Республики Германия, которое передаст заверенные копии Правительствам, подписавшим настоящий Заключительный акт, и Правительствам, которые становятся Договаривающимися Сторонами Конвенции.


За Правительство Австрийской Республики

За Правительство Федеративной Республики Германия

The image shows two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is a stylized, cursive signature, likely belonging to a German official. The signature on the right is a more legible cursive signature, likely belonging to a Greek official. Both signatures are written over the text of the document.

За Правительство Греческой Республики

За Правительство Республики Индия

A handwritten signature in black ink, likely belonging to an Indian official, written in a cursive style.

За Правительство Королевства Испания

За Правительство Итальянской Республики

За Правительство Китайской Народной Республики

За Правительство Республики Польша



За Правительство Российской Федерации

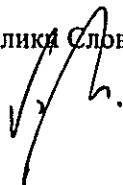


За Правительство Румынии



За Правительство Словацкой Республики

За Правительство Республики Словения



За Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии

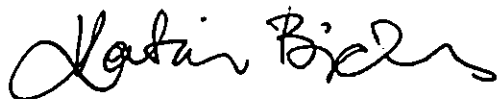
За Правительство Финляндской Республики



За Правительство Французской Республики

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to a French official, positioned above the Swedish signature.

За Правительство Королевства Швеция

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to a Swedish official, positioned below the French signature.

РЕЗОЛЮЦИЯ № 1
КОНФЕРЕНЦИИ ПОЛНОМОЧНЫХ ПРЕДСТАВИТЕЛЕЙ
ПО СОЗДАНИЮ ЦЕНТРА
ПО ИССЛЕДОВАНИЮ ИОНОВ И АНТИПРОТОНОВ В ЕВРОПЕ

Временное применение Конвенции о ФАИР

КОНФЕРЕНЦИЯ

ДОГОВОРИЛАСЬ, что с 4 октября 2010 года статьи Конвенции будут применяться временно, исходя из того, что для окончательного вступления Конвенции в силу должны быть выполнены соответствующие конституционные процедуры в каждом из заинтересованных государств;

ПРЕДЛАГАЕТ Участникам, назначенным Договаривающимися Сторонами и создающим совместно Компанию «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH», компанию с ограниченной ответственностью (*Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH*), действующую в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия, в частности, с законом Федеративной Республики Германия «Об обществах с ограниченной ответственностью» (*Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung – GmbHG*), немедленно подписать Учредительный договор (Приложение к Конвенции);

ПРОСИТ Правительство Федеративной Республики Германия завершить процедуры, необходимые для скорейшего образования Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH» в качестве юридического лица.

РЕЗОЛЮЦИЯ № 2
КОНФЕРЕНЦИИ ПОЛНОМОЧНЫХ ПРЕДСТАВИТЕЛЕЙ
ПО СОЗДАНИЮ ЦЕНТРА
ПО ИССЛЕДОВАНИЮ ИОНОВ И АНТИПРОТОНОВ В ЕВРОПЕ

Минимальное обязательство по вкладу в расходы на сооружение, которое наделяет Договаривающуюся Сторону правом назначать соответствующую организацию в качестве Участника Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH»

КОНФЕРЕНЦИЯ

ДОГОВОРИЛАСЬ, что минимальное обязательство по вкладу в расходы на сооружение Установки ФАИР в денежной и/или натуральной форме в объеме 11,87 млн. евро (в ценах 2005 года) наделяет Договаривающуюся Сторону правом назначать соответствующую организацию в качестве Участника Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH». Данное минимальное обязательство может быть принято несколькими Договаривающимися Сторонами, действующими совместно. В этом случае соответствующие организации, назначенные данными Договаривающимися Сторонами, должны организовать консорциум, который будет выступать в качестве их Участника в Компании «Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH»;

ОТМЕЧАЕТ, что 11,87 млн. евро соответствуют 1 проценту предыдущей оценки стоимости сооружения Установки ФАИР, описанной в Техническом документе № 1 (раздел А), прилагаемом к Конвенции.

ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА КОРОЛЕВСТВА ИСПАНИЯ
ОТНОСИТЕЛЬНО ЕГО ФИНАНСОВЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ заявление Правительства Королевства Испания, которое гласит следующее:

Испания готова внести вклад в качестве участвующего государства в создание и эксплуатацию Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР). Тем не менее, по подписании Конвенции обязательства Испании будут следующими:

1. Через два года после начала эксплуатационного этапа Испания проведет оценку своего участия в этом этапе и будет иметь возможность прекратить свое участие без санкций, при условии уведомления об этом за один год до такого выхода.
2. В случае положительной оценки Испания может продлить свое участие на очередные три года при условии соблюдения соответствующего цикла оценки своего участия, и может продолжать участвовать в течение всего срока действия данного проекта.
3. В случае, если в результате первой оценки Испания принимает решение о продлении своего участия в проекте, то она примет полностью свою долю ответственности по снятию Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией. В случае, если Испания после первой такой оценки примет решение о прекращении своего участия, то она примет на себя лишь 50 процентов своей доли ответственности по снятию Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией.

**ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА РЕСПУБЛИКИ ПОЛЬША
ОТНОСИТЕЛЬНО ЕГО ФИНАНСОВЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ**

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ заявление Правительства Республики Польша, которое гласит следующее:

Республика Польша примет участие в сооружении Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР) в объеме 23,74 млн. евро (в ценах 2005 года). Эта сумма включает в себя вклад как в натуре, так и наличными. Приоритет будет отдан вкладу в натуре, а вклад наличными не должен превышать 11,87 млн. евро (в ценах 2005 года).

**ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА РЕСПУБЛИКИ СЛОВЕНИЯ
ОТНОСИТЕЛЬНО ВРЕМЕННОГО ПРИМЕНЕНИЯ КОНВЕНЦИИ**

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ заявление Правительства Республики Словения, которое гласит следующее:

Относительно Резолюции № 1, приложенной к Заключительному акту, в которой Договаривающиеся Стороны выражают предположение, что Конвенция может применяться временно до выполнения соответствующих конституционных процедур в каждом из государств Договаривающихся Сторон, после чего она вступит в силу, Словения настоящим заявляет, что она не может применять Конвенцию временно с даты ее подписания.

Статья 72 закона Словении об иностранных делах предусматривает возможность временного применения международного договора еще до его вступления в силу, однако только в том случае, если органом, ратифицирующим данный договор, является Правительство, что к этой Конвенции не относится, поскольку ее ратификация входит в компетенцию Национального Собрания Республики Словения.

**ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА ФРАНЦУЗСКОЙ РЕСПУБЛИКИ
ОТНОСИТЕЛЬНО ВРЕМЕННОГО ПРИМЕНЕНИЯ И
ЕГО ФИНАНСОВЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ**

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ заявление Правительства Французской Республики, которое гласит следующее:

В соответствии с Резолюцией № 1, приложенной к данному Заключительному акту, в котором Договаривающиеся Стороны договорились, что Конвенция будет применяться временно до своего вступления в силу при условии, что временное применение соответствует национальному законодательству Договаривающихся Сторон, Франция настоящим заявляет, что она не может применять данную Конвенцию временно с даты ее подписания. Статья 53 Конституции Французской Республики устанавливает, что международные договоры и соглашения требуют разрешения Парламентом еще до их вступления в силу, если, как в данном случае, они влекут за собой финансовые обязательства за счет средств государственного бюджета.

В отношении процедуры, описанной в параграфе 6 Статьи 6 Конвенции, Франция заявляет, что доля французского вклада в ежегодные эксплуатационные расходы Установки ФАИР не должна превышать 2%.

ЗАЯВЛЕНИЕ ПРАВИТЕЛЬСТВА КОРОЛЕВСТВА ШВЕЦИЯ
ОТНОСИТЕЛЬНО ЕГО ФИНАНСОВЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ И
СОБЛЮДЕНИЯ КОНФИДЕНЦИАЛЬНОСТИ

КОНФЕРЕНЦИЯ

ПРИНИМАЕТ ВО ВНИМАНИЕ заявление Правительства Королевства Швеция, которое гласит следующее:

Швеция готова внести вклад в качестве участвующего государства в создание и использование Центра по исследованию ионов и антипротонов в Европе (ФАИР). Однако,

1. Шведская государственная организация, выступающая в качестве Участника Компании ФАИР от Швеции, которая внесет вклад в расходы на сооружение ФАИР в размере 10 млн. евро (в ценах 2005 г.), будет назначена Правительством Королевства Швеция после одобрения Парламентом.
2. Участие Швеции в сооружении ФАИР будет основываться на том, что Швеция примет участие в эксплуатационном этапе ФАИР на период не менее трех лет, однако по истечении первых двух лет эксплуатации Швеция проведет оценку целесообразности своего дальнейшего участия в эксплуатационном этапе и будет иметь возможность по итогам проведенной оценки по собственному желанию прекратить свое участие без санкций, при условии уведомления об этом за один год до такого выхода.
3. В случае положительного заключения оценки Швеция может предложить продлить свое участие в проекте на очередные три года (или пять лет) при условии соблюдения соответствующего цикла оценки своего участия, и может продлить свое участие на весь жизненный цикл данного проекта.
4. В случае, если первой оценкой Швеции будет рекомендоваться продолжение участия в проекте, Швеция примет полностью свою долю ответственности по снятию Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией.

В случае, если Швеция после первой оценки примет решение о прекращении своего участия, она примет на себя 50 процентов своей доли от стоимости снятия Установки с эксплуатации в соответствии с Конвенцией.

5. Статью 19 Учредительного договора (Приложение к Конвенции), «Конфиденциальность», следует толковать следующим образом, чтобы соответствовать требованиям положений Конституции Швеции в отношении принципа публичного доступа к документам:

Шведская государственная организация, выступающая в качестве Участника в Компании ФАИР (FAIR GmbH, базирующейся в Германии), всегда консультируется с передающим Участником перед принятием любого решения о предоставлении третьим сторонам доступа к конфиденциальной информации, как это определено статьей 19 Учредительного договора. Швеция осознает, что в случае, если после такой обязательной консультации Участник в явной форме заявил, что он не согласен с раскрытием такой информации, а шведская государственная организация, тем не менее, раскрывает эту информацию, то такие действия Швеции негативно отразятся на отношениях между Швецией и другими Сторонами Конвенции.

В этом контексте Швеция напоминает о положениях Шведского закона о публичном доступе к информации и сохранении секретности от 2009 года, в частности, о параграфе 1 части 1 главы 15, который гласит: «Понятие секретности применимо к любой информации, относящейся к взаимоотношениям Швеции с другим государством или к любой информации, иным образом касающейся другого государства, международной организации, государственных организаций, гражданина или юридического лица в другом государстве, либо лица без гражданства, если можно предположить, что раскрытие этой информации негативно отразится на международных отношениях Швеции или каким-либо другим образом нанесет ущерб стране».